

Evangelische Kirche von Westfalen

Landessynode

2008

1 | 2008

Materialien für den Dienst

Materialien für den Dienst in der Evangelischen Kirche von Westfalen

Herausgegeben vom Landeskirchenamt der
Evangelischen Kirche von Westfalen
Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld

Produktion: Evangelischer Presseverband für Westfalen und Lippe e. V.
Cansteinstraße 1, 33647 Bielefeld
www.evangelisches-medienhaus-bielefeld.de

Das Materialheft kann auch auf der Internetseite www.ekvw.de
unter „Service/Download“ heruntergeladen werden.

Landessynode 2008

1. (ordentliche) Tagung
der 16. Westfälischen Landessynode
vom 10. bis 14. November 2008

I

Berichte des Präses

II

Haushaltsrede

III

Vorträge und Berichte

IV

Erklärungen und Beschlüsse

V

Aus dem Berichtsausschuss

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
I Berichte Präses Alfred Buß	
1. Mündlicher Bericht	7
2. Schriftlicher Bericht	35
II Haushaltsrede	67
Juristischer Vizepräsident Klaus Winterhoff	
III Vorträge und Berichte	
1. Studiensekretär Dr. Dr. Peter Pavlovic – Kommission Kirche und Gesellschaft, Konferenz der Europäischen Kirchen	107
2. Rev. Dr. Wallace Kuroiwa, United Church of Christ, USA	109
3. Moderatorin Maria Bonafede, Waldenser Kirche, Italien	111
4. Pfarrer Dr. Arturo Blatezky, Evangelische Kirche am La Plata, Argentinien	114
5. PD Dr. Dr. Nils Ole Oermann zur Hauptvorlage	118
6. Oberkirchenrätin Doris Damke Abschlussbericht Reformprozess „Kirche mit Zukunft“	129
IV Erklärungen und Beschlüsse	
1. Hauptvorlage „Globalisierung gestalten!“	141
2. EntschlieÙung zur Situation in Sri Lanka	155
3. EntschlieÙung zur Beendigung des Krieges im Kongo	156
V Aus dem Berichtsausschuss	157
1. Bleiberechtsregelung	
2. Flüchtlingsarbeit in den Kirchengemeinden	158
3. Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge	158

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder,

im hier vorliegenden Materialheft finden Sie einen Überblick über die Verhandlungsgegenstände und Ergebnisse der 1. Tagung der 16. Landessynode unserer Kirche.

„Siehe, jetzt ist die Zeit der Gnade.
Siehe, jetzt ist der Tag des Heils.“
(2. Korintherbrief 6, 2b)

Mit diesem Wochenspruch begann der Eröffnungsgottesdienst der Landessynode. Schaffen werden wir das Reich Gottes freilich nicht. Aber heute und hier Zeichen des Reiches Gottes wahrzunehmen und auch zu setzen, ist ein Anliegen und ein Auftrag der Kirche.

Seit der Landessynode 2007 ist die Hauptvorlage „Globalisierung gestalten“ nicht nur intensiv diskutiert worden, sondern sie hat sich angesichts der Entwicklungen der Finanzmärkte auch als hoch aktuell erwiesen.

Der westfälische Reformprozess ist zum Abschluss gekommen – mit der Maßgabe, dass seine Ergebnisse in die Regelorganisation implementiert werden sollen.

Neue Mitglieder wurden in die Kirchenleitung gewählt.

Gegenwärtige Herausforderungen nimmt unsere Kirche wahr – die demographische Entwicklung, Armut- und Reichtumsfragen, die Differenzierung der gesellschaftlichen Milieus... Die evangelische Kirche versucht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, in dieser Welt die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.

In meinem Bericht habe ich die Vielfalt unserer Kirche und ihr Gerechtigkeits-handeln besonders herausgestellt.

Wenn auch ihre Zusammensetzung sehr bunt ist, bilden Synode oder Kirche weder die Bandbreite der Gesellschaft noch die pfingstliche Weite wirklich ab. Deshalb wird die Auseinandersetzung mit sozialen Milieus auf der Tagesordnung der Gemeinden stehen müssen.

Der ständige theologische Ausschuss wird für die Evangelische Kirche von Westfalen innerhalb der Lutherdekade ein „Jahr der Taufe“ vorbereiten. Dabei werden beide Stichworte – „Vielfalt“ und „Gerechtigkeithandeln“ – Berücksichtigung finden.

„Siehe, jetzt ist die Zeit der Gnade.
Siehe, jetzt ist der Tag des Heils.“
(2. Korintherbrief 6, 2b)

Dass unserer Landessynode zur rechten Zeit das rechte Wort gelingt, bleibt unsere Hoffnung in allem Tun.

A handwritten signature in black ink, reading "Alfred Püschel". The script is cursive and somewhat stylized, with a prominent initial 'A'.

Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen

- 1. **MÜNDLICHER BERICHT**
über die Tätigkeit der Kirchenleitung sowie
über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse

Inhaltsverzeichnis

1. Herr, sie haben deine Propheten getötet und deine Altäre zerbrochen, und ich bin ganz allein übriggeblieben und sie trachten mir nach dem Leben (1. Könige 19,10 vgl. Römer 11,3)	9
1.1. 70 Jahre nach der Reichspogromnacht	9
2. Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus (Galater 3,28)	11
2.1 Taufe	11
3. ... denn ein jeder hörte sie in seiner eigenen Sprache reden. (Apostelgeschichte 2,6)	13
3.1 Gleichheit und Vielfalt	13
4. So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen. (Epheser 2,19)	15
4.1 Kirche und Milieus	15
4.2 Milieus im 21. Jahrhundert	16
4.3 Unerreichte erreichen	19
4.4 Neue Gemeindeformen	20
4.5 Evangelische Präsenz an der Hochschule	21
4.6 Kultur	22
4.6.1 Kulturhauptstadt	22
4.6.2 Kirchbautag	23
5. Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach. (Amos 5,24)	23
5.1 Globalisierung	23
5.2 Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft	24
5.3 Sonntagsschutz	25

5.4	Kirche und Wirtschaft gegen AIDS	25
5.5	Illegitime Schulden	26
5.6	Klimaschutz	26
5.7	Die energetische Nutzung von Biomasse	27
5.8	Bildungspolitisches Forum / Schulen	28
5.9	Kampagne gegen Kinderarmut	29
5.10	Diakonie RWL	30
5.11	Vereinte Evangelische Mission	31
6.	Als er aber das Volk sah, ging er auf einen Berg ... (Matthäus 5,1)	32
6.1	Evangelische Publizistik im digitalen Zeitalter	32
7.	Freut euch, dass eure Namen im Himmel geschrieben sind. (Lukas 10,20)	33
7.1	My name is nobody	33

1. Herr, sie haben deine Propheten getötet und deine Altäre zerbrochen, und ich bin ganz allein übriggeblieben und sie trachten mir nach dem Leben. (1. Könige 19,10 vgl. Römer 11,3)

1.1 70 Jahre nach der Reichspogromnacht

Mit Trauer und tiefer Scham denken wir zurück an die Pogromnacht am 9./10. November 1938. In Bildern, Texten und Filmausschnitten kommt uns wieder vor Augen, wie die Synagogen in dieser Nacht brannten und Deutsche neugierig, ja, Gott sei's geklagt, vielfach begeistert zusahen. Die Schandtaten, die systematisch an Juden verübt wurden, kann kein Mensch wiedergutmachen.

Auch unsere Kirche hat als Ganze angesichts der Shoa versagt; selbst das *Barmer Theologische Bekenntnis* schweigt zu Gottes erwähltem Volk und der schon 1934 öffentlich sichtbaren Verfolgung der Juden.¹

Das führt uns vor Augen, welche fatalen Folgen die über Jahrhunderte dauernde Ausblendung und Verleugnung der Verbundenheit von Kirche und Israel durch die Christen vor allem für die Juden, aber auch für uns Christen hatte.

In einem zentralen Gottesdienst der drei Landeskirchen in NRW haben wir gestern in Gelsenkirchen dieser Schuldgeschichte und des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht gedacht. Im Anschluss daran konnten wir die Ausstellung *DU GEHST*

¹ Vgl. Martin Stöhr, *Zwei Ergänzungsvorschläge für ein lebendiges Bekennen heute*, in: *Junge Kirche* 02/04, S. 34f:

„Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus Ägypten, aus der Sklaverei, befreit habe. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben (2. Mose 20, 2).

Gott hat seine Gnadenverheißungen und seine Berufung (Israels) nicht bereut (Römerbrief 11, 29).

Israels Gott ist der Schöpfer der Welt. Er hat sich – entgegen allem menschlichen Versagen (1. Mose 3.4.6.11.12) – das jüdische Volk als seinen Sohn (Hosea 11, 1) zur Mitarbeit berufen. Durch dieses Volk hat er seinen Namen unter den Völkern und seine Weisung zum Leben und Zusammenleben aller bekannt gemacht. Aus der Mitte Israels hat er durch seinen Sohn (Matthäus 2, 15) Jesus von Nazaret auch die Kirche zur Mitarbeit an seinem Reich erwählt. Israel und die Kirche bewegt die gemeinsame Hoffnung auf „einen neuen Himmel und eine neue Erde“ (Jesaja 65, 17; 66, 22; 2. Petrus 3, 13; Offenbarung 21, 1). Diese Hoffnung bietet Befreiung von Schuld und Ungerechtigkeit, von Lüge und Gewalt, von Angst und Resignation und gebietet, an diesen befreienden Aufgaben tätig zu werden.

Wir verwerfen die falsche Lehre, die Judenfeindschaft und Völkermord vorzubereiten half, als habe Gott Israel enterbt, als habe er exklusiv sein Erbe der Kirche übertragen, als seien die Gewalterfahrungen Israels die Folge seiner Ablehnung des Messias Jesus, als sei Israels prophetische Anfrage an die Christenheit nicht biblisch begründet, wo denn die irdische Realisierung des messianischen, des christlichen Glaubens im persönlichen und im öffentlichen Leben sei.“

MICH AN – 20 Jahre christlich-jüdischer Dialog in Westfalen in der Synagoge Gelsenkirchen eröffnen. Wir danken den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, dass sie nach den Schrecken des Nationalsozialismus in Deutschland bereit waren, sich wieder auf Begegnungen und Gespräche mit uns einzulassen. Die Beziehungen zwischen Juden und Christen in Westfalen sind heute vielfältig, gut gegründet und von gegenseitigem Respekt getragen.

Wichtige Etappen waren die Erklärung der Landessynode vor 20 Jahren zum Gedenken an den Novemberpogrom, die Einrichtung eines landeskirchlichen Ausschusses *Christen und Juden*, die Hauptvorlage *Gott hat sein Volk nicht verstoßen* und die Änderung des Artikels 1 unserer Kirchenordnung.

Diese Thematik muss auch im Leben der Gemeinden, in Verkündigung und Lehre verankert sein. Darum ist die gestern eröffnete Ausstellung als Wanderausstellung konzipiert worden.² Ein zweites Exemplar der Ausstellung wird während dieser Landessynode in der neuen Synagoge hier in Bielefeld eröffnet. Ich lade Sie herzlich ein, sich bei dieser Gelegenheit nicht nur über die Ausstellung zu informieren, sondern auch die Synagoge zu besichtigen. Die ehemalige Paul-Gerhardt-Kirche ist nach erheblichen Umbauten zu einem sehenswerten und repräsentativen Gemeindezentrum für die hiesige jüdische Gemeinde geworden. Mit dieser Umwidmung wird konkret erfahrbar, was wir vor drei Jahren in unsere Kirchenordnung geschrieben haben.³

70 Jahre liegt die Reichspogromnacht heute zurück. Doch je weiter wir uns von den schrecklichen Ereignissen entfernen, desto klarer wird die Einsicht: Wir werden sie nie mehr los. Sie beanspruchen ihren Platz in der Erinnerung, und diese Erinnerung braucht Zeiten, Anlässe und Orte in der Gegenwart.

Denn hier wurden Menschen nicht nur ihrer Habe und ihres Lebens beraubt, sie wurden auch ihrer Würde entkleidet. Als seien sie niemand und nichts. Als hätten sie nie ein menschliches Antlitz gehabt.

In der Shoa sollte mit den Juden auch der Glaube Israels mit Stumpf und Stil vernichtet werden. Die Erinnerung an das *Ebenbild Gottes* sollte ein für allemal aus-

2 *Gemeinden und Kirchenkreise können sie anfordern und die Anregungen der Ausstellung mit Schulklassen und Gemeindegruppen weiter diskutieren.*

3 *„Die Evangelische Kirche von Westfalen urteilt über ihre Lehre und gibt sich ihre Ordnung im Gehorsam gegen das Evangelium von Jesus Christus, dem Herrn der Kirche. Sie tut dies im Vertrauen auf den dreieinigen Gott, der Himmel und Erde geschaffen hat, der Israel zu seinem Volk erwählt hat und ihm die Treue hält, der in dem Juden Jesus, dem gekreuzigten und auferstandenen Christus, Menschen zu sich ruft und durch den Heiligen Geist Kirche und Israel gemeinsam zu seinen Zeugen und zu Erben seiner Verheißung macht. In dieser Bindung und in der darin begründeten Freiheit überträgt sie ihre Ämter, übt sie ihre Leitung aus und erfüllt sie ihre sonstigen Aufgaben.“*

gelöscht sein, um dem Bild vom Herrenmenschen Platz zu machen. *Du bist nichts* lautet die Botschaft der Gaskammern.

Für die Bibel aber ist und bleibt der Mensch unantastbares Ebenbild Gottes. Er ist von Gott geschaffen als sein Gegenüber, das ihm entspricht, zu dem er reden kann und das ihn hört. Es ist derselbe Gott, der Israel zu seinem Volk gemacht hat und ihm die Treue hält, und der Israel und Kirche gemeinsam zu Zeugen und zu Erben seiner Verheißung macht.

2. Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus. (Galater 3,28)

2.1 Taufe

Zu Erben der Verheißung werden Christinnen und Christen als *Miterben Christi* (vgl. Röm 8,11ff). Der Glaube Jesu eint Juden und Christen, der Glaube an Jesus trennt uns (Shalom Ben Chorin). Der in Kreuz und Auferstehung gründende Glaube an Jesus Christus überschritt die Grenzen des Judentums und brachte zahllose Menschen aus allen Völkern mit dem Gott Israels in Verbindung. Die Taufe war von Anfang an der Ritus zur Aufnahme in die christliche Gemeinde. Sie ist bis heute weithin als zentrales Merkmal für Christenmenschen im Bewusstsein. Mit der Unterzeichnung der wechselseitigen Taufanerkennung in Magdeburg (April 2007) ist die Taufe als das *Sakrament der Einheit* von Christen orthodoxen, römisch-katholischen oder evangelischen Glaubens in den Blickpunkt getreten. Damit ist anerkannt, dass die Zugehörigkeit zu Christus umfassender ist als die zu einer Konfessionskirche. Zugleich sind damit neue Fragen aufgeworfen. Zum Beispiel diese: Was bedeutet die wechselseitige Taufanerkennung für die Ökumene, wenn die wechselseitige Anerkennung als Kirche nicht damit verbunden ist? Wie ist einzuordnen, dass die römisch-katholische Kirche weiterhin keine evangelischen Paten zulässt? Wie wird das Verhältnis von Taufe und Glauben verstanden?⁴ Wie ist damit umzugehen, dass die orthodoxe Kirche eigentlich nur die in der *wahren*, in der apostolischen Sukzession und Lehre stehenden Kirche gespendeten Sakramente als gültig ansieht?⁵

4 Ist die Taufe Antwort des Glaubenden auf die Erfahrung der Wiedergeburt – wie sie z.B. baptistische Kirchen verstehen – oder zuerst das jeder menschlichen Antwort vorlaufende Geschenk Gottes?

5 Bei Übertritt verzichten sie nur deshalb auf eine Wiedertaufe, weil die in den orthodoxen Kirchen wirkende Gnade den an sich leeren Vollzug der Taufe einer anderen Kirche mit Wirkkraft aufzufüllen vermag.

Auch innerhalb der evangelischen Kirche gibt es viel Klärungsbedarf. So wächst der Anteil derer, die sich im Umfeld der Konfirmation taufen lassen, erheblich. Dabei kann die Taufe zu einem „Zulassungsritus“ für die Konfirmation abgewertet werden. Häufig ist der Satz zu hören: *Mein Kind soll selbst entscheiden*. Er zeigt vor allem Rat- und Hilflosigkeit in familienreligiösen Dingen an und unterstellt zugleich, Erziehung könne weltanschaulich neutral sein. Paten sind oft schwer zu finden. *Die frühkindliche religiöse Erziehung verschwindet bei gutem Willen aller Beteiligten oft im „Bermudadreieck“ gegenseitiger Delegation zwischen Eltern, Paten und der Gemeinde*⁶. Alleinerziehende lassen ihre Kinder sehr viel seltener taufen als andere⁷, die Taufe scheint bis zum heutigen Tag mit dem Ideal einer „intakten“ Familie verknüpft zu sein. Das kann nicht so bleiben. Und wie gehen wir – in der Praxis – damit um, dass aus der Kirche Ausgetretene Getaufte bleiben?

Bei der Preisverleihung des Ideenwettbewerbs zum Projekt *Mit Kindern neu anfangen* im September habe ich ein *Jahr der Taufe* innerhalb der Lutherdekade bis 2017 angeregt. Taufe ist die *Eintrittstür in den christlichen Glauben* (M. Kock). *Die Bereitschaft evangelischer Eltern, die eigenen Kinder taufen zu lassen ... ist in den letzten Jahrzehnten noch einmal gewachsen ... Und: Kinder aus konfessionsverschiedenen Ehen werden überproportional in der evangelischen Kirche getauft*⁸. Eltern entdecken im Rahmen von Taufgesprächen und Tauffeiern ihren Glauben oftmals neu und suchen aktiv nach einer religiösen Sprache und nach Ritualen für ihre Kinder. Taufen an besonderen Festtagen, wie z. B. Ostern, machen sinnfällig, was es heißt, Anteil zu bekommen am Leben Christi, das vom Tod ins Leben führt. Am Projekt *Mit Kindern neu anfangen* beteiligen sich inzwischen rund 20 Prozent der Gemeinden in der EKvW- und auch andere Gliedkirchen der EKD oder katholische Nachbarkirchen arbeiten mit unserem Material. Von jeher zielt die Taufe auf christliche Bildung. Sowohl die Vorbereitung als auch der Beginn lebenslanger Vergewärtigung und Deutung der eigenen Taufe haben in Kindergärten einen hervorragenden Ort. Das zeigt auch unser Projekt.

Erwachsenentaufen nehmen zu. *Ein Jahr der Taufe* könnte helfen, die Bedeutung der Taufe theologisch, lebenspraktisch und ökumenisch tiefer zu durchdringen und Klärungen voranzutreiben. Dabei gilt es, das evangelische Taufverständnis so zu profilieren und zu elementarisieren, dass die Taufe nicht einfach in traditioneller Sprache als *Befreiung von der Macht der Sünde*, als *Mitsterben und Auferstehen mit Christus*, als *Begabung mit dem Heiligen Geist* oder als *Aufnahme in die Gemein-*

6 *Die Taufe, Eine Orientierungshilfe zu Verständnis und Praxis der Taufe in der evangelischen Kirche, herausgegeben im Auftrag des Rates der EKD, Gütersloh 2008, S.17*

7 „... die Taufquote von Kindern nichtverheirateter evangelischer Mütter (liegt) bei ca. fünfundzwanzig Prozent ...“, a. a. O., S.14

8 Vgl. a. a. O., S.14

schaft der Glaubenden proklamiert, sondern in diesem Facettenreichtum Kindern und Erwachsenen aus unterschiedlichen Milieus nahe gebracht wird.

Dazu ein Beispiel: Im Umfeld der Unterzeichnung der gegenseitigen Taufanerkennung im Magdeburger Dom lud die Evangelische Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen die Bevölkerung zu einer Taufkleidausstellung ein. Das Überraschende: Obwohl viele Menschen in der KP Sachsen längst vergessen hatten, dass sie Gott vergessen haben, erinnerten sich sehr viele an Taufkleider aus ihrer Familie, steuerten sie zur Ausstellung bei und näherten sich dem Thema so wieder an.

Das weiße Taufkleid als Zeichen des neuen Lebens in Christus hat seinen biblischen Anhalt bei Paulus: *Denn ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus als Gewand angezogen.* Paulus folgert: *Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau, denn ihr seid allesamt einer in Christus.* (Galater 3,27f) Das kommentiert die Orientierungshilfe der EKD so⁹: *Mit der Metapher eines einheitlichen Gewandes aller Getauften illustriert Paulus die revolutionäre Ansicht, dass alle Christen durch die Taufe radikal gleichgestellt werden ... Indem alle Getauften Christus wie ein Gewand anziehen, werden sie aber nicht uniformiert, sondern sie erhalten unterschiedliche Gaben und Kräfte des Geistes ...* Nach 1. Kor. 12,12f werden die Christen durch einen Geist in einen Leib hineingetauft und so mit ihren verschiedenartigen Geistesgaben zu Gliedern eines Leibes.

3. ... denn ein jeder hörte sie in seiner eigenen Sprache reden. (Apostelgeschichte 2,6)

3.1 Gleichheit und Vielfalt

Gleichheit ohne Uniformität, Vielfalt und Buntheit der Gaben und Kräfte sowie eine alle Trennungen überwindende ökumenische Geschwisterlichkeit zeichnet also die Getauften aus. Der sich von Gott immer wieder abwendende, sein Leben als vermeintlicher Selbstversorger in Eigenregie gestaltende Mensch wird durch die Taufe in Christus – öffentlich sichtbar und zugleich in der Zeichenhandlung erfahrbar – in die Lebensgemeinschaft mit Gott hineingenommen. Diese Lebensgemeinschaft umfasst das ganze irdische Leben und übersteigt es in seiner Endlichkeit und seinen vielfältigen Gefährdungen. Bereits dieser schmale Einblick in das Kaleidoskop neutestamentlicher Taufverständnisse führt vor Augen: Indem die Getauf-

⁹ A. a. O., S. 35f

ten Christus wie ein Kleid anziehen, legt Gott die von der Macht der Sünde verstellte Gottebenbildlichkeit des Menschen wieder frei. Obwohl zeitlebens ein Suchender, Zweifelnder und sich von Gott Abwendender, wird der Christenmensch in der Taufe von seinem Schöpfer als sein Gegenüber angesprochen; als Gottes Gegenüber, das ihm entspricht, zu dem er reden kann und das ihn hört. Der Getaufte ist aufgefordert, darauf im Vertrauen auf Gottes Wort zu antworten und seiner Taufe gemäß zu leben. Doch alle Ansätze des Sünders, sein Leben verantwortlich vor Gott zu führen, bleiben fragmentarisch und uneindeutig. Er kann sich nicht selber konstituieren und sich perfektionieren nach dem Motto: Ich bin, was ich aus mir mache. Seine Identität als Sünder schließt aus, dass er sich selber gut machen kann. Darum kann der heute oft propagierte *junge, starke, flexible, leistungsbe-reite, sich selber perfektionierende Mensch* nicht Maßstab eines christlichen Menschenbildes sein. Das Verhalten des Menschen ist in sich widersprüchlich. Er ist das Wesen, das einmal rational und ein anderes Mal höchst irrational handelt, das von seinem Herkommen, seiner Kultur und Umwelt geprägt wird und von Sinn- und Weltanschauungsfragen genauso getrieben wird wie vom Streben nach persönlichem Erfolg und eigener Eitelkeit. Er ist nicht nur *eigeninteressiert, stark und flexibel*, sondern auch *angewiesen, schwach und übervorteilt*. Und doch wird ihm in der Taufe zugesprochen: Er ist in all diesen in sich widersprüchlichen Betätigungen und Beziehungen Gottes Ebenbild, das von Gott geliebt und angenommene, mit unverlierbarer Menschenwürde ausgestattete Geschöpf. So ist der Christenmensch Gerechter und Sünder zugleich.

Zum einen spricht die Taufe Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen und Milieus die gleiche, unverlierbare Würde zu und verbindet sie als Leib Christi zu einer Kirche. Dieser Zuspruch findet im Gerechtigkeitshandeln der Kirche seine Antwort. Zum anderen breitete sich das Evangelium in der frühen Kirche schnell aus, weil es *allen Völkern*¹⁰ in ihrer großen Unterschiedlichkeit gilt. *Wie hören wir denn jeder seine eigene Muttersprache?*¹¹ Zu Pfingsten wird die Sprache der Herkunft nicht verleugnet, die Zugehörigkeit zu einem besonderen Volk, einer eigenen Kultur und einer ganz persönlichen Geschichte wird gerade nicht aufgehoben; das Evangelium gilt Menschen in allen Kulturen, sozialen Kontexten und Milieus.

¹⁰ Mt. 28,19

¹¹ Acta 2, 8; „Die Christen bildeten ... ein paradoxes Volk, das von sich behauptete, wer zu ihnen gehöre, sei „nicht mehr Grieche oder Jude, Beschnittener oder Unbeschnittener, Nichtgriechen (bárbaros), Skythe, Sklave, Freier“ (Kol 3,11 vgl. Gal 3,28). Sie waren ein Volk, das kein Volk, sondern eine internationale Gemeinschaft sein wollte. ... Die Christen bildeten aber eine besondere ekklesia. Ihr Bürgerrecht (politeuma) hatten die Christen im Himmel (Phil 3, 20; Gal 4, 26), sie waren schon jetzt Mitbürger der Heiligen (Eph 2, 12.19), aber noch unterwegs zu ihrer himmlischen Stadt (Hebr 12, 22).“ Gerd Theißen, *Erleben und Verhalten der ersten Christen. Eine Psychologie des Urchristentums*, Gütersloh 2007, S. 350f.

So werde ich in diesem Bericht den Aspekten

- der *Vielfalt* der Menschen und Milieus in unserer Kirche in einer sich rasch verändernden Gesellschaft und
- des *Gerechtigkeitshandelns* in einer zusammenwachsenden globalisierten Welt besondere Aufmerksamkeit widmen.

Dabei werden ab und an – meist unbekanntere – biblische Gestalten durch den Text huschen. Sie stehen ein für Themen und Haltungen. Und sie haben unverwechselbare Namen! Die Bibel hält ihre Namen fest und überliefert sie wie die von *Schifra* und *Pua*¹², Hebammen, die mit großer Klugheit – ohne die Wahrheit zu beugen – Mord und Unrecht an den kleinen Jungen Israels verhindern.

4. So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausnossen. (Epheser 2,19)

4.1 Kirche und Milieus

Zu unserer EKvW gehören ungefähr zweieinhalb Millionen Mitglieder. Mehr als 20.000 Menschen sind beruflich in der Kirche tätig, ungefähr 55.000 in ihrer Diakonie. Etwa 100.000 haben an vielen Stellen ehrenamtliche Aufgaben übernommen. Hinter den nüchternen Zahlen verbergen sich Lebens- und Glaubensgeschichten, stehen Menschen mit ihrer Hoffnung, ihrer Liebe, mit ihrem Habitus, in ihren Lebenswelten, in ihren Milieus.

Aber hier stutze ich schon – und frage, ob der Plural angezeigt ist. Erreichen wir die verschiedenen Milieus unserer Gesellschaft in ihrer Vielfalt und Buntheit mit dem Evangelium?

Schon vor 50 Jahren hat Klaus von Bismarck¹³ den soziologischen Befund der Verengung der meisten evangelischen Kirchengemeinden in Westfalen auf ein kleinbürgerliches Milieu beschrieben.

¹² Vgl. Ex 1

¹³ Klaus von Bismarck, *Kirche und Gemeinde in soziologischer Sicht*, in: ZEE, 1 (1957), 17–30. Von Bismarck hat der Verengung die Vielartigkeit der in unserer Zeit neu fragenden Gruppen gegenübergestellt, die sich notwendigerweise in einer bemerkenswerten Unterschiedlichkeit des sozialen Bewusstseins, des theologischen Denkens und der Fragen, die man an die Kirche stellt, äußert. Er stellt fest, die einzelne Gemeinde, das kirchliche Werk, die Landeskirche, bedürfen immer wieder solcher Brüder und Gruppen, die durch Schicksal und Fähigkeit zu selbstkritischer Einsicht gewisse soziale Verengungen der Kirche erkennen und um der Liebe zu dieser Kirche willen herausstellen, damit die Kirche nicht selbst der Verkündigung des Evangeliums im Weg stehe.

Milieuverengung dürfen wir dabei nicht im geringsten als Beschimpfung derer hören, die da sind. Auch geht es nicht um die Bewertung einzelner Milieus oder gar um ein Ranking. Auch ist nicht eine Einebnung der Milieus angestrebt. Im Gegenteil: Die Vielfalt der Milieus soll sich in der Kirche widerspiegeln. Und sie sollen – gerade in der Kirche – Berührungspunkte untereinander finden. Die Gesellschaft braucht Klammern für ein friedliches Miteinander; und nur eine Kirche, die ihrem Auftrag auf der Spur bleibt, ist lebendig.¹⁴

4.2 Milieus im 21. Jahrhundert

Milieus verändern sich im gesellschaftlichen Wandel. Dabei sind sie – mehr oder weniger – anfällig oder resistent gegenüber gesellschaftlichen Trends.

So wird in unserer Gesellschaft immer weniger institutionell geregelt; die Einzelne muss in fast allen Lebensbereichen entscheiden, welche Variante für sie richtig ist. Dabei ist nur auf den rasanten Wandel der Lebensbedingungen Verlass. Diesen Prozess nennen wir Individualisierung; nicht zu verwechseln mit Egoismus, sondern als Ausdruck individueller Freiheit – und doch für viele weniger eine Lust denn eine Last. Die Priorisierung des Privaten lässt den sozialen Zusammenhalt bröckeln, die Bedeutung von Nachbarschaften und Solidarverbänden nimmt ab. *Die Mittelschicht erodiert.*¹⁵ Dieser Trend bringt Menschen weit häufiger nach unten als nach oben. *Im Jahr 2000 gehörten 62 % der Deutschen dazu, inzwischen sind es nur noch 54 %. Gleichzeitig wuchsen oben und unten die Ränder der Gesellschaft um rund 23 %.*¹⁶ 8,6 Millionen Menschen in Deutschland leben mit Unterstützung der *Bundesagentur für Arbeit*. Besonders betroffen sind Personen mit Zuwanderungsgeschichte und Einelternfamilien. Seit Jahren beobachten nicht nur Sozialwissenschaftler, dass die Schere von *Armut und Reichtum* hierzulande weiter aufgeht.

Auch darin wird die Aushöhlung der Mittelschicht sinnfällig. Die Angst vor dem sozialen Abstieg greift um sich.

Individualisierung schlägt sich nicht nur in der Vielzahl von Ein-Personen-Haushalten nieder, sondern z. B. auch im sich ändernden Konsumverhalten.¹⁷

14 *Um der Gefahr der Verengung zu wehren, forderte von Bismarck damals – mit Erfolg – die Stärkung der funktionalen Dienste und deren Kooperation. So ist der EKvW z.B. mit dem Sozialamt in Villigst eine bis heute nachwirkende Öffnung in die Wirtschafts- und Arbeitswelt gelungen.*

15 Vgl. Michael Sauga und Benjamin Triebe, *Wo ist die Mitte?*, Spiegel 10/2008 vom 03.03.2008, S. 39
16 Ebd.

17 *Die Insolvenzen von Kaufhausketten führen uns das vor Augen. Sie hängen allerdings nicht nur mit dem geringer werdenden Einkommen der privaten Haushalte zusammen. Das Konzept der mehr oder weniger standardisierten Grundversorgung mit einem recht eng gefassten Warenangebot in vielen Sparten unter einem Dach wird dem individueller gewordenen Geschmack und Bedürfnis der Kundinnen und Kunden nicht mehr gerecht. Vor allem das Luxussegment (vgl. Süddeutsche Zeitung,*

In der Wirtschaft spielt die Übernahme sozialer Verantwortung meist nur in mittelständischen Familienunternehmen eine vornehmliche Rolle.¹⁸ Dafür gibt es biblische Vorbilder: Der wohl situierte Handwerker Aquila und seine Frau Priska¹⁹ unterstützen die Gemeinde. Der Gerber Simon²⁰ gewährt Petrus Gastfreundschaft, die Purpurchändlerin Lydia²¹ hält ihr Haus für die Gemeinde bereit.

Diese Entwicklungen beeinflussen und verändern die Milieus:

Während in den 80er Jahren das sogenannte kleinbürgerliche Milieu und ein leistungs- und aufstiegsorientiertes Arbeitermilieu fast die Hälfte der Gesellschaft ausmachten, haben sich die gesellschaftlichen Gruppierungen bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts stark aufgegliedert. Liberale, moderne und postmoderne Orientierungen spielen eine größere Rolle.²² Die selbstverständlichen Verbundenheiten zu überkommenen Traditionen existieren immer weniger. Auch die Bindungen zu Kirche oder Gemeinde werden nicht mehr unhinterfragt weitergeführt. Sehr harsch stellt Ralph Fischer fest: *Das Handeln der Kirche wird den Lebensbedingungen der Menschen in einer pluralen und segmentierten Gesellschaft bislang nicht gerecht.*²³ Integrationskraft entwickelt die Kirche nur sehr punktuell. Im Gegenteil neigt sie dazu, diejenigen, denen ihre Traditionen fremd sind, außen vor zu lassen. Die Wahlen zu den Presbyterien vom 24. Februar 2008 machen diese Tendenz anschaulich:

Weiterhin ist mit 236 die Zahl der Kirchengemeinden, in denen es Wahlen gab, gering. Noch geringer ist die Quote der Kirchenmitglieder mit aktivem Wahlrecht, die wirklich zur Wahl gehen konnten. Von 2.249.659 Wahlberechtigten konnten mangels über die Stellenanzahl hinausgehender Kandidaten lediglich 789.878, also

08.08.2008], das von einzelnen Kaufhäusern bedient wird, hat Attraktivität. Nicht nur die Kaufhäuser erliegen im Kampf um die Kunden. Auch kleinere Geschäfte schließen. Der Leerstand in vielen Innenstädten dokumentiert das. Trotz des Trends, wieder in den Innenstädten zu wohnen, ist die Verödung mancher Regionen nicht zu leugnen. Andererseits ist in den Innenstädten – besonders des Ruhrgebietes – der Boom von Billigläden nicht zu übersehen. Discounter bedienen längst nicht mehr nur Geringverdiener. Eine immer größer werdende Gruppe von Angehörigen des sogenannten Mittelstandes – soweit sie noch dazu zählen – ist inzwischen darauf angewiesen, sich hier mit Lebensmitteln zu versorgen.

18 Vgl. Thomas Wels, Ein Preis für den Mittelstand, WAZ vom 01.08.2008

(Von den 80 bedeutendsten Familienunternehmen in Deutschland sind übrigens 11 in Westfalen angesiedelt, erstaunlich viele in Ostwestfalen: Bertelsmann in Gütersloh, Dr. Oetker in Bielefeld, Benteler in Paderborn, Hella in Lippstadt, Hellmann in Bielefeld, Claas in Harsewinkel und Miele in Gütersloh; Rhenus in Holzwickede gehört außerdem dazu, Rethmann in Selm, Otto Fuchs in Meinerzhagen, und Loh in Greven.) Hervorgehoben sei in diesem Kontext das große Engagement des Unternehmens Falke (Schmallenberg) in unserem Projekt Kirche und Wirtschaft gemeinsam gegen HIV & AIDS.

19 Vgl. Röm 16 und 1. Kor 16 und Acta 18

20 Vgl. Acta 10

21 Vgl. Acta 16, 14–16

22 Vgl. W. Vögele, H. Bremer, M. Vester (Hg.), Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002

23 Ralph Fischer, Kirche und Zivilgesellschaft. Probleme und Potentiale, Version 02.01.2008, S. 49

35% wählen. Die Kirchenleitung hat das Landeskirchenamt beauftragt, eine westfälische Projektgruppe für die Kirchenwahl 2012 zu installieren und die Ergebnisse mit den beiden anderen Landeskirchen in NRW abzugleichen. Eine grundlegende Analyse der Wahl 2008 ist bereits in Auftrag gegeben worden.

Eine besonders kritische Distanz zur Kirche halten junge Leute, die sich mit hoher Formalbildung und akademischem Hintergrund beruflich orientieren. Ihr Engagement bezieht sich eher auf den sozial-politischen Bereich oder auf internationale Kontexte. In Jugendcamps oder bei besonderen Diskussionsforen zu ethischen Fragen sind sie anzutreffen, fühlen sich der Kirche aber in der Regel nicht verbunden. (Idealisten aus dem postmodernen (7%) und mehr noch aus dem liberal-intellektuellen (8%) Milieu)

In kirchlichen Zusammenhängen ist auch kaum jemand aus dem sogenannten „traditionslosen Arbeitnehmersmilieu“ (12%) mit niedrigstem Einkommensniveau²⁴ und auch nicht aus dem konservativ-technokratischen Milieu (7%) anzutreffen, mit überdurchschnittlich hohem Bildungs- und Einkommensniveau.

Die Kirche bildet auch 50 Jahre nach den „Warnungen“ von Klaus von Bismarck und angesichts der Milieuveränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte weder die Bandbreite der Gesellschaft noch die pfingstliche Weite wirklich ab.

Seit 1970 hat die EKvW etwa 1,1 Millionen Mitglieder verloren. 2/3 des Verlustes ist der demographischen Entwicklung geschuldet, 1/3 Kirchaustritten. Zudem wächst die Zahl der Kirchenmitglieder, die wenig über die Grundlagen des christlichen Glaubens wissen. Es werden einige darunter sein wie Eutyclus²⁵, der die ewig lange Rede des Paulus nicht durchhält und einschläft. Eutyclus stürzt aus dem Fenster ... (Ein weiteres Argument für die von mir ausgerufene *Dekade zur Überwindung des Wortschwalls in der EKvW.*)

Ich halte es für eine dringende Aufgabe aller kirchenleitenden Organe, sich mit Sozialen Milieus und deren Verhältnis zur Kirche auseinanderzusetzen und daraus Schlüsse für ihre Konzeptionen zu ziehen.²⁶

24 Die grundsätzliche Feststellung von Bismarcks, dass „die Nichtachtung der „leiblichen“ Eingebundenheiten von Kirche und Gemeinde in soziale und historische Verhältnisse, und die Blindheit für die Vielartigkeit der sozialen Struktur der Getauften und neu Fragenden dahin führen (kann), den uns geltenden Anruf Gottes in Gestalt vieler Mühseliger und Beladener zu überhören“, bleibt richtig.

25 Vgl. Acta 20, 7–12

26 Milieus unterliegen einem permanenten Veränderungsprozess und sind nicht scharf gegeneinander abgrenzbar. Dennoch lassen sie sich unterscheiden, vor allem durch ihre Haltungen im Umgang mit den ihnen sich stellenden Herausforderungen. Sie lassen sich z. B. so beschreiben:

Barmen lehrt uns: *Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.*

An diesem Auftrag orientieren sich die folgenden milieuöffnenden Beispiele:

4.3 Unerreichte erreichen

Unsere Kirche wird wieder attraktiver. Die Zahl der Austritte wird seit Jahren geringer und die Zahl derer, die eintreten, steigt. Dieser Trend ist zu befördern. So hat das *Amt für missionarische Dienste* dieses Jahr unter die Überschrift *Unerreichte erreichen* gestellt.

Traditionelle Kirchenchristen aus dem kleinbürgerlichen Milieu (12%): Es sind die über 50-Jährigen, die ihrer Kirche sehr verbunden sind, den Gottesdienst ziemlich regelmäßig besuchen und klare Worte schätzen, sich pflichtbewusst und fleißig im kaufmännischen oder handwerklichen Bereich betätigen oder betätigt haben, sich gern mit Nachbarn oder Verwandten zu geselligen Abenden verabreden – und etwas skeptisch auf diejenigen schauen, die das Leben einfach so zu genießen scheinen.

Kirchenchristen aus dem modernen bürgerlichen Milieu (12%): Sie haben noch jüngere Kinder und wünschen sich offene Gottesdienstformen, die auch Kinder und Jugendliche ansprechen. Sie möchten mitgestalten. Manche nehmen dann Kontakt zur Gemeinde auf, wenn es um persönliche Lebensfragen geht. Sie sind beruflich engagiert in Banken oder Verwaltungen – durchaus im gehobenen oder höheren Dienst – haben etwas erreicht: Das Eigenheim ist im Bau oder schon erstellt. Sie gönnen sich wohl auch mal etwas – aber nicht über die Maßen.

Alltagschristen aus dem traditionellen (5%) und leistungsorientierten Arbeitnehmersmilieu (17%): Sie schätzen sehr die diakonische Arbeit der Kirche, beteiligen sich dort zuweilen und unterstützen handfestes kirchliches Tun. An bestimmten Knotenpunkten des Lebens nehmen sie kirchliche Riten gern wahr, haben aber sonst eher eine punktuelle Berührung mit der Gemeinde. Sie sind beruflich eingebunden und wollen ihre Arbeit ordentlich erledigen, möglichst auch etwas erreichen.

Nüchtern-Pragmatische aus dem leistungsorientierten Arbeitnehmersmilieu (17%): Sie finden die Taufe, Konfirmation, Hochzeit, Beerdigung wichtig. Berufliche und private Verpflichtungen prägen ihren Alltag. Tendenziell sind sie der Meinung, dass die Kirche sich viel mehr an dem orientieren müsste, was die Leute brauchen, und nicht so sehr an den eigenen Prinzipien. Positive Erfahrungen in Kindergartenzusammenhängen, bei persönlichen kirchlichen Feiern oder auch beim Nutzen von Angeboten für Kinder oder bei Gemeindefesten bestärken die grundsätzliche Zustimmung zur Kirche – die sich in erster Linie durch das Akzeptieren derselben zeigt, nicht in konkretem Engagement.

Anspruchsvolle aus dem modernen Arbeitnehmersmilieu (9%): Einige sind in manchen Gemeinden hoch engagiert in Krabbelgruppen, in zeitlich begrenzten Projekten, bei Diskussionsveranstaltungen. Ihr kirchliches Engagement ist ebenso anspruchsvoll wie ihr berufliches. Sie wollen – wenn sie dabei sind – mitgestalten, sind hierarchiekritisch und sind an inhaltlicher Auseinandersetzung auch in Glaubensfragen interessiert.

Scheinbare Rebellen aus dem hedonistischen Milieu (10%): Auch wirklich junge Leute sind in den Kirchengemeinden wahrzunehmen. Sie müssen sich in ihrer Identitätsfindung abgrenzen und sind in erster Linie daran interessiert, Spaß zu haben. Die Aktivitäten, an denen sie teilnehmen, müssen Erlebnis bieten, Event-Charakter haben – und Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kirche müssen

Dabei ist Gottes Mission allem kirchlichen Handeln immer schon voraus. Das zeigt schon die Geschichte von Eldad und Medad.²⁷ Gottes versöhnendes Handeln in Christus gilt allen Menschen. Für seine Liebe gibt es keine Unerreichten. Es bleibt aber Auftrag der Kirche, nach Mitteln und Wegen Ausschau zu halten, wie sie auf kreative Weise die bisher Unerreichten erreichen kann. Deshalb hat die EKvW am 6. Juni 2008 zu einem Theologischen Symposium *Unerreichte erreichen* nach Dortmund eingeladen, das von ca. 120 ehren- und hauptamtlich Verantwortlichen besucht wurde, und wird an diesem Thema weiterarbeiten.²⁸

„Es gibt Kinder Gottes, die es für uns noch nicht sind, die es aber für Gott sind“ (*De aeterna praedestinatione*; CO 8,268), sagt Johannes Calvin, dessen 500. Geburtstag nächstes Jahr in den Beginn der Lutherdekade fällt. Für uns als unierte Landeskirche eine Gelegenheit, auf vielfältige Weise dem Schatz des reformierten Erbes neu nachzuspüren, das als kräftige Farbe im bunten Spektrum des Protestantismus unverzichtbar ist.

4.4 Neue Gemeindeformen

Neue Gemeindeformen etablieren sich neben der Parochie, zum Beispiel an City-Kirchen, Jugendliche finden sich in Jugendkirchen zusammen, Gemeinden ausländischer Herkunft suchen Anschluss an evangelische Kirchengemeinden vor Ort. Der Hammer Reformtag in der EKvW (2007) sowie das EKD-Impulspapier (2006)

wirkliche Ansprechpersonen für sie sein. Während der Konfirmandenzeit werden kirchliche Angebote quasi geprüft: Nur wenn ihre Fragen und Zweifel ernst genommen werden und Gottesdienste in ihrer Form auf sie abgestimmt sind, bleibt ein Rest an Interesse erhalten.

Humanisten aus dem liberal-intellektuellen Milieu (8%): Bei den beruflich hoch Qualifizierten und oft in sozialen Bereichen Tätigen steht das besondere Interesse an der Botschaft der Kirche obenan. Insbesondere Bildungsveranstaltungen und hochkulturelle Angebote werden besucht und der partnerschaftliche Dialog (z.B. auch über die Predigt) wird in der Gemeinde geschätzt, kritische Auseinandersetzung findet statt auf der Basis klarer humanitärer und moralischer Werte.

27 *Manche Unerreichte erreicht das Wort Gottes selbst. Zwei biblische Figuren aus dem Buch Numeri, Eldad und Medad (4. Mose 11), werden zur Unterstützung des Mose gerufen, reagieren aber nicht auf die Einladung zur Stiftshütte. Sie sind sich selbst genug, wie es scheint. Sie brauchen die Gemeinschaft nicht – und die Gemeinschaft braucht sie nicht. Ihr Fehlen wird nicht bemerkt. Und dann geraten sie in Verückung. Ganz von selbst – oder eben gerade das nicht. Von Gottes Geist werden sie getrieben, ergriffen, berührt. Auch darauf dürfen wir setzen, wenn unsere Methoden, unsere Bemühungen nicht greifen. Nicht voreilig sicherlich, nicht mit achselzuckendem „Er wird’s schon richten“, aber in großem Vertrauen: Er, Gott selbst, erreicht – den Menschen. Als Kirche haben wir die Verpflichtung, daran mitzuwirken, haben wir „die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk“.*

28 *Anstöße zum Thema „Unerreichte erreichen“ bietet auch die Jahrespublikation des Amtes für missionarische Dienste für 2008 in der Reihe „Aus der Praxis – für die Praxis“, die auf 60 Seiten Hintergründe und Beweggründe, Mittel und Wege, sowie Beispiele und Erfahrungen aus der EKvW zum Thema entfaltet.*

haben die Frage nach den Möglichkeiten der Entwicklung und der kirchenrechtlichen Integration neuer Gemeindeformen aufgeworfen. Die Kirchenleitung wird daran arbeiten. Aus dem Landeskirchenamt liegt dazu ein kirchenrechtliches Kurzgutachten vor, das als Grundlage für die Weiterarbeit dient.

4.5 Evangelische Präsenz an der Hochschule

Erstmals fand am 29. November 2007 in Münster ein Hochschultag der EKvW statt. Eingeladen hatten dazu die Studierendenpfarrämter der Landeskirche.

Ziel der eintägigen Veranstaltung war es, mit Lehrenden und Studierenden sowie mit Vertreterinnen aus Politik, Wissenschaftsmanagement und Hochschulverwaltung in ein Bilanzgespräch über Ergebnisse und Defizite der aktuellen Hochschulreform zu kommen.

Seitens der Hochschulen besteht ein großes Interesse daran, mit kirchlich-theologischen Positionen im Gespräch zu bleiben und sich gegenseitig herauszufordern. Das hat dieser Tag gezeigt.

Dies wurde auch bei einem *Protestantentreffen* am 2. Juli in der Universität Bochum deutlich. Die Universitätspredigerin Professorin Karle und der Dekan der evangelisch-theologischen Fakultät, Professor Jähnichen, hatten gemeinsam mit mir zu einer Begegnung der evangelischen Professorinnen und Professoren an dieser Hochschule eingeladen. Vierzig kamen. Die Resonanz des Abends fasste ein Teilnehmer so zusammen: *Auf diese Einladung warte ich seit Jahren. Jetzt kommt sie zum richtigen Zeitpunkt.*

Denn: Die Lehrenden wie die Studierenden spüren unter den gegenwärtigen Reformbedingungen einen großen Druck zu Leistung, Wettbewerb und Effizienz. Viele Hochschullehrerinnen und -lehrer sehen damit ihr eigenes Berufsbild wie auch das Engagement in Lehre und Forschung belastet. Sie erwarten von ihrer Kirche zugewandte Seelsorge und stärkende Verkündigung, die sich an alle Hochschulangehörigen wendet. Darüber hinaus soll das evangelische Bildungsverständnis in die aktuelle Hochschuldebatte hinein formuliert werden. *Hochschulen unter Druck* wird darum das Thema für den zweiten Hochschultag der EKvW sein, zu dem im kommenden Jahr nach Bochum eingeladen wird.

Am 29. März 2009 wird sich der Abschluss des Düsseldorfer Vertrages zwischen dem Land NRW, der EKiR, der EKvW und der Lippischen Landeskirche zum 25. Mal jähren.²⁹ Das ist ein guter Anlass, sich Grundlagen und Geist dieses Vertrages für das künftige Miteinander ins Bewusstsein zu rufen.

²⁹ Der Düsseldorfer Vertrag hat zwei Regelungsbereiche: Die Art. I-IV betreffen den Auftrag der wissenschaftlichen Hochschulen des Landes bei der Ausbildung von Geistlichen, die Art. V – VIII regeln Fragen der Religionslehrausbildung sowie der Förderung der kirchlichen Lehrerfortbildung.

4.6 Kultur

Manche kulturelle Veranstaltungen erreichen ein breites „Publikum“; andere nur bestimmte Milieus. Es ist ein Wesensmerkmal kultureller Angebote, milieuzentriert zu sein. Deshalb gilt es, z. B. mit verschiedenen Musikstilen, unterschiedliche Milieus zu erreichen.

Die Hochschule für Kirchenmusik – sie feierte in diesem Jahr ihr 60-jähriges Bestehen – bildet ihre Studierenden längst auch in Populärmusik aus. Auch da ist uns die biblische Überlieferung beispielgebend. Der Levit und Gesangsmeister Asaph³⁰ (Assapheum) mag dabei Pate stehen, ihm werden 12 Psalmen³¹ zugeschrieben. Die Sängergilde um den kritischen Freigeist Korah³² zog singend vor den Kriegsleuten her, die Posaunen³³ lassen die Mauern Jerichos einstürzen, Zimbeln und Harfen klingen durch die Psalmen.

4.6.1 Kulturhauptstadt

Die Kulturhauptstadt 2010 wäre ohne die Kirchen gar nicht machbar. Diese Erkenntnis hat sich bei den Verantwortlichen der RUHR GmbH inzwischen durchgesetzt, obwohl sie die Konsequenzen daraus oft nicht ziehen. Der Kunsthandwerker Bezalel³⁴ wurde schon bei der Gestaltung der Bundeslade tätig, seit Jahrhunderten schafft und pflegt die Kirche Kulturgüter in Architektur und bildender Kunst. Nun haben die Kirchenkreise und Kirchengemeinden im Ruhrgebiet auch die Herausforderung *Kulturhauptstadt 2010* angenommen. Mit großem Engagement und mit Kreativität entwickeln sie eigene Beiträge, suchen die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern und beteiligen sich an kommunalen Projekten. Auf einem 1. Forumstag³⁵ zeigte sich ein beeindruckendes und buntes Bild. Wenn die Veranstaltungen zur Kulturhauptstadt 2010 nicht nur ein Feuerwerk sein sollen – spektakulär, aber bald verglüht –, dann ist dieses Engagement der Basis unverzichtbar, es sorgt für Bodenhaftung und Nachhaltigkeit.

Vor Ort beteiligen sich die Kirchengemeinden z. B. an den Vorbereitungen zur *Local-Hero-Woche* und bei Ankerprojekten wie *Pilgern im Pott oder Schattenkultur*.

Begleitet und gefördert werden die Aktivitäten zur Kulturhauptstadt auf allen Ebenen durch das Evangelische Kulturbüro, eine gemeinsame Einrichtung der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen.

³⁰ Vgl. 1. Chr 6,24; 15,17; 2. Chr 5,12 u. ö. Seine Nachkommen werden zu Esras und Nehemias Zeit als Tempelsänger genannt: Esr 2,41; 3,10; Neh 7,44 u. ö.

³¹ Psalm 50 und 73–83

³² Vgl. 2. Chr 20 und Dtn 11

³³ Vgl. Jos 6

³⁴ Vgl. Ex 31 und Ex 37–38

³⁵ Diese Austausch- und Kontaktbörse der evangelischen Kirchen zur Kulturhauptstadt fand Ende August in Villigst statt.

4.6.2 Kirchbautag

Im Vorfeld der Kulturhauptstadt 2010, aber mit deutlichem thematischen Bezug zu ihrem Motto *Kultur durch Wandel – Wandel durch Kultur*, hat vom 23. bis 26. Oktober in Dortmund der *Evangelische Kirchbautag* stattgefunden. Er war von unserem Baureferat hervorragend vorbereitet und fand sehr viel Lob. Unter dem Thema *Transformationen* standen fünf Dortmunder Kirchen im Focus des Interesses. An diesen Kirchengebäuden ließen sich Herausforderungen und Lösungen zeigen, die auch für Problemstellungen andernorts große Bedeutung haben. Mit Experten aus Architektur, Soziologie und Theologie wurden Perspektiven entworfen und kreative Zukunftsmodelle diskutiert, die dazu helfen können, die notwendigen Übergänge zu gestalten. So wurde deutlich: Kirchen sind Räume, die sich verwandeln können. Und zugleich Räume, in denen Menschen sich wandeln oder verwandelt werden.

5. Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach. (Amos 5,24)

5.1 Globalisierung

Der Kollaps des Weltfinanzsystems hat den Ruf nach dem Staat in zuvor unvorstellbarer Weise laut werden lassen. Die Dringlichkeit der mit unserer Hauptvorlage angestoßenen Debatte *Staat und Kirche – herausgefordert zu Recht und Frieden in der einen Welt* bekam damit fast über Nacht eine beklemmende Aktualität. Sogenannte *Leerverkäufe* an der Börse, bei denen mit geliehenen Aktien spekuliert wird, symbolisieren den herrschenden Lebensstil als *Leben auf Pump*.³⁶ Die Finanzkrise droht die anderen globalen Probleme – *Ernährungskrise* und *Klimawandel* –

³⁶ Ratsvorsitzender Bischof Dr. Wolfgang Huber sagte während der EKD-Synode in der vergangenen Woche in seinem *Mündlichen Bericht u. a.*: In drei Bereichen sehen wir gegenwärtig die dramatischen Folgen eines Lebens auf Pump: in der Aufhäufung von Staatsschulden in einer unvorstellbaren Höhe, die allein in Deutschland die Grenze von 1,5 Billionen Euro weit überschritten hat, im Verbrauch von Rohstoffen und Energiequellen, die künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen können, und in einem Finanzwesen, in dem die Schulden der einen zur – durch keine realen Werte gedeckten – Geldanlage der anderen geworden sind. In allen drei Fällen setzt ein solcher Lebensentwurf auf eine zukünftige Fülle und verbindet das mit der Einbildung, über die Zukunft schon heute verfügen zu können. Das Leben auf Pump beleih die Zukunft in einer dramatischen Weise. Es häuft Schulden auf, die kommende Generationen belasten. Es verbraucht Umweltressourcen auf Kosten des Handlungsspielraums unserer Kinder und Enkel. Es verspielt bereits jetzt das Erbe einer künftigen Generation. Das Zukünftige bereits für das Heute beanspruchen oder das Gegenwärtige in die Zukunft hineinwachsen lassen – so lautet die Alternative, die uns gegenwärtig in ungewöhnlich scharfem Kontrast entgegentritt.

aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen und sie zugleich in ihren Ausmaßen zu verschlimmern. Und alle diese Krisen wirken sich vor allem für die Armen verheerend aus. Finanz- und Klimakrise zeigen dabei frappierende Ähnlichkeiten: Ihre Szenarien sind bekannt und hinlänglich beschrieben, die Bedrohungen und ihre Folgen sind bekannt. Und doch bleibt es in der Gegensteuerung weithin bei Absichtserklärungen. Wenn aber die prognostizierten Folgen einzutreten beginnen, dann lösen sie eine galoppierende Kettenreaktion aus. Mit einem Unterschied: Bei der Finanzkrise war internationales staatliches Handeln möglich mit unvorstellbaren Summen in einem knappen Zeitrahmen wie nie zuvor. Eine solche korrigierende Kraft wird es beim Klima nicht geben. Da nützen keine Milliarden mehr. Schon jetzt helfen sie nicht, wenn täglich biologische Arten für immer von der Erde verschwinden.

Die Krisen zeigen, dass staatliches Handeln weltweit Regeln und Rahmenordnungen setzen muss. Die Liste der staatlichen Aufgaben hat sich gegenüber Barmen – *für Recht und Frieden sorgen* – erheblich erweitert: *Marktprozessen Rahmenordnungen geben; die Grundlagen des Lebens schützen, auch für kommende Generationen; Menschenrechte durchsetzen; die Teilhabe aller am wirtschaftlichen, sozialen und solidarischen Leben ermöglichen; für sozialen Ausgleich sorgen ...*

Aber nicht nur der Staat ist im Blick. Barmen V unterscheidet noch *Regierende* und *Regierte*. Heute reden viel mehr mit. Und sie handeln auch: Nichtregierungsorganisationen – Gewerkschaften, Kirchen, Naturschutzverbände, Bürgerinitiativen, Verbraucherverbände und viele mehr – sind Teil der *Zivilgesellschaft*. Wenn sich viele Mitglieder der Zivilgesellschaft auf gemeinsames Handeln verständigen, sind sie eine sehr starke Kraft. Zivilcourage zeigen schon biblische Gestalten: Joseph von Arimathia³⁷ trägt das Kreuz Christi und legt seinen Leichnam in ein Felsengrab.³⁸ Der Oberst Lysias³⁹ bewahrt Paulus vor gewalttätigen Anklägern; die Hure Rahab versteckt die Kundschafter Josuas,⁴⁰ der barmherzige Samariter⁴¹ im Gleichnis Jesu versorgt den unter die Räuber Gefallenen.

5.2 Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft

Bereits 2006 hat die Landessynode die Kirchenleitung beauftragt, eine Studie zum Thema *Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft* in Auftrag zu geben.

³⁷ Vgl. Mk 15

³⁸ Mt. 27, 57–61

³⁹ Vgl. Acta 21 und Acta 23

⁴⁰ Vgl. Jos 2

⁴¹ Vgl. Lk 10,25–37

Diese Studie wird der Kirchenleitung Anfang 2009 vorgestellt. Die Gestaltung des Verhältnisses von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft braucht neue Impulse. Wie das Modell der *Sozialen Marktwirtschaft* unter den Bedingungen der Globalisierung zu stärken und weiterzuentwickeln ist, soll Gegenstand der Weiterarbeit sein.

Während der USA-Reise unserer Kirchenleitungsdelegation ist uns gerade im Gespräch mit den amerikanischen Partnern der besondere Schatz unserer Erfahrungen mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft deutlich geworden.

5.3 Sonntagsschutz

Im Rahmen der Finanzkrise ist auch an die Bewahrung des Sonntags zu erinnern. Ihn wollten die Börsianer am liebsten abschaffen. Er ist hinderlich für Märkte und die Börsen. Es klingt wie ein Treppenwitz: Der Sonntag hat jetzt die Finanzwelt gerettet, weil er den galoppierenden Finanzkollaps unterbrach. In der Weltwirtschaftskrise wurden die Banken und Börsen für 4 Tage geschlossen, um Ruhe herzustellen. Jetzt fanden die entscheidenden Sitzungen der Politiker am Sonntag statt, zwischen dem Schluss der New Yorker und der Eröffnung der Tokyoter Börse, als Ruhe war an der Finanzfront.

5.4 Kirche und Wirtschaft gemeinsam gegen HIV & AIDS

Ich wünsche uns allen, dass das Miteinander von Wirtschaft und sozialer Verantwortung Früchte trägt. Ich freue mich, dass Kirche dazu Anstöße gibt, so Minister Laumann zu unserem Projekt *Kirche und Wirtschaft gemeinsam gegen HIV & AIDS* bei der Veranstaltung der Evangelischen Landeskirchen in NRW zusammen mit der IHK am 27. August im Borussia-Park Mönchengladbach. Sie wurde von mehr als 150 Menschen, hauptsächlich aus der mittelständischen Wirtschaft, besucht. *Kirche und Wirtschaft gemeinsam gegen HIV & AIDS*: Dies bedeutet zusammen mit dem Management und der Belegschaft des jeweiligen Unternehmens vor Ort passgenau Programme zu entwickeln. Profitiert haben davon nicht nur die Beschäftigten, sondern auch ihre Familien.

Kirche hat hierbei eine besondere Perspektive, Glaubwürdigkeit und Kompetenz einzubringen: bei uns und weltweit noch im entlegendsten Ort im Leben der Menschen verwurzelt – als *Global Player* vernetzt und verbunden im *Global Prayer*.

Wir sind zuversichtlich, dass diese neue Form der Zusammenarbeit von Kirche und Wirtschaft auf breiterer Ebene nicht nur in Südafrika und Namibia, sondern vielleicht auch hier in Westfalen auch auf anderen Feldern gelingt. Mittelständische Wirtschaft und Politik in NRW haben ihr Interesse daran deutlich gemacht.

5.5 Illegitime Schulden

Nur, wenn es gelingt, auch international rechtsstaatlichen Verhältnissen näher zu kommen, kann die Gefahr weiterer Destabilisierungen von Staaten im Süden gebannt werden. Dabei kommt der Frage der *illegitimen Schulden* besondere Bedeutung zu. Rund um den Globus zahlt die Bevölkerung armer Länder für verfehlte schuldenfinanzierte Großaufträge, bei denen eine unparteiische Instanz eine wesentliche Gläubiger-Mitverantwortung feststellen würde. Drastisch formuliert: In diesen Fällen muss die Bevölkerung die Kugeln, mit denen auf sie geschossen wurde, noch selbst bezahlen.

Ein Schuldenmanagement, welches unverantwortliche Kreditvergabe nicht sanktioniert, schafft aber auch in Zukunft Anreize für solche Kredite und trägt damit erheblich zur Schaffung globaler Finanzinstabilität bei.

Im Rahmen unserer Kirchenleitungsdelegationsreise in die USA haben wir in Washington DC ein vom renommierten Wiener Völkerrechtler Prof. August Reinisch in unserem Auftrag erstelltes Rechtsgutachten – gemeinsam mit ihm und dem Evangelischen Entwicklungsdienst – dem deutschen Direktorium und weiteren Experten der Weltbank vorgestellt. Wir waren uns mit den Vertretern der Weltbank darin einig: Eine internationale Rechtsdoktrin mit verlässlichen und einklagbaren Regeln muss entwickelt und durchgesetzt werden, die unethische und unmoralische Kreditverträge bereits präventiv verhindert. Die Frage der Durchsetzungsfähigkeit des Erlasses illegitimer Schulden allerdings blieb umstritten. Das verabredete weitere Vorgehen hat uns darin bestärkt, hier am Ball zu bleiben.

5.6 Klimaschutz

Wir erkennen immer deutlicher, wie sehr der Klimawandel Armut verschärft und Leben bedroht, Entwicklungsmöglichkeiten untergräbt und Ungerechtigkeit verstärkt.

Die internationale Staatengemeinschaft – und mit ihr die deutsche Politik und Gesellschaft in ihrer besonderen Verantwortung und Vorbildfunktion – muss *jetzt* die Kraft finden, sich gegen den Klimawandel zu stemmen und die entscheidenden Weichenstellungen einzuleiten. In dieser historischen Situation darf die Kirche nicht schweigen, sondern muss als Anwältin der Schwachen – der Armen, zukünftiger Generationen und der Schöpfung – ihren Beitrag dazu leisten, dass politische und gesellschaftliche Handlungsblockaden überwunden werden.

Mit Sorge beobachten wir, dass die gesetzten Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen nicht erreicht werden können. Wir sehen uns auf diesem Hintergrund mit

der Forderung nach einem Kraftwerksmoratorium bestätigt (Beschluss der Landesynode 2007). Nach unserer Einschätzung kann nur so verhindert werden, dass hohe CO₂-Emissionen in der Energiewirtschaft zementiert werden, die jede wirk-same Klimaschutzstrategie mittelfristig zunichte machen.

Zusammen mit der Klimaallianz setzen wir uns in Gesprächen mit den Parteien und Ministerien, bei Diskurstagungen und Protestkundgebungen für einen grund-legenden Paradigmenwechsel in der Energieversorgung ein. Dieser muss sowohl die Erzeugung als auch den Einsatz von Energie umfassen.

Zur Klärung und Diskussion der kirchlichen Position im Bereich Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit haben wir mit anderen Landeskirchen, der Verei-nigten Evangelische Mission (VEM), Brot für die Welt, dem Evangelischen Ent-wicklungsdienst (EED) sowie weiteren Mitgliedern der Klimaallianz die Entwick-lungspolitische Plattform *Klima der Gerechtigkeit* erarbeitet.⁴²

Auf durchweg positive Resonanz trifft die Tatsache, dass die EKvW nicht nur Kli-maschutz von Politik und Wirtschaft einfordert, sondern im eigenen Bereich vor-antreibt, z. B. durch das kirchliche Umweltmanagement *Der Grüne Hahn*⁴³ und seit kurzem auch durch das Projekt *Zukunft-einkaufen*⁴⁴.

Dem Grünen Hahn schließen sich mittlerweile viele Kirchenkreise an, so dass bereits eine Warteliste bei der Beratung eingerichtet werden musste. Bei *Zukunft-einkau-fen* steht seit Januar 2008 die Beschaffung und „*Marktmacht*“ der Kirchen im Mit-telpunkt.⁴⁵ Das Projekt – von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert – will über eine qualitative Verbesserung des großen Beschaffungsvolumens der Kir-chen in Deutschland ein starkes Zeichen für Fairness und Umweltschutz setzen. Dies fängt beim fairen Kaffee und Recyclingpapier an und endet noch lange nicht beim Grünen Strom.

5.7 Die energetische Nutzung von Biomasse

In den letzten Monaten hat weltweit eine intensive Auseinandersetzung um den Einsatz von Biomasse zur Energieerzeugung stattgefunden. Dabei haben sich Inhalte und Positionen – auch in der kirchlichen Debatte – gewandelt.

42 Von besonderer Bedeutung ist dabei nicht nur die klare kirchliche Positionierung gegenüber Agrot-reibstoffen und Risikotechnologien wie Kernenergie, sondern auch die Bewertung von klimapoliti-schen Instrumenten wie Technologietransfer und Emissionshandel. Das Positionspapier beschreibt die großen z.T. noch wenig genutzten Potenziale und die Chancen der kirchlichen Entwicklungszusam-menarbeit und Partnerschaftsarbeit für den Klimaschutz.

43 (www.kirchliches-umweltmanagement.de)

44 (www.zukunft-einkaufen.de)

45 Angesichts des großen Einkaufsvolumens der Kirchen in Deutschland will das Projekt den Nachweis erbringen, dass Gerechtigkeit und Klimaschutz u. a. auch „eingekauft“ werden können.

In einem Positionspapier hat sich die Kirchenleitung der EKvW bereits 2007 kritisch zur energetischen Nutzung von Biomasse⁴⁶ geäußert.

Aktuell in die Kritik gekommen ist insbesondere die Herstellung von Treibstoffen aus Biomasse. Aufgrund des Treibstoffhungers der Industriestaaten wurde in vielen Ländern der Erde die Produktion von Agrotreibstoffen angekurbelt. Energiepflanzen verdrängen Pflanzen für Nahrungs- und Futtermittel. Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres verdoppelten sich die Preise für Reis, Mais und Weizen. In mehr als 30 Ländern der Erde kam es zu Unruhen, da die arme Bevölkerung sich die stark verteuerten Lebensmittel nicht mehr leisten kann.⁴⁷

Der Sprithunger bei uns darf nicht dazu führen, dass Menschen in Ländern des Südens hungern müssen.

5.8 Bildungspolitisches Forum/Schulen

Eine Reihe von vier Bildungspolitischen Foren hat am 2. Juni 2008 mit einem ersten zum Zusammenhang von Bildungsungerechtigkeit und Schulstruktur in NRW begonnen. Der Einladung folgte ein breites Spektrum von Schulfachleuten aus Wissenschaft, Verbänden und Parteien. Hier wurde deutlich: Das Bemühen um mehr Bildungsgerechtigkeit durch *innere* Schulreform stößt an Grenzen, die durch die *äußere Struktur* des gegliederten Schulwesens gesetzt werden.

Uns ist bewusst, dass wir uns bei diesem Thema auf stark vermintem Terrain bewegen. Aber wir tragen von unserem protestantischen Selbstverständnis her Bildungsmitverantwortung. Deshalb werden wir Räume anbieten, in denen ein offener, klarer und achtsamer Austausch von Positionen möglich ist und um einen Konsens gerungen wird.⁴⁸

46 Biomasse wird als erneuerbarer Energieträger in verschiedenen Bereichen genutzt. So stellt die Verbrennung von Holz, Pflanzenresten oder Dung in vielen Entwicklungsländern noch immer die wichtigste, unter Umwelt- und Gesundheitsgesichtspunkten aber häufig problematische Form der Energiegewinnung dar. Auch in Deutschland wird Biomasse zur Wärme- und Stromerzeugung verwendet, z. B. in Biogasanlagen, die Pflanzen, Pflanzenreste oder Gülle vergären und deren Biogas in dezentralen Blockheizkraftwerken genutzt wird. Holzpellet-Heizungen werden in vielen Gebäuden – auch in kirchlichen Einrichtungen – zur Wärmegewinnung eingesetzt.

47 Als Konsequenz sollte bei der Nutzung von Biomasse die folgende Prioritätenfolge eingehalten werden: Nahrungsmittel – Futtermittel – nachwachsende Rohstoffe (u. a. für Kleidung, Baumaterial, Kosmetika) – energetische Rohstoffe (Pflanzen, Pflanzenreste, Produktionsabfälle, Gülle) – und erst ganz zum Schluss: Agrotreibstoffe. Bevor Agrotreibstoffe genutzt werden, sollten weltweit ökologische und soziale Standards eingeführt werden, um eine umweltverträgliche Produktion zu garantieren und nicht etwa Armut und Hunger Vorschub zu leisten.

48 Weitere Bildungspolitische Foren werden das Thema Bildungsgerechtigkeit im Elementarbereich und an der Schnittstelle von Schule und Beruf in den Blick nehmen.

Eines der vier Foren wird der Frage nachgehen, welche Beiträge zum Abbau von Bildungsungerechtigkeit unsere eigenen Evangelischen Schulen leisten.

Mit dem Projekt *Evangelisches Schulhaus Breckerfeld* erhofften wir uns mehr Bildungsgerechtigkeit durch mehr gemeinsames Lernen, mehr Vielfalt an Bildungswegen unter einem Dach und mehr individuelle Förderung. Das Projekt kann aber zur Zeit nicht realisiert werden, da die Landesregierung einen entsprechenden Schulversuch nicht unterstützt.

Die Ergebnisse aller vier Bildungspolitischen Foren werden in die Erarbeitung der *Anforderungen an ein künftiges Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen* eingehen (Auftrag der Landessynode 2007).

5.9 Kampagne gegen Kinderarmut

Lasst uns nicht hängen! Wir brauchen Nahrung, Kleidung, ein Zuhause. Eltern und Freunde. Liebe, Geborgenheit, Anerkennung.

500 Kinder haben ihre Resolution auf dem Kindergipfel Ende Juni in Schwerte unterschrieben und an die Erwachsenen übergeben. Wir haben den Auftrag der Kinder angenommen und wollen ihre Perspektive beständig im Blick behalten. Sie werden uns daran messen.

Armut behindert Menschen darin, sich mit ihren Gaben zur eigenen Selbsterhaltung und zum Wohl aller einzusetzen. Es ist ein Teufelskreis – keinen Abschluss, keine Ausbildung, keinen Job, kein Geld, keine Perspektive. Kinder sollen ihr Leben als wertvoll erfahren und es in seinen guten Möglichkeiten ausschöpfen können.⁴⁹ Daher darf sich die Kampagne nicht auf die Forderung nach einer warmen Mahlzeit pro Tag oder die Teilnahme von Kindern aus prekären Verhältnissen an kirchlichen Freizeiten beschränken, sondern muss sich auf ihre umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und so auch auf ihren Zugang zu Bildung beziehen.

Die Kampagne will keinen entmündigen: *Junge Menschen, die unter Armutsbedingungen aufwachsen, entwickeln je eigene Bewältigungsstrategien – an die kons-*

⁴⁹ *Wir wollen sie – wie es der Schirmherr unserer Kampagne, Christoph Biemann von der „Sendung mit der Maus“, formuliert hat – reich machen, nicht nur an Geld, sondern auch an Phantasie, Neugier, Wissbegier, Selbstbewusstsein und Zuwendung. Dann können sie gestärkt ihren Alltag gestalten lernen.*

*truktiv angeknüpft werden kann.*⁵⁰ Und auch überforderte Eltern dürfen nicht einfach aus ihrer Rolle entlassen werden, sondern müssen Unterstützung erfahren.

Kurz vor den Sommerferien hat die Kampagne begonnen. Sie geht weiter bis zur nächsten Sitzung der Landessynode 2009. Wir tragen die Anliegen in unsere Gemeinden. Sie sind aufgerufen, die Initiative zu zivilgesellschaftlichem Engagement zu ergreifen. Wir rufen dazu auf, in den Kommunen *Bündnisse gegen Kinderarmut* mit konkreten Zielen zu gründen und das Thema weiter ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Hananiah und Saphira⁵¹ sterben an der mangelnden Bereitschaft, das vermeintlich Eigene zu sozialisieren und der Gemeinschaft das ihr Zustehende zukommen zu lassen. Sie sterben an ihrem Geiz.

5.10 Diakonie RWL

Am 1. Juli 2008 hat der Verein Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. nach einem vierjährigen intensiven Beratungsprozess seine Arbeit aufgenommen. Mitglieder des neuen Vereins sind die drei Diakonischen Werke der Landeskirchen, die drei Landeskirchen und der Verband Ev. Krankenhäuser Rheinland und Westfalen.

Der neue Spitzenverband erstreckt sich von Detmold bis Saarbrücken und ist ein bundesweit einmaliges Projekt.⁵² Ziel der neuen Verbandsstrukturen ist es, Ressourcen zu bündeln und durch den Abbau von Doppelstrukturen ein möglichst effizientes, stabiles und passgenau auf die Interessen der Mitglieder ausgerichtetes Arbeiten zu gewährleisten.

Entscheidend wird es sein, ob es gelingt, die kulturellen landeskirchlichen Prägungen der drei Diakonischen Werke und ihrer Mitarbeitenden nicht als Hindernis, sondern als Chance und Möglichkeit der gegenseitigen Bereicherung und Stärkung zu verstehen und zu nutzen.

⁵⁰ EKD-Synode 2008; *Einbringung des Berichtes über die Lage der jungen Generation und der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit*, S. 2

⁵¹ Vgl. Acta 5

⁵² Er berät und unterstützt 2.700 Mitglieder und vertritt ihre Interessen gegenüber der Politik. In den insgesamt 4.900 Sozialeinrichtungen sind 125.000 hauptberuflich Mitarbeitende und knapp 200.000 Ehrenamtliche beschäftigt. Dazu kommen 7.500 Zivildienstplätze.

In dem Gebiet der drei Landeskirchen Rheinland, Westfalen und Lippe stehen 85 evangelische Krankenhäuser, 16 Hospize und 1.000 Einrichtungen der Alten-, Pflege- und Behindertenarbeit. Hinzu kommen fast 1.000 Tageseinrichtungen für Kinder sowie mehrere hundert Beratungsstellen.

5.11 Vereinte Evangelische Mission

Turnusgemäß fand die 4. Vollversammlung der Vereinten Evangelischen Mission vom 14. bis 21. Juni wieder in der deutschen Region auf der Nordseeinsel Borkum statt. Die 84 Delegierten aus Afrika, Asien und Deutschland haben unter dem Motto *Befreit zur herrlichen Freiheit der Kinder Gottes* (Röm 8,21) die Weichen für die Zukunft der VEM gestellt:

Auf der Basis eines neuen *Leitbildes*⁵³ sind Beschlüsse gefasst worden, die die Arbeit der VEM in den nächsten Jahren bestimmen werden. Hier die wichtigsten:

- *Evangelisation* soll als Kernbereich der VEM weiter gestärkt werden.⁵⁴
- *Diakonie* wird als neuer internationaler Arbeitsbereich eingerichtet und in der *Ökumenischen Werkstatt Bethel* angesiedelt.⁵⁵
- *Klimagerechtigkeit* in ihren weltweit unterschiedlichen Auswirkungen wird ein zentraler Fokus.
- Die Bekämpfung von *Kinderarmut* wird als besondere gemeinsame Herausforderung angenommen sowohl in den afrikanischen, asiatischen als auch in den deutschen Mitgliedskirchen.
- Durch internationale *Aus- und Fortbildungsangebote* für Führungskräfte wird die missionstheologische und organisatorische Arbeit aller Mitglieder unterstützt.
- Die Erfahrungen der VEM im Bereich *interkultureller Kommunikation und Kooperation* sollen für Projekte, Programme und Arbeit in Gremien genutzt werden.
- *Partnerschaften innerhalb der VEM* werden durch Fortbildungsangebote sowie durch neue Formen der Partnerschaft gestärkt.⁵⁶

Die VEM hat seit Borkum 35 Mitglieder, denn die Vollversammlung hat die *Eglise de Christ du Congo* nun neu aufgenommen.

53 In einem neuen „Leitbild“ hat die Vollversammlung zusammengefasst, was der Auftrag der VEM ist: „Als eine Missionsgemeinschaft nehmen wir teil an Gottes Mission in der Welt. Zusammen bezeugen wir die Botschaft von der Versöhnung des Vaters mit allen Menschen durch den Sohn Jesus Christus. Wir vertrauen auf den Heiligen Geist, mit dessen Hilfe wir für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung arbeiten. In diesem Licht nehmen wir auch die Verantwortung an, uns kritisch mit der Geschichte unserer Missionsarbeit auseinanderzusetzen. ... Wir verstehen Mission als ganzheitliche Aufgabe und wir arbeiten zusammen, um diese Aufgabe zu erfüllen. Darum sind Evangelisation, Diakonie, Entwicklung, anwaltliches Handeln und Partnerschaft integrale Bestandteile unserer Mission, das Evangelium zu verkündigen.“

54 Z. B. sollen in allen Mitgliedskirchen gemeinsam neue und zeitgemäße Wege gesucht werden, die Menschen mit dem Evangelium in Kontakt zu bringen.

55 Dazu gehören die Stärkung der gemeindlichen Diakonie, die Bekämpfung von Armut, die Koordination der inzwischen bei allen Mitgliedern etablierten HIV/AIDS-Arbeit sowie das Engagement gegen die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen.

56 Als Ergebnis der internationalen Partnerschaftsevaluation 2004–2008 wurden u. a. neue Richtlinien verabschiedet, die den gemeinsamen Auftrag unterstützen, als Partner in der Mission zu wirken.

6. Als er aber das Volk sah, ging er auf einen Berg ...

(Matthäus 5,1)

6.1 Evangelische Publizistik im digitalen Zeitalter

Die Medienlandschaft in Deutschland befindet sich – wieder einmal – in einem Umbruch.⁵⁷ Printprodukte werden durchaus auch weiterhin intensiv gelesen.⁵⁸ Mehr als bisher müssen sich jedoch in Zukunft Printprodukte, aber auch Fernsehen und Radio als Teil eines Kommunikationspaketes verstehen, das die jeweiligen Stärken der verschiedenen Medien am bestmöglichen nutzt. Für den schnellen Austausch von Informationen mit Wort, Ton, Bild und Film sowie für interaktive Prozesse wird künftig das Internet im Mittelpunkt der Kommunikation stehen.⁵⁹ In einer Medienkonvergenzstrategie liegt auch für die kirchlichen Medienangebote eine große Chance. Die bisherigen kirchlichen Web-Seiten präsentierten sich überwiegend in einer statischen Form.⁶⁰ Wesentliches Merkmal der gegenwärtigen Internetnutzung ist aber eine von den Nutzerinnen und Nutzern gewünschte aktive Beteiligung an den Angeboten bzw. Kommunikationsplattformen (Web 2.0). Während der USA-Reise konnte sich unsere Kirchenleitungsdelegation davon überzeugen, dass die UCC – als deutlich auf Spenden angewiesene Kirche – in den Bereichen fundraising und Internetpräsenz wesentlich weiter entwickelt ist als die

57 Stichworte wie *Digitalisierung, Web 2.0 bzw. Web 3.0 und „crossmediales“ Denken und Handeln prägen die Entwicklung. Nach wie vor spielen für die mittlere und ältere Generation Buch, Zeitung und Zeitschrift eine große Rolle, denn sie ermöglichen es den Leserinnen und Lesern, Inhalte auszuwählen und sie in Ruhe an verschiedenen Orten zu lesen. Verlage müssen inzwischen diese Inhalte zu großen Teilen aber auch online zur Verfügung stellen, da dies der Erwartungshaltung der meisten Nutzerinnen und Nutzer entspricht.*

Vor allem bei der jüngeren Generation haben sich die Nutzungsgewohnheiten von Medien in den letzten Jahren völlig verändert.

58 *Das Internet ermöglicht sogar für viele erst einen Zugang zu sonst nicht auffindbaren Büchern oder Artikeln in Wochen- und Monatszeitschriften. Viele schätzen auch den Lesegenuss, der beim gedruckten Wort wesentlich höher ist als auf dem Bildschirm. Hinzu kommt das Vertrauen in die Marke einer Zeitung, den Autor eines Buches, ebenso die höhere Aufnahmefähigkeit von gedruckten Informationen. Diese Faktoren stellen sicher, dass Buch, Zeitung und Zeitschrift auch künftig einen festen Platz im Kommunikationsprozess haben werden.*

59 *Eine synchronisierte und koordinierte Nutzung der einzelnen Medien wird dazu beitragen, die Reichweite bei den Nutzerinnen und Nutzern erheblich auszubauen. Neue Zielgruppen können auf diese Weise angesprochen werden. Durch den Einsatz von Verweisen zwischen den verschiedenen Medien kann das Publikum vom einem zum anderen Medium geführt und mit Blogs und Diskussionsforen beteiligt werden.*

60 *Sie dienten der Weitergabe von Informationen und bildeten die kirchlichen Strukturen ab (Web 1.0). Multimediale und interaktive Angebote waren nur selten integriert.*

EKvW. Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, dass Jesus bei seiner Bergpredigt auf den höchsten Punkt ging, um möglichst viele zu erreichen.

In dem der Synode 2007 vorgelegten Entwurf eines Medienkonzepts wird die Ausweitung der interaktiven und multimedialen Angebote der beiden Internetauftritte www.ekvw.de und www.unserekirche.de vorgeschlagen. Das Konzept regt auch eine gemeinsame Internetredaktion an, zunächst auf der Ebene der EKvW.⁶¹ Um die interaktiven Möglichkeiten für die beiden Internetauftritte noch stärker nutzen und miteinander verzahnen zu können, ist die Einrichtung einer gemeinsamen Online-Redaktion erforderlich.⁶² Für den Zusammenhalt der Landeskirche ist es von großer Bedeutung, mit Hilfe eines gemeinsamen Internet-Portals aktuell zu informieren und Menschen aktiv am Meinungsbildungsprozess innerhalb der Kirche zu beteiligen.

7. Freut euch, dass eure Namen im Himmel geschrieben sind. (Lukas 10,20)

7.1 My name is nobody

Schifra und Pua, Eldad und Medad, Eutychus oder Rahab hatten wohl keine großen Namen in der Medienwelt ihrer Zeit. Und doch hat die Bibel ihre Namen bewahrt. Heute wird nach unserer PIN gefragt, ob am Bankautomaten, bei der Versicherung oder im Internet – immer zählt nur die persönliche Identifizierungsnummer. Schrumpft das Individuum zur Code-Nummer, die, auf Plastikkärtchen elektronisch konserviert, über unser amtliches Sein und Nichtsein, also unsere Zugehörigkeits- und Zugangsrechte entscheidet? Das alles ist ja zu dulden und zu ertragen, solange wir dazugehören.

61 Die ebenfalls ständig weiterentwickelten Seiten von www.ekvw.de sowie der neugestaltete Internetauftritt www.unserekirche.de finden inzwischen hohe Aufmerksamkeit. So sind die Nutzerzahlen der online-Ausgabe von UK seit dem Start des neuen Auftritts stark gestiegen: Von Juni 2007 bis Juni 2008 kletterten die Abrufzahlen kontinuierlich von 54.737 auf inzwischen 216.663.

Die tägliche und wöchentliche Aktualisierung sowie den wesentlich intensiver gewordenen Dialog mit Leserinnen und Lesern sowie zusätzlichen Nutzerinnen und Nutzern leistet die Redaktion mit Hilfe eines zusätzlichen externen Teilzeit-Mitarbeiters.

62 Vor allem, wenn geplante Angebote ausgebaut werden sollen (auf www.ekvw.de z. B. eine Terminatenbank, ein Service für Amtshandlungen oder eine Online-Seelsorge), ist dies erforderlich. Auf diese Weise können auch die Schwerpunkte der beiden Internetauftritte noch besser aufeinander abgestimmt und die Angebote für die Internetpräsenz der Kirchenkreise und Gemeinden ausgebaut werden.

Aber was geschieht, wenn jemand ein Nobody ist? Was bedeutet das, wenn es schwierig wird, jemand zu werden oder zu sein. In kirchlicher Beratung und Seelsorge spielen die zunehmend eine Rolle, die von sich sagen müssen: *My name is nobody*.

In den 90er Jahren spielte ich als Torwart Fußball bei Benefizspielen zugunsten der Kinderkrebshilfe. Damit Zuschauer kamen, waren auch ehemalige Bundesligastars dabei – so auch Reinhold Wosab, in den 60ern ein wichtiger Spieler bei Borussia Dortmund. Ich war ein Nobody. Deshalb rief man mich schlicht *Torwart*. Als ich mich ein paar Mal ausgezeichnet hatte, kam Wosab zu mir und fragte: *Wie heißt du? Wie heißt du? Einen Namen bekommst du, wenn du etwas leistest, wenn du zeigst, was du kannst; genauer, wenn du zeigen darfst, was du kannst ...*

Dabei ist ein Mensch benannt und genannt, bevor er selber seinen Namen nennen kann. Bevor wir uns einen Namen machen und man unserem guten Namen Kredit gewährt, bevor wir unseren guten Namen auch aufs Spiel setzen oder gar verlieren können – haben wir ihn zuallererst empfangen.

Einen Namen bekommen – das ist eine Beziehungsgeschichte.

Eltern benennen ihr Kind, doch der Namensruf kommt von viel weiter her: Es ist von Gott längst beim Namen gerufen, bevor Eltern ihr Kind ansprechen können. Gottes Ruf ist schöpferisch. Er ruft ins Dasein. *Deine Augen sahen mich, als ich noch nicht bereitet war ... (Ps 139,16) Denn du hast meine Nieren bereitet und hast mich gebildet im Mutterleibe ... (V 13)*. Die Beziehung zwischen Gott und Mensch soll nicht anonym bleiben, sondern in jeder Hinsicht namhaft sein.

In der Taufe in und auf Gottes Namen wird jedes neue Menschenkind als ein Wesen begrüßt, das von vornherein etwas Einmaliges und unbedingt Kostbares ist, und darum seinen Platz in der Menschengemeinschaft nicht erst verdienen muss. Die unzerstörbare Würde eines Menschen kann durch nichts und niemanden zur Disposition gestellt werden. *Freut euch, dass eure Namen im Himmel geschrieben sind.*

■ **2. SCHRIFTLICHER BERICHT**
über die Tätigkeit der Kirchenleitung
sowie über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse

Inhaltsverzeichnis

1. Kirchenwahl 2008	37
2. Neue Gemeindeformen	38
3. Agentur für Personalberatung und Personalentwicklung	38
4. Arbeitsrecht	39
5. Reformprozess	40
6. Evangelische Präsenz an der Hochschule	42
7. Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel: Gründung des Instituts für Diakoniewissenschaft und Diakonienmanagement	43
8. Religionsunterricht	44
9. Konfirmandenarbeit	45
10. Frauenreferat	46
11. Kultur	47
12. Hochschule für Kirchenmusik	48
13. Christen jüdischer Herkunft	49
14. Islamarbeit	49
15. Mit Kindern neu anfangen	50
16. Kampagne gegen Kinderarmut	51
17. Diakonie Rheinland, Westfalen und Lippe	51

18. Kindergottesdiensttag	52
19. Unerreichte erreichen	53
20. Partnerschaft mit der Nord-Ost-Diözese der Ev.-Lutherischen Kirche in Tansania	54
21. Landeskirchliche Partnerschaft zur Eglise Evangélique du Camerun	55
22. Vereinte Evangelische Mission	56
23. Symposion mit dem Polnischen Ökumenischen Rat in Warschau	58
24. Kirche und Wirtschaft gegen HIV und AIDS	58
25. Illegitime Schulden	59
26. Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft	60
27. Klimaschutz	60
28. Klima der Gerechtigkeit – Entwicklungspolitische Klimaplattform evangelischer Kirchen, Missionswerke und Entwicklungsdienste	62
29. Energetische Nutzung von Biomasse	62
30. Rosenstraße 76 – Häusliche Gewalt als Schwerpunktthema der Dekade zur Überwindung von Gewalt	63
31. Evangelische Publizistik im digitalen Zeitalter	64

1. Kirchenwahl 2008

Am 24. Februar 2008 wurde in 236 evangelischen Kirchengemeinden in Westfalen gewählt.

Das gesamte Wahlverfahren wurde durch verschiedene Maßnahmen des Landeskirchenamts rechtlich und organisatorisch begleitet.

Wie bereits zur Kirchenwahl 2004 wurden den Kirchenkreisen und Kirchengemeinden Arbeitshilfen zur Durchführung der Wahl zur Verfügung gestellt. Die Arbeitshilfe Teil 1 „Recht und Organisation“ beinhaltet u. a. Gesetzestexte, Arbeitshinweise, Ablaufpläne und Vordruckmuster. Die Arbeitshilfe Teil 2 enthielt Hilfen für die „Öffentlichkeitsarbeit“ in allen Phasen des Wahlverfahrens.

Die Zahl an Anrufen und Mailanfragen zum Wahlverfahren unter den in den Arbeitshilfen und im Internet angegebenen Nummern/Adressen ist massiv angestiegen. In 16 Informationsveranstaltungen mit insgesamt ca. 500 Teilnehmern aus ca. 190 Kirchengemeinden wurde über die Änderungen in der Kirchenordnung (reduzierte Amtszeit) und die Neuerungen im Wahlverfahren informiert.

Einen großen Informationsbedarf gab es zu der neuen Möglichkeit, dass in der Kirchengemeinde nach einer Gesamtwahlvorschlagsliste gewählt werden konnte.

Die rechtliche Begleitung des gesamten Wahlverfahrens hat gezeigt, dass unter dem Gesichtspunkt der Anforderung an ein noch „schlankeres“ und einfacheres Wahlverfahren einige Verfahrensschritte im Detail überdacht werden sollten. Diese sind von der Kirchenleitung zur weiteren Beratung an den Ständigen Kirchenordnungsausschuss überwiesen worden.

Der Vereinfachung des Wahlrechts sind jedoch vor dem Hintergrund der presbyterial-synodalen Ordnung und dem Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts Grenzen gesetzt, die derzeit erreicht sein dürften.

Ein Gedankenaustausch mit anderen Landeskirchen zu den unterschiedlichen Wahlverfahren in den Landeskirchen hat ebenfalls einige neue diskussionswürdige Erkenntnisse zu möglichen Veränderungen gebracht. Die Vertreter aller anwesenden Landeskirchen haben sich vor dem Hintergrund der Komplexität einer Wahlplanung und -durchführung für ein Projektmanagement aus den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Theologie, Recht und Statistik ausgesprochen. Nur in dieser Form scheint eine erkennbare Steigerung von Wahlhandlungen und Wahlbeteiligungen möglich.

(Im schriftlichen Bericht des Präses für die Landessynode 2007 sind unter Punkt 14 bereits grundsätzliche Aussagen zum Thema Kirchenwahl in der Evangelischen Kirche von Westfalen enthalten.)

2. Neue Gemeindeformen

Die Thematik „neue Gemeindeformen“ ist seit einigen Jahren aktuell, nicht nur in Westfalen, auch darüber hinaus. Der Hammer Reformtag in der EKvW (2007) sowie das EKD-Impulspapier (2006) haben die Frage nach den Möglichkeiten der Entwicklung und kirchenrechtlichen Integration von neuen Gemeindeformen zur Sprache gebracht. In der Kirchenleitung ist das Thema aufgegriffen worden und soll gründlicher bearbeitet werden. Dazu liegt ein kirchenrechtliches Kurzgutachten aus dem Landeskirchenamt vor, das als Grundlage für die Weiterarbeit dient.

Die Weiterarbeit unter Beteiligung des Ständigen Theologischen Ausschusses und des Ständigen Kirchenordnungsausschusses ist zeitlich auf drei Jahre konzipiert. Nach einer Phase der Wahrnehmung – auch im ökumenischen Horizont –, des Sortierens von theologischen Begründungen für vorfindliche und denkbare Gemeindeformen sowie der kirchenordentlichen Gestaltung soll die so aufbereitete Thematik mit den Gemeinden und Kirchenkreisen kommuniziert werden, um dann Vorschläge zur Entscheidung vorlegen zu können. Ziel bleibt es, Freiräume zum Wachsen der Kirche Jesu Christi zu entdecken, zu beschreiben und zu ermöglichen. Die Beteiligung von anderen Gliedkirchen und der EKD im Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 soll sich der „westfälischen Phase“ anschließen.

3. Agentur für Personalberatung und Personalentwicklung

Nach der Entwicklung einer tragfähigen Konzeption und den entsprechenden Beschlüssen der Kirchenleitung hat die Agentur am 1. Oktober 2007 ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist dem Institut für Aus-, Fort- und Weiterbildung der EKvW in Villigst eingegliedert und stellt in Ergänzung zu den anderen Beratungsangeboten des Instituts (Supervision, Pastoralkolleg, Geistliche Begleitung, Arbeitsstelle Gottesdienst und Kirchenmusik) ein speziell berufs- und stellenbezogenes Beratungsangebot dar. Über die individuelle Personalberatung und die persönliche Per-

sonalentwicklung hinaus soll diese Einrichtung aber auf Dauer auch Impulse für eine angemessene gesamtkirchliche Personalplanung und Anregungen zur Gestaltung einer strukturierten gesamtkirchlichen Personalentwicklung geben.

Das Angebot der Agentur wird zunächst für die Theologinnen und Theologen zur Verfügung gestellt. Für die Zukunft ist aber auch an alle anderen Berufsgruppen gedacht. Besetzt ist die Agentur mit einer Theologin und einem Theologen, die speziell für diese Aufgabe qualifiziert sind.

4. Arbeitsrecht

Im Bericht über die „Tätigkeit der Kirchenleitung, der Ämter und Einrichtungen der EKvW für die Landessynode 2008“ findet sich auf Seite 279ff. eine ausführliche Darstellung der Entwicklungen des Arbeitsrechts der im privatrechtlichen Anstellungsverhältnis befindlichen Mitarbeitenden. Darüber hinausgehend wird hier ergänzend berichtet:

Bereits die Entscheidung der Schiedskommission im Jahre 2007, in der entgegen dem Antrag von Kirche und Diakonie die Reformergebnisse des öffentlichen Dienstes zu Grunde gelegt wurden, beinhaltet gleichzeitig den Auftrag, die beschlossenen Tarifregelungen in angemessener Zeit – spätestens aber binnen vier Jahren – zu überprüfen. Die Problemlage, die sich aus der Diskrepanz zwischen den Leistungen der finanzierenden Stellen im Sozialwesen einerseits und der Tarifierhebungen im öffentlichen Dienst andererseits zeigt, ist seitens der Schiedskommission also anerkannt worden, und es ist intensiv versucht worden, im Kontext mit den Tarifänderungen 2008 im öffentlichen Dienst diesen zu entsprechen.

Bezüglich der „Tarifrunde 2008“ hat die Arbeitsrechtliche Kommission zwar Änderungen des Tarifrechts beschlossen, die – mit zeitlich gestaffelten Anhebungen – auch für den kirchlichen Bereich die Tarife des öffentlichen Dienstes grundsätzlich beibehalten. Freilich dokumentiert die Verschiebung der Termine zur Einführung der neuen Tarife gegenüber den Terminen, die im öffentlichen Dienst bei der jüngsten Tarifierhebung festgelegt sind, bereits deutlich, dass Rücksicht auf die besondere Situation der diakonischen Einrichtungen genommen werden muss. Die alternativen Vorschläge von Kirche und Diakonie für die fremdfinanzierten Einrichtungen konnten jedoch nicht durchgesetzt werden. In diesem Kontext sei darauf hingewiesen, dass ca. 75 Prozent aller Mitarbeitenden, die im Raum von Kirche und Diakonie in Rheinland, Westfalen und Lippe tätig sind, angestellt sind in Einrichtungen der sogenannten freien Diakonie, also nicht mehr der verfassten Kirche, und in den allermeisten Fällen Aufgaben wahrnehmen, die vollständig oder

zum allergrößten Teil fremdfinanziert sind; und von den verbleibenden 25 Prozent, die in Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und Verbänden tätig sind, sind auch die Arbeitsplätze eines erheblichen Anteils abhängig von zusätzlichen, teilweise überwiegenden Leistungen Dritter, man denke allein an den Bereich der Kindergärten.

Schon allein diese Zahlen machen deutlich, wie wichtig es ist, Lösungen für die angesprochenen Probleme zu finden. Allein die jüngst für 2008 praktizierte Verschiebung des Inkrafttretens von Tarifen, die sich nach wie vor am öffentlichen Dienst orientieren, kann nicht die Lösung für die Zukunft sein.

Deshalb sind Überlegungen aufgenommen worden, für die Zukunft stärker als bisher bei der Tarifsetzung die Unterschiede zu akzeptieren, die sich auch aus den Finanzierungsvorgaben ergeben. Im Arbeitsrechtsregelungsgesetz ist bereits vor Jahren die Möglichkeit eingeführt worden, in einer Fachgruppe der verfassten Kirche einerseits und einer Fachgruppe der Diakonie andererseits das Recht, den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend, zu gestalten, indem seitens der Arbeitsrechtlichen Kommission einzelne Themenfelder an die jeweilige Fachgruppe verwiesen werden. Die unterschiedlichen Grundpositionen der Mitarbeiterseite einerseits und der Dienststellen andererseits führten jedoch bislang dazu, dass bereits in der Arbeitsrechtlichen Kommission die notwendige Mehrheit zur Verweisung einzelner Themen in eine Fachgruppe nicht zustande kamen. Es wird inzwischen überdacht, das Arbeitsrechtsregelungsgesetz so zu ändern, dass bereits auf Antrag – oder bei einer qualifizierten Minderheit in der Abstimmung – ein Thema in der jeweils zuständigen Fachgruppe behandelt werden muss. Gleichzeitig soll die Angemessenheit der Vertretung der Mitarbeiterseite der Diakonie in der Arbeitsrechtlichen Kommission überdacht werden; gegenüber dem Organisationsgrad der in der Arbeitsrechtlichen Kommission mitwirkenden Verbände (VKM) in der verfassten Kirche ist der in der Diakonie offenkundig wesentlich geringer, und der Marburger Bund beschränkt sich letztlich in seinem Mitwirken auf die Interessen des ärztlichen Personals. Die Kirchenleitung hat der Einleitung eines entsprechenden Verfahrens – seitens der Diakonischen Werke und der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Lippischen Landeskirche liegen entsprechende Beschlüsse vor – zur Änderung des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes zugestimmt.

5. Reformprozess

Der Reformbeirat war im Berichtszeitraum damit beschäftigt, die noch ausstehenden Aufgaben und Aufträge im Rahmen des Reformprozesses zu bearbeiten.

Vier große Themenblöcke standen nach der Landessynode 2007 auf der Tagesordnung:

Die Impulse des Hammer Reformtages wurden durch den Reformbeirat in unterschiedlicher Weise weiter bearbeitet. Einigen Themen folgten unmittelbare Aufträge (zum Beispiel für die Erarbeitung einer Broschüre zu Kooperations- und Vereinigungsprozessen). Bei anderen Themen wurde deutlich, dass sie am sinnvollsten im Kontext einer Gemeindekonzeption (z. B. Qualitätsaspekte, weitere Entwicklung der Leitungsstrukturen, Berücksichtigung von gottesdienstlicher und geistlicher Praxis) oder einer Kirchenkreiskonzeption (z. B. Fortbildungen, regionale Kooperationsmöglichkeiten) weiterverfolgt werden sollten. Alle Themen wurden der Kirchenleitung zur Kenntnisnahme oder Beschlussfassung vorgelegt. Die weitere Bearbeitung der Impulse des Hammer Reformtages wird damit zur Aufgabe der Regelorganisation.

Eine Untersuchung des Institutes für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität durch Professor Dr. Blöbaum machte deutlich, dass die Vermittlung neuer Beschlüsse oder neuen Materials am wirkungsvollsten dann ist, wenn sie durch persönliche Kommunikation auf der Basis einer vertrauensvollen Beziehung geschieht. Umsetzungsprozesse brauchen erkennbare Menschen vor Ort, die solche Prozesse initiieren und begleiten. Darüber hinaus wäre ein eingetübtes Informationsmanagement notwendig, um mit der Fülle von Informationen und Impulsen angemessen umzugehen.

Ein verbessertes Berichtswesen soll die gesamtkirchliche Verantwortung bei der Steuerung von Veränderungsprozessen unterstützen, den Informationsaustausch innerhalb und zwischen den kirchlichen Ebenen mit dem Ziel gegenseitigen Lernens ermöglichen und Abstimmungsprozesse erleichtern. Der Reformbeirat erarbeitete dazu einen Vorschlag, der der Kirchenleitung zur Entscheidung vorgelegen hat und der verknüpft mit den entsprechenden Überlegungen der Perspektivkommission weiter bearbeitet werden soll.

Für die Evaluation des Standes der Entwicklung von Gemeindekonzeptionen wurde auf eine schriftliche Abfrage verzichtet und stattdessen das Servicetelefon der EKvW beauftragt, alle westfälischen Kirchengemeinden anzurufen und mithilfe eines Fragebogens nach dem Stand der Entwicklung der Gemeindekonzeptionen und nach den bisher gemachten Erfahrungen zu fragen. Die Auswertung der Umfrage zeigt unter anderem, dass bis zum Jahr 2010 fast 80 % aller Kirchengemeinden eine Gemeindekonzeption abgeschlossen haben wollen. Alle Gemeinden wurden brieflich von den wesentlichen Ergebnissen unterrichtet. Die komplette Auswertung ist unter www.reformprozess.de einzusehen.

6. Evangelische Präsenz an der Hochschule

Auf neue Weise förderte die EKvW in den vergangenen Monaten den Kontakt zu den Hochschulen:

Am 29.11.2007 fand erstmals ein Hochschultag in Münster statt, zu dem von den Studierendenpfarrämtern der Landeskirche eingeladen worden war und für dessen Vorbereitung und Durchführung die Hauptlast bei der ESG Münster und der dortigen Studierendenpfarrerin lag.

Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Professorin Wintermantel, fasste in einem einleitenden Beitrag die Ziele und Ergebnisse des sogenannten Bologna-Prozesses unter den drei Themenfeldern Modularisierung und Stufung von Studiengängen in Bachelor und Master sowie der angestrebten Internationalisierung des Studiums zusammen. Vor allem im Blick auf den letzten Punkt benannte sie deutliche Defizite. Die grundlegende Unterfinanzierung des deutschen Hochschulsystems, die auch mit der Einführung von Studiengebühren nicht verändert wird, ist für sie Hauptgrund der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit deutscher Universitäten und Fachhochschulen.

Die Auseinandersetzung mit dem Leitgedanken der Hochschulreform – des geforderten und geförderten Wettbewerbes zwischen den Hochschulen – stand im Mittelpunkt der Podiumsrunde, die Prof. Marksches, Präsident der Humboldt-Universität Berlin, leitete. Der Präsident der deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Prof. Kleiner verwies auf die Notwendigkeit von Konkurrenz und Wettbewerb, um international bestehen zu können und zu ausgezeichneten Fortschritten in Lehre und Forschung an den deutschen Hochschulen zu kommen. Der Dekan der evangelisch-theologischen Fakultät Münster und Vorsitzende des Evangelischen Fakultätentages, Prof. Grethlein, machte die grundlegenden Einwände gegen den wettbewerbsorientierten Ansatz der Hochschulreform geltend. Die Zeit und die Entwicklungsmöglichkeiten für Bildungsprozesse, die nach evangelischem Verständnis grundsätzlich mit dem Studium verbunden bleiben müssen, werden durch die Modularisierung und die Stufung von Studiengängen stark verknüpft. Das Evangelische Bildungsverständnis, wie es zuletzt in der Denkschrift des Rates der EKD „Maße des Menschlichen“ formuliert wurde, steht vielfach im Widerstreit mit den aktuellen hochschulpolitischen Reformzielen.

7. Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel: Gründung des Instituts für Diakoniewissenschaft und Diakonienmanagement

Zum 1. Oktober wurde am Standort Bethel der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel mit einstimmigem Beschluss des Kuratoriums und mit Zustimmung aller drei Träger das „Institut für Diakoniewissenschaft und Diakonienmanagement“ gegründet. Prof. Krolzik hat im Rahmen der Kooperation zwischen der kirchlichen Hochschule und der Führungsakademie für Kirche und Diakonie, Berlin (FAKD), die Aufgabe des Gründungsdirektors übernommen. Damit ist das lange Ringen um die diakoniewissenschaftliche Profilierung des Standortes Bethel zu einem guten Abschluss gekommen.

Der Aufbau des Instituts erfolgt auf der Grundlage der akkreditierten Studiengänge zum Erwerb des Master bzw. der Promotion im Bereich Diakoniewissenschaft, die berufs begleitend durchgeführt werden.

Daneben wird das Institut Angebote der Diakoniewissenschaft für den Studiengang evangelische Theologie an der Kirchlichen Hochschule sowie das Vikariat entwickeln. Hinzu kommt die Aufgabe der Forschung, die besonders im Promotionsstudiengang ihren Platz finden wird. Die Entwicklung des Instituts wird durch einen Beirat begleitet, den Pastor Pohl, Vorstand der von Bodelschwingschen Anstalten Bethel, leitet und in den neben den Trägern u. a. auch der Vorsitzende des Diakonischen Werkes der EKD sowie ein Vertreter des Diakonischen Werkes Rheinland/Westfalen/Lippe und des Evangelischen Johanneswerkes berufen sind. Der Beirat hat neben der Unterstützung beim Aufbau und insbesondere der Akquise von Studierenden die Aufgabe, in drei Jahren einen Bericht zur Evaluierung der Arbeit vorzulegen.

Zum 1. April 2009 werden die Veränderungen am Standort Bethel umgesetzt, für die mit dem Kirchenvertrag zur Fusion der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und Bethel vor drei Jahren bereits Weichenstellungen erfolgten: Der Studiengang Evangelische Theologie mit dem kirchlichen Abschluss wird mit dem 31.3.2009 in Bethel beendet. Für die Studiengänge Diplom, Magister und Promotion sind in Bethel ab dem 1.4.2009 keine Neueinschreibungen mehr möglich. Für die Studierenden, die jetzt in diesen letztgenannten Studiengängen eingeschrieben sind, gelten die Ordnungen noch für eine angemessene Zeit über die gesetzlich vorgeschriebenen Zeiträume hinaus fort. Für die Studierenden aus der Ökumene wurden in intensiven Einzelberatungsgesprächen besondere Förder- und Betreuungsangebote entwickelt, die ihnen den zügigen Abschluss ihres Studiums ermöglichen sollen.

Gekündigt wurde im März 2008 mit Wirkung zum 31.3.2009 die Kooperation mit der Universität Bielefeld im Bereich des Lehramtsstudiums. Auch sind wir an Fristen durch die Studienordnungen gebunden und werden diese Pflichten gegenüber

der Universität im Lehrangebot angemessen und im Streben nach Einvernehmlichkeit erfüllen.

Mit den Beschäftigten der früheren kirchlichen Hochschule Bethel wurden, unterstützt durch die Mitarbeitervertretung, Beratungs- und Orientierungsgespräche geführt. Es wird gegenüber keinem und keiner der Angestellten eine Kündigung ausgesprochen, sondern allen wird in der Kooperation zwischen Kirchlicher Hochschule Wuppertal/Bethel, den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel und der Landeskirche eine berufliche und persönliche Perspektive erschlossen werden. Dass dies gelungen ist, hebe ich in besonderer Weise hervor.

Bedauerlich ist, dass interne Differenzen in der Hochschule es verhindert haben, dass die Profilierung des Bereiches Bethel zügiger entwickelt werden konnte. Der Kirchenvertrag zur Gründung der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel zielte für den Arbeitsbereich Bethel auf ein breiteres Angebot in Lehre und Forschung. Allerdings haben die internen Diskussionen und Entscheidungen in der Hochschule in den vergangenen Monaten deutlich werden lassen, dass ein solches integratives und gemeinsam getragenes Konzept für die Diakoniewissenschaft und das Diakonienmanagement am Arbeitsbereich Bethel nicht zu entwickeln war. Um so mehr stimmt es zuversichtlich, wenn jetzt Kuratorium und Senat der Hochschule das Institut in Bethel als einen wesentlichen Teil der theologischen Profilierung der Hochschule verstehen. Besonderer Dank gilt dem Rektor der Hochschule, Prof. Karer, der dies entscheidend befördert hat, wie auch den Vertretern der anderen beiden Träger im Kuratorium, also der Evangelischen Kirche im Rheinland und den von Bodelschwingschen Anstalten. Dass es gelungen ist, diese kritische Phase der Hochschulneugründung seit 2007 gemeinsam und einvernehmlich unter allen drei Trägern zu bewältigen und ein zukunftsfähiges Konzept für den Standort Bethel zu entwickeln, stimmt hoffnungsfroh auch für die anderen Projekte der Kooperation.

8. Religionsunterricht

Der evangelische Religionsunterricht an Schulen im Bereich der EKvW wird nach wie vor überwiegend von staatlichen Lehrerinnen und Lehrern mit entsprechen der Lehramtsbefähigung erteilt. Zwar ist in den vergangenen Jahren die Zahl der kirchlichen Lehrkräfte gestiegen: Ca. 450 Pfarrerinnen und Pfarrer unterrichten evangelische Religionslehre an Schulen in einem Gesamtvolumen von derzeit ca. 230 vollen refinanzierten Lehrerstellen. Dadurch konnte ein wirksamer Beitrag zur Minderung des Unterrichtsausfalls und insofern zur Stabilisierung des Religionsunterrichts geleistet werden.

Probleme bleiben dennoch bestehen. So reichen die vorhandenen Stundenkontingente für kirchliche Lehrkräfte nicht aus, um den vorhandenen Bedarf abzudecken.

Die Anforderungen von 42 Schulen nach Entsendung von kirchlichen Lehrkräften (im Gesamtumfang von ca.15 Lehrstellen) konnten nicht erfüllt werden, wobei der hohe Bedarf besonders im Regierungsbezirk Arnsberg auffällt. Die Landeskirche verlangt dennoch zur Zeit keine Erhöhung der Kontingente, weil bereits im laufenden Schuljahr an 9 Schulen vorhandene Stellenkontingente im Umfang von 5,39 Stellen vakant geblieben sind. Die Personalreserve in den Kirchenkreisen ist inzwischen weitgehend ausgeschöpft, so dass kaum noch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, geeignete Pfarrerinnen und Pfarrer im Entsendungsdienst oder mit Beschäftigungsauftrag im Rahmen eines bestehenden Dienstes mit der Erteilung von Religionsunterricht zu beauftragen. Vermehrt werden wieder Anträge auf Genehmigung von Nebentätigkeiten gestellt und von den Kirchenkreisen befürwortet. Aus Sicht der Dezernatsgruppe wäre es wünschenswert, wenn geeigneten Pfarrerinnen und Pfarrern im Entsendungsdienst die Möglichkeit eröffnet würde, ihren Dienstumfang von maximal 75% einer vollen Stelle um entsprechend refinanzierte Unterrichtsanteile auf bis zu 100% zu erhöhen, sofern der Religionsunterricht nicht im Rahmen des bisherigen Dienstumfangs erteilt werden kann. Ein besonderes Problem stellt die Vertretung langfristig erkrankter Pfarrerinnen und Pfarrer im Schuldienst dar. Abgesehen vom Verlust der staatlichen Refinanzierung droht der Kirche auch die Beschädigung ihres Rufes als verlässlicher Partner, wenn sie keine Vertretung zu stellen in der Lage ist.

Nach wie vor gilt es in dieser Situation die vorhandenen staatlichen Lehrerinnen und Lehrer an Schulen nach Kräften zu unterstützen (Fortbildungsangebote des Pädagogischen Institutes und der kreiskirchlichen Schulreferate) und für die Lehramtsstudiengänge mit dem Unterrichtsfach ev. Religionslehre zu werben. Unverzichtbar sind auch weiterhin Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, die eine Zusatzqualifikation für evangelische Religion erwerben möchten (Neigungsfachkurse und Zertifikatskurse).

9. Konfirmandenarbeit

Die in 2006 eingeführte neue Ordnung für die Konfirmandenarbeit hat sich inzwischen weitgehend bewährt und in vielen Gemeinden zu einer Belegung in vielfältigen Organisations- und Beteiligungsformen geführt. Die Orientierungshilfe für Presbyterien und Mitarbeitende in der Konfirmandenarbeit „Entdeckungsreise im Land des Glaubens“ wird stark nachgefragt und offenbar kräftig genutzt. Gegenwärtig wird intensiv an einem neuen Lehrplan gearbeitet. Eine in Kooperation mit dem Comenius-Institut und der EKD von der Universität Tübingen durchgeführte bundesweite Qualitätsstudie zur Konfirmandenarbeit erfasst derzeit auch 24 ausgewählte westfälische Gemeinden mit 556 Konfirmandinnen und Kon-

firmanden und 95 Mitarbeitenden. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2009 erwartet.

Sorgen hat im vergangenen Schuljahr die Ausweitung des Ganztagsunterrichts insbesondere an Gymnasien bereitet. Wegen der Schulzeitverkürzung an Gymnasien auf 8 Schuljahre (G8) findet zunehmend Nachmittagsunterricht statt, wobei sich viele Gymnasien nicht an die bewährte Praxis der Gesamtschulen halten wollten, den Dienstagnachmittag vom Unterricht freizuhalten. Inzwischen hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung jedoch bekräftigt, dass die Schulen bei der Erstellung ihrer Stundenpläne für die 7. und 8. Klassen darauf achten sollen, den evangelischen Schülerinnen und Schülern dienstags ab 15 Uhr die Teilnahme an der Konfirmandenarbeit zu ermöglichen. Wo der Schulunterricht am Samstagvormittag eingeführt worden ist, wird für die Konfirmandenarbeit in den Jahrgangsstufen 7 und 8 der erste und dritte Samstag eines jeden Monats vom Schulunterricht freigehalten. Umgekehrt haben sich die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen bereit erklärt, die nachmittags durchgeführte Konfirmandenarbeit auf den Dienstag zu konzentrieren. Viele Superintendentinnen und Superintendenten haben die Schulleitungen in ihren Kirchenkreisen entsprechend informiert. Hilfreich ist in jedem Fall, wenn die Gemeinden den Kontakt zu den Schulen in ihrem Einzugsbereich suchen und über die Durchführung der Konfirmandenarbeit informieren.

10. Frauenreferat

Im Jahr 2008 besteht das Frauenreferat der Evangelischen Kirche von Westfalen 20 Jahre. Damals, 1988, wurde damit ein Zeichen gesetzt: Das westfälische Amt war EKD-weit das erste landeskirchliche Frauenreferat. Den „Müttern“ des Frauenreferates (Landessynodalen, Engagierten in Frauenverbänden und -initiativen) war der intensive Bezug zu bestehenden Einrichtungen, zu Kirchengemeinden und Kirchenkreisen wichtig. Diese produktive Zusammenarbeit zwischen dem Frauenreferat und z. B. der westfälischen Frauenhilfe hat sich über 20 Jahre bewährt und dokumentiert sich immer wieder in gemeinsam geförderten Projekten. Das Frauenreferat trägt durch theologische, pädagogische, sozialwissenschaftliche und juristische Arbeit zur Verwirklichung des Zieles der Geschlechtergerechtigkeit bei und unterstützt und berät dabei die Kirchenleitung, die Kirchenkreise und die Gemeinden. Von Beginn an ist die ekklesiologische Vision einer neuen Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche leitend. Damit verbunden ist das Ziel, Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen zu befördern und die Genderperspektive in der kirchlichen Öffentlichkeit zu befördern.

„Gender Mainstreaming“ als Verankerung der Gleichstellungsperspektive in allen strukturellen, organisatorischen und inhaltlichen Fragen ist eine Top-Down-Strategie, die einen klaren politischen Auftrag braucht und für deren Umsetzung die jeweilige Organisationsleitung verantwortlich ist.

Seit der Gründung des Frauenreferates sind Frau- und Genderperspektive, Frauen und Genderpolitik miteinander verzahnt. Die 2001 erneuerte Ordnung für das Frauenreferat nennt dementsprechend als Aufgaben des Frauenreferates, in Wahrnehmung und Reflexion gesellschaftlicher Veränderungen Konzeptionen und Maßnahmen zum Abbau struktureller Benachteiligungen und zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit zu erarbeiten, Genderperspektiven in die Aus- und Fortbildung einzubringen und Gender Mainstreaming zu fördern. Da Gender Mainstreaming und Frauenpolitik zwei sich ergänzende Strategien mit derselben Zielrichtung sind und eine Genderanalyse häufig die Notwendigkeit frauenpolitischer Maßnahmen aufzeigt, gehören neben den genannten Genderspekten Frauenberatung, Unterstützung von Frauenprojekten, Förderung Feministischer Theologie, die Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten etc. zu den Aufgaben des Frauenreferates.

Ein wichtiges Projekt des Frauenreferates ist das „Mentoring für Frauen in der Kirche“, das seit 2002 in Westfalen durchgeführt wird. Nach drei Durchgängen wurde eine Evaluation vorgenommen, zusammen mit inhaltlichen Beiträgen und Erfahrungsberichten ist die Auswertung in einer Broschüre veröffentlicht worden.

20 Jahre Frauenreferat: die gesetzten Ziele der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern sind gesellschaftlich und innerkirchlich längst nicht erreicht. Wir brauchen für die Zukunftsfähigkeit unserer Kirche auch weiterhin ein starkes und unabhängiges Frauenreferat!

11. Kultur

Kirchengemeinden beteiligen sich auf unterschiedliche Weise an der Kulturhauptstadt 2010, zum Beispiel bei den Local-Hero-Wochen.

Jeweils für eine Woche wird dann im Jahr 2010 der Scheinwerfer der Öffentlichkeit auf eine der 52 Kommunen des Ruhrgebiets gerichtet. Die Local-Hero-Wochen beginnen jeweils am Sonntag und bieten damit den christlichen Kirchen die Gelegenheit, in der Gemeinschaft der ACK mit einem gottesdienstlichen oder geistlichen Impuls zu beginnen. An einem Tag der Woche, voraussichtlich donnerstags, soll es eine „Nacht der offenen Gotteshäuser“ geben, die von allen Religionen gemeinsam verantwortet wird.

Eine andere Form des kirchlichen Engagements stellen die sogenannten „Ankerprojekte“ dar. Das sind Kulturprojekte mit großer Ausstrahlung in die Öffentlichkeit. Dazu gehören u. a.:

- „Pilgern im Pott“, ein evangelischer Pilgerweg entlang des Emscher-Kanals
- „Licht-Kunst-Raum“ Installationen in St. Reinoldi, Dortmund
- „Schattenkultur“, ein ökumenisches Projekt in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium NRW zu Kunst im Knast
- „Babel“ als Musikprojekt der fünf City-Kirchen an der A 40
- das Martin-Luther-Forum RUHR in Gladbeck
- „Die Zehn Gebote“, ein Pop-Oratorium, das seine Uraufführung in der Westfalenhalle hat, aber dann auch von Kirchengemeinden oder Kirchenkreisen übernommen und realisiert werden kann.

Auf der Homepage „evangelisch2010.de“ wird über den Stand der Planungen, über Mitwirkungsmöglichkeiten und Termine informiert.

Wir können uns auf profilierte evangelische Beiträge zur Kulturhauptstadt RUHR 2010 freuen, die in ökumenischer Zusammenarbeit und interkultureller Offenheit weit über kirchliche Grenzen hinaus wirken werden.

12. Hochschule für Kirchenmusik

Die Hochschule für Kirchenmusik in Herford feiert in diesem Jahr ihr 60-jähriges Bestehen. Nach dem Krieg zunächst als Kirchenmusikschule gegründet, hat sie sich inzwischen zu einem international anerkannten Ausbildungsinstitut entwickelt. Sie gehört zu den drei größten Musikhochschulen in kirchlicher Trägerschaft innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die geistliche Oper „La Rappresentatione di Anima et di Corpo“, die aus Anlass des Jubiläums an verschiedenen Orten aufgeführt wurde, hat in Kulturkreisen Aufsehen erregt. Die Aufführungen demonstrierten auf beeindruckende Weise die künstlerische Bandbreite der Ausbildung.

Der Hochschulchor und die Westfälische Kantorei genießen einen hervorragenden Ruf, weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Einzigartig ist die Professur für Bläserarbeit, die durch das von Posaunenarbeit geprägte Umfeld in Westfalen unterstützt wird.

Ein hoher künstlerischer Standard, verbunden mit großer Nähe zu den Anforderungen praktischer kirchenmusikalischer Arbeit, gehören zum Markenzeichen einer Ausbildung in Herford. Darum gehören z. B. Seminare zur Kinderchorleitung, zur

Gemeindegliederung und inzwischen auch zur Populärmusik zum Ausbildungsstandard. Die zahlreichen ausländischen Studierenden geben der Hochschule internationale Weite und Offenheit.

Mit der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge, sowie durch Vereinbarungen zur Kombination der Ausbildungen in Schulmusik und Kirchenmusik bereitet die Hochschule sich auf zukünftige Anforderungen vor. Ihr ist eine weitere segensreiche Wirkung zu wünschen.

13. Christen jüdischer Herkunft

Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland hat uns noch eine weitere Gruppe von Verfolgten in den Blick nehmen lassen, nämlich die Christen jüdischer Herkunft. Als Repräsentant dieser Gruppe ist uns in Westfalen der Pfarrer Hans Ehrenberg ein Begriff. Aber außer ihm gab es im Raum der westfälischen Landeskirche etwa 2000 weitere Menschen, die, obwohl getauft und damit Glieder der christlichen Kirche, nach den damaligen Rassegesetzen wegen ihrer jüdischen Abstammung verfolgt wurden. Die Kirchenleitung hat ein Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, um dem Schicksal dieser Menschen nachzuspüren, es zu dokumentieren und es somit aus der Vergessenheit und der Verdrängung ans Licht zu holen. Auch dies gehört zur Aufarbeitung der Schuldgeschichte der Kirche im Dritten Reich.

14. Islamarbeit

Im vergangenen Jahr hat sich die inzwischen vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit der drei evangelischen Landeskirchen auf dem Gebiet der Islamarbeit bewährt. Gemeinsame Islambeauftragten-Konferenzen und Fortbildungsangebote sind vorbereitet und durchgeführt worden, ein Flyer „Christlichen Glauben Muslimen erklären“ ist in Planung. Im kommenden Jahr wollen die Landeskirchen gemeinsam Grüße zum Ramadan versenden und bei einem gemeinsamen Empfang das Gespräch mit Muslimen in NRW suchen.

Im Herbst 2007 erschien die Handreichung unserer Landeskirche zum christlich-islamischen Dialog. Inzwischen sind mehr als 13.000 Exemplare von Gemeinden, öffentlichen Instituten und Privatpersonen abgerufen worden. Die Reaktionen auf die Handreichung sind ganz überwiegend positiv.

15. Mit Kindern neu anfangen

Am 20. September 2006 haben wir in der Evangelischen Kirchengemeinde Rahden das Projekt unserer Landeskirche „Mit Kindern neu anfangen“ mit einem Gottesdienst zur Taufferinnerung eröffnet. Zwei Jahre später, am 20. September 2008, fand in Haus Villigst ein Kongress statt, der eine Zwischenbilanz gezogen hat: Inzwischen beteiligen sich mehr als 120 Gemeinden an dieser Initiative, das heißt rund 20%. Andere Gliedkirchen der EKD wie auch die katholische Nachbardiözese Essen oder einzelne evangelisch-freikirchliche Gemeinden nehmen das Materialangebot auf und arbeiten damit. Die Evangelische Kirche Kurhessen-Waldeck ist dem Projekt beigetreten und hat es – wie in der EKvW entwickelt – übernommen.

Zum Ideenwettbewerb des Projektes, dessen Preisträger beim Kongress durch den Präses ausgezeichnet wurden, wurden 25 Beiträge eingereicht. Es beteiligten sich mehrere Kirchengemeinden und zwei Kirchenkreise, ein Jugendverband und v. a. viele Kindertagesstätten.

Ausgezeichnet wurden:

Mit dem ersten Preis die Evangelische Kindertagesstätte Johannes in der Kirchengemeinde Rheine, Kirchenkreis Tecklenburg für ihr mehrwöchiges Projekt zwischen Advent und Neujahr mit dem Titel: „Wie wäre es, wenn Maria heute ein Kind bekäme?“. Die Übertragung der biblischen Geschichte in den heutigen Lebenskontext ist hier exemplarisch gelungen, z. B. wenn Kinder ein Meldeamt besuchen oder ein Hotel aussuchen, um zu fragen, wie man ein Zimmer bekommt. Viel ehrenamtliche Mitarbeit ist mit diesem Projekt verbunden – auch sie soll anerkannt werden.

Mit dem zweiten Preis die Evangelische Tageseinrichtung „Auf der Geist“ in der Kirchengemeinde Ahlen, Kirchenkreis Hamm: Ihr Projekt trägt den Titel „Wir richten uns eine Taufferinnerungsecke mit dem Namen Arche ein und feiern gemeinsam Taufferinnerungstage“. Taufverantwortung der ganzen Gemeinde wird eingeübt und theologisch reflektiert.

Mit dem dritten Preis die Evangelische Tageseinrichtung für Kinder in der Kirchengemeinde Hoberge-Uerentrup, Kirchenkreis Bielefeld. „Lebendig wie ein Fisch im Wasser“ – diese Initiative nimmt das frühkirchliche Glaubenssymbol des Fisches auf und geht dem in den biblischen Bezügen nach. Besonders gelungen ist hier unter der Perspektive der Bewahrung der Schöpfung die Verknüpfung zwischen Kindergarten, Kirchengemeinde und Lebenswelt.

Einen Sonderpreis erhielt der Kirchenkreis Lübbecke für den Kinderkirchentag, zu dem er im Juni alle Gemeinden, Initiativen und Kindergärten eingeladen hatte.

Der Schwerpunkt in der Projektarbeit in den kommenden Monaten wird die Vernetzung mit der Kampagne gegen Kinderarmut sein. Hierzu sind schon konkrete Veranstaltungen geplant.

Außerdem ist das Materialangebot des Projektes gründlich für die Neuauflage überarbeitet und aktualisiert worden. Damit kann und wird jetzt eine nächste Phase begonnen, um weitere Beteiligte für das Projekt „Mit Kindern neu anfangen“ zu gewinnen.

16. Kampagne gegen Kinderarmut

Nahrung, Kleidung, Wohnung – das ist mit Geld zu bezahlen. Es geht wirklich um Kinder, die hauptsächlich Cola, Fastfood und Süßigkeiten zu sich nehmen, deren Schuhe zu klein und deren Jacken zerrissen sind. 2,5 Millionen Kinder leben gegenwärtig in Armut oder sind davon bedroht. Und ihre Zahl steigt. Nahrung, Kleidung, Wohnung sind mit Geld zu bezahlen. Aber Liebe, Geborgenheit, Anerkennung? Armut fängt eben nicht erst bei materieller Unterversorgung an, sondern schon dann, wenn Menschen die Anerkennung versagt bleibt. Wenn sie sich nicht mit ihren Fähigkeiten in das von allen geteilte Leben einbringen können.

In Deutschland muss doch keiner hungern? Hoffentlich nicht. Aber Armut ist eben auch mangelnde Teilhabe an der Gesellschaft und im Extremfall der Ausschluss aus ihr.

Politiker, Pädagogen, Sozialarbeiter, Kinderschutzbund und Jugendämter haben es gehört und verstanden, was Kinder fordern. Sie weisen darauf hin und machen die gesellschaftliche Mitverantwortung bewusst. Das ist gut und notwendig. Wir als Kirche tun das auch – wir tun es auf der Grundlage einer Verheißung, die uns Hoffnung gibt: „Ich bin gekommen, damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen“, sagt Jesus Christus.

17. Diakonie Rheinland, Westfalen und Lippe

Am 1. Juli 2008 hat der Verein Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. nach einem vierjährigen intensiven Beratungsprozess seine Arbeit aufgenommen. Der Zusammenschluss folgt nicht einfach einer gesellschaftlichen Logik „*big is beautiful*“, sondern ist der erfolgreiche Versuch, sich rechtzeitig auf die sich abzeichnenden Veränderungen der Rahmenbedingungen für die diakonischen Träger und

insbesondere der Spitzenverbände einzustellen. Handeln und Gestalten zu einem Zeitpunkt, zu dem noch dafür die Möglichkeiten gegeben sind, und nicht nur reagieren, bestimmte das Handeln der Verantwortlichen auf der Aufsichts- und Leitungsebene der drei Diakonischen Werke und der beteiligten Landeskirchen.

So wurden z.B. die staatlichen Zuschüsse für die Arbeit der Spitzenverbände um fast 52% gekürzt, und man kann davon ausgehen, dass schon der Erhalt der gegenwärtigen Refinanzierung für die Aufgaben der Spitzenverbände ein Erfolg wäre. Das Diakonische Werk Westfalen hat bereits in den vergangenen Jahren auf diesem Hintergrund, auch bedingt durch die Tatsache, dass auch kirchliche Zuschüsse in den letzten Jahren kontinuierlich abgebaut werden mussten, fast ein Drittel seiner Stellen sozialverträglich und im Einvernehmen mit der Mitarbeitervertretung abgebaut.

Der Zusammenschluss der drei Diakonischen Werke ist im rechtlichen Sinne noch keine Fusion, da ja die bestehenden Werke nicht aufgelöst werden, sondern weiter – allerdings mit veränderter Aufgabenstellung – bestehen bleiben.

Das Lippische Diakonische Werk wird sich in Zukunft – diese Entwicklung ist jedoch durch einen Kooperationsvertrag zwischen den Diakonischen Werken Westfalen und Lippe seit einigen Jahren schon vorbereitet worden – schwerpunktmäßig auf die Aufgaben in der Region konzentrieren, um damit die Chancen einer besonderen Nähe zu den Kirchengemeinden der Lippischen Landeskirche verstärkt weiter aufzubauen und zu entwickeln.

18. Kindergottesdiensttag

„Mahlzeit – mit Kindern unterwegs zum Tisch des Herrn“.

Unter diesem Thema stand der Kindergottesdiensttag am 1. Juni in Unna. Alle, die mit Kindern in der Kirche arbeiten, konnten dort nicht nur Anregungen für ihre Arbeit finden, sondern ebenso geistliche Stärkung und Gemeinschaft.

Im Mittelpunkt der Referate und Gruppenarbeiten stand das Abendmahl mit Kindern. Seit die Landessynode vor fast 20 Jahren den kirchenrechtlichen Rahmen geschaffen hat, dass getaufte Kinder nach geeigneter Vorbereitung am Abendmahl der Gemeinde teilnehmen können, haben etliche Gemeinden von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, andere haben sich noch nicht mit der Thematik beschäftigt.

Der rege Austausch über die durchweg guten Erfahrungen bei der Teilnahme von Kindern am Abendmahl war eine deutliche Ermutigung, doch in allen Gemeinden den bereits bestehenden kirchenrechtlichen Rahmen auszuschöpfen.

So wurde beim Kindergottesdiensttag auf die grundlegende Bedeutung der Taufe für die Teilnahme am Abendmahl verwiesen. Modelle für eine kindgemäße Gestaltung von Gottesdienst und Abendmahlsfeier standen zur Diskussion. Dabei wurde betont, dass zwar Texte, Lieder und sinnlich erfahrbare Elemente beim Abendmahl auf die Teilnahme von Kindern abgestimmt werden sollten, den Kindern aber selbstverständlich dieselben Elemente, also Brot und Wein oder Traubensaft, gereicht werden wie den Erwachsenen. Ein Abendmahl mit Kindern ist kein Abendmahl zweiter Klasse.

19. Unerreichte erreichen

Das Amt für missionarische Dienste hat einen besonderen Schwerpunkt bei dem Bemühen gesetzt, „Unerreichte“ zu „erreichen“.

Die Begriffe „Unerreichte“ bzw. „erreichen“ erscheinen in diesem Zusammenhang angemessener als die statischen Begriffe der „Konfessionslosen“ bzw. „Kirchendistanzierten“. Wer von „Unerreichten“ spricht, impliziert damit Wunsch und Ziel, diese bisher Unerreichten dennoch erreichen zu wollen. Das setzt allerdings voraus, dass die Kirche sich ehrlich und selbstkritisch fragen muss, warum sie trotz ihres universalen Anspruchs so viele Menschen mit ihrer Botschaft nicht erreicht. Die in diesem Zusammenhang häufig konstatierte „Milieuerengung“ muss deshalb überhaupt erst einmal wahrgenommen werden, damit sie wenigstens ansatzweise überwunden werden kann. Dazu gehört auch die Notwendigkeit, über die Zweiteilung von klassischer Parochie und funktionalen Diensten hinaus neue Ausdrucksformen von Gemeinde zu entwickeln und zu erproben. Eine Aufgabe, die sich die EKvW gegenwärtig als einem Ergebnis des Hammer Reformtages vom September 2007 stellt und dabei in absehbarer Zeit auch zu konkreten Ergebnissen kommen wird.

Beim Symposium am 6. Juni 2008 empfahl Bischof Axel Noack der Kirche, „Mission“ neu zu buchstabieren. Man könne immer weniger bei Vorkenntnissen der Menschen über den christlichen Glauben anknüpfen, weil eine kirchliche Sozialisation der allermeisten Kinder und Jugendlichen entweder komplett ausgefallen oder nur sehr unzureichend gelungen sei. Auch müsse sich die Kirche klarmachen, dass der Zugang der Menschen zum Glauben weniger „über den Kopf“, dafür aber über Beziehungen und aktive Beteiligung läuft. Dazu gehöre auch, dass sie die Erwachsenen oft erst über die Kinder erreiche.

In seinem Beitrag „Stärken merken“ legte der badische Oberkirchenrat Dr. Michael Nüchtern den Akzent auf Beispiele kirchlicher Praxis, durch die Kirche häufig weit

mehr Menschen erreicht als sie gemeinhin annimmt. Dazu zählte er die Entdeckung der Kirchenräume als Orte der persönlichen Einkehr und Besinnung, den Boom der Kirchenmusik, die wachsende Nachfrage nach religiöser Erziehung, sowie den Aufbruch unter den kirchlich Engagierten.

20. Partnerschaft mit der Nord-Ost-Diözese der Ev.-Lutherischen Kirche in Tansania

Im Frühjahr vertrat der Ökumenedeferenzent Dr. Möller auf Einladung von Bischof Dr. Stephen Munga unsere Kirche bei der Synode der Nordostdiözese in Lushoto, dem Zentrum der Kirche in den wunderschönen Usambarabergen.

Die Nordostdiözese hat ein deutlich diakonisches Profil, dessen Wurzeln in ihrer Entstehungsgeschichte liegen: Sie geht zurück auf die Arbeit von Betheler Missionaren. Diese enge Verbindung prägt bis heute die besondere diakonische Verantwortung, die hier in großer Bandbreite beispielhaft für ganz Tansania wahrgenommen wird. Das Lutindi Mental Hospital hilft psychisch Kranken und drogenabhängigen Menschen, die Rainbow School fördert mit ihrem sonderpädagogischen Konzept und speziellen Förderprogrammen geistig behinderte und autistische Kinder sowie ihre Familien in den Dörfern. Ob durch das Heim für Waisenkinder, die Blindenschule, die Lehrfarm für ökologische Landwirtschaft und Schutz des empfindlichen Ökosystems in den inzwischen auch vom Klimawandel betroffenen Usambarabergen: Die Kirche nimmt ihre missionarisch-diakonische Verantwortung in guter Kooperation mit ihren – auch westfälischen – Partnern beeindruckend wahr. Dies war auch während der Synode spürbar beim Schwerpunktthema „Klimawandel als Herausforderung unserer Kirche“.

Was missionarisch-diakonischer Aufbruch im Geiste von Bodelschwings heute bewirken kann, ist eindrucksvoll zu sehen in dem Sebastian Kolowa University College. Diese Kirchliche Universität ist geprägt von der Vision ihrer Dekanin Pfarrerin Dr. Anneth Munga, dass hier Menschen zum Dienst in der Gesellschaft ausgebildet werden sollen, die begriffen haben, dass die Menschlichkeit einer Gesellschaft sich daran entscheidet, wie sie gerade den benachteiligten und behinderten Menschen ein Leben in Würde und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht. 2007 wurde die Universität vom Staatspräsidenten eingeweiht. Sie entwickelt sich dynamisch und zu einem deutlichen christlichen Zeugnis in der Gesellschaft. Lushoto entwickelt sich zu einem wichtigen diakonischen Kompetenzzentrum innerhalb der afrikanischen Region der VEM.

21. Landeskirchliche Partnerschaft zur Eglise Evangélique du Camerun (EEC)

In Nordkamerun machen die vom Kirchenkreis Soest und der Landeskirche unterstützten Projekte Fortschritte, etwa das Joghurtprojekt der Frauen in Maroua oder die Brunnenbauten in der sehr trockenen, an den Sahel angrenzenden Region. Die im zurückliegenden Jahr deutlich intensiviertere Zusammenarbeit mit dem Kirchenkreis Soest im Blick auf die Partnerschaft und Projekte, die auch Thema bei der landeskirchlichen Visitation im Kirchenkreis Soest waren, erweisen sich als fruchtbringend. Erfreuliches Beispiel hierfür ist der Fortschritt beim Aufbau der Grundschule in Mora.

Im Zentrum unserer Partnerbeziehungen steht der auf dem Hintergrund unseres westfälischen Reformprozesses maßgeblich von uns mit angestoßene Evaluations- und Reformprozess der EEC. Nach anderthalb Jahren ist der Analyseprozess nun abgeschlossen und sind die Diagnosen gestellt. Ende Juni galt es zur Halbzeit des Reformprozesses im Rahmen einer einwöchigen internationalen Tagung zusammen mit den internationalen Partnern in Douala die ehrliche Analyse und die mutigen Diagnosen zu würdigen und die Meilensteine zur Umsetzung der Erkenntnisse festzulegen; zugleich aber auch die Partner zu stärken, die gewonnenen Erkenntnisse in grundlegende strukturelle Reformen umzusetzen, die anschließend durch die kirchlichen Gremien beraten und beschlossen werden können. Im Vordergrund steht dabei eine Strukturreform, die die politische Ebene der Kirche klar von der exekutiven Ebene trennt (was bisher nicht der Fall war) und letztere mit ausreichend ausgestatteten Strukturen versieht. Darüber hinaus steht die Kirche vor der Aufgabe, unabhängige Kontrollmechanismen einzuführen.

Die EEC hat in beeindruckend offener und ehrlicher Weise die europäischen Partner in diesen Prozess einbezogen. Die Erwartungshaltungen an die Evaluation innerhalb der Kirche selbst, seitens der engagierten und mit ihrer Kirche hoch verbundenen Gemeindeglieder, ist immens. In dieser Hinsicht bedeutet die Evaluation eine wirkliche Chance für die Kirche, was inzwischen auch die Kirchenleitung unserer Partnerkirche erkannt hat. Wir hoffen, dass der begonnene Weg trotz mancher Widerstände entschlossen weiter beschritten wird.

22. Vereinte Evangelische Mission

„Befreit zur herrlichen Freiheit der Kinder Gottes“ (Röm 8,21)

Die 4. Vollversammlung der Vereinten Evangelischen Mission tagte vom 14.–21. Juni 2008 auf Borkum.

„Sonst kommen zu uns Touristen. Manchen können wir während ihres Urlaubs ein wenig von unserem Glauben vermitteln. Die Delegierten der VEM kamen als Geschwister. Sie haben uns in unserem eigenen Glauben bereichert und als Gemeinde gestärkt.“ Als die Delegierten am Abreisetag in die Inselbahn auf Borkum einstiegen, stand am Bahnsteig eine ganze Gruppe von Mitgliedern der evangelisch-reformierten Gemeinde Borkum zum Winken. Ihr Fazit hat die Delegierten aus der VEM mehr als gefreut. Sind sie doch selbst voller Begeisterung über die großartige Gastfreundschaft der Evangelisch-reformierten Kirche und ihrer Gemeinde auf Borkum in ihre Kirchen in Afrika, Asien und Deutschland zurückgekehrt.

In einem neuen Leitbild hat die Vollversammlung zusammengefasst, was der Auftrag der VEM ist. Im mündlichen Bericht finden Sie dazu Einzelheiten.

Außerdem lag der Vollversammlung – von der Ratssitzung in Kamerun vor fast zwei Jahren auf den Weg gebracht – der Entwurf einer veränderten Satzung vor. Nachdem alle Mitglieder ihre Änderungsvorschläge eingebracht hatten, wurde am 17. Juni 2008 einstimmig die neue Fassung angenommen. Die Veränderungen, die eine verstärkte Beteiligung aller Mitglieder der VEM und eine effektive Umsetzung ihrer Aufträge gewährleisten sollen, sind in der Grafik zur Leitungsstruktur der VEM dargestellt.

Die **Vollversammlung**, wird in Zukunft alle zwei Jahre zusammenkommen. In ihr partizipieren alle Mitgliedskirchen und Bethel gleichberechtigt an den Entscheidungen „über die Grundsätze und allgemeinen Leitlinien für die Arbeit der VEM und über die Prioritäten der Arbeit in der nächsten Amtsperiode“.

Der Rat berät und beaufsichtigt den Vorstand (Management Team) und beschließt die Strategie für die Umsetzung der Vollversammlungsbeschlüsse sowie die praktische Ausrichtung der Arbeit der VEM.

Der **Vorstand (Management Team)** ersetzt die bisher aus vierzehn Mitgliedern bestehende Referentenkonferenz. Das wesentlich verkleinerte Management Team mit dem Generalsekretär und den sieben Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern der VEM ist dafür verantwortlich, die Grundsätze und Leitlinien, die die Vollversammlung beschlossen hat, in die Praxis umzusetzen. Dies wird, wie bisher, in

Programmen und Projekten geschehen, die entweder in den Kirchen, regional oder international stattfinden.

Die **Regionalversammlungen** sind regionale Ausschüsse der Vollversammlung. Sie dienen dem Zusammenwachsen und Zusammenleben der Mitglieder in den Regionen. Sie können Anträge in die Vollversammlung einbringen und bereiten für ihre Region die Vollversammlung vor. Dazu tagen auch sie alle zwei Jahre, immer abwechselnd mit der Vollversammlung.

Auf der Basis der neuen Verfassung hat die Vollversammlung gewählt.

- Als neue Moderatorin Diakonin Regine Buschmann, die als Leiterin in der Öffentlichkeitsarbeit der von Bodelschwingschen Anstalten Bethel arbeitet.
- In den Rat je vier Mitglieder aus Afrika, Asien und Deutschland sowie eine Jugenddelegierte. Aus der deutschen Region wurden in den Rat gewählt: Birgit Krome-Mühlenmeier, Ulrich Möller, Wilhelm Richebächer und Barbara Roth. In seiner neuen Zusammensetzung verfügt die VEM über einen Rat mit engagierten Persönlichkeiten aus allen Altersgruppen, mit Männern und Frauen, mit Theologen und *Laien*, mit hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden ihrer Kirchen, die ihre unterschiedlichen Kompetenzen in die Arbeit der VEM einbringen werden.

Als Vize-Moderatoren wurden Dr. Kakule Molo aus dem Kongo, Dr. Tuhoni Telaumbanua aus Nias sowie Dr. Ulrich Möller aus der Evangelischen Kirche von Westfalen gewählt.

Die Verkleinerung des Rates auf 14 (statt bisher 29 Personen) hat dazu geführt, dass nicht alle Kirchen mit einem oder einer Delegierten im Rat vertreten sind. Dies entspricht der Funktion der neuen Gremien, in der die häufiger stattfindende Vollversammlung das Vertretungsgremium der Mitglieder ist. Eine gute und differenzierte Kommunikation und Kooperation zwischen der VEM und ihren Mitgliedern wird dafür sorgen, dass gemeinsame Vorhaben und Projekte bekannt gemacht werden und sich Interessierte daran beteiligen können.

Dazu dient auch die verstärkte Netzwerkarbeit, die vor allem in der deutschen Region die Kommunikation stärken wird, sowie die direkte Anbindung der Partnerschaften an die Afrika- und Asien-Abteilungen der VEM. Für diese Arbeit werden vor allem die stellvertretenden Leitungen der Regionalabteilungen zuständig sein.

23. Symposium mit dem Polnischen Ökumenischen Rat in Warschau

Wie leben europäische Kirchen ihren Glauben im Kontext der Globalisierung? Diese Frage stellt sich für Kirchen in Mittel-Ost-Europa anders als in Westeuropa, für Minderheitskirchen anders als für Volkskirchen, auf kommunaler Ebene vor Ort anders als in Brüssel. Das traditionsreiche zweijährliche *westfälisch-polnische Symposium* mit dem Polnischen Ökumenischen Rat stellte sich dieser Frage vom 20.–22. Oktober 2008 in Warschau. Zum zweiten Mal tagte sie unter breiterer europäischer Beteiligung: Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der lutherischen und reformierten Kirchen in Ungarn, der Waldenser Kirche in Italien sowie der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) befassten sich die Delegierten der polnischen Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates und der Evangelischen Kirche von Westfalen mit dem Thema *Globalisierung als Herausforderung für die Kirchen in Europa*. Aus Sicht der KEK war die Tagung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Zeugnis der europäischen Kirchen angesichts der Herausforderungen der Globalisierung. Für uns war es eine weitere Bestätigung: Es lohnt, unsere bilateralen partnerschaftlichen Beziehungen in Europa so zu gestalten, dass wir gemeinsame Herausforderungen bewusst auch mit den Augen unserer anderen europäischen Partnerkirchen wahrnehmen.

24. Kirche und Wirtschaft gegen HIV & AIDS

Die Zusammenarbeit im Projekt „Kirche und Wirtschaft gegen HIV & AIDS“ als beispielhaftes Programm für „Corporate Social Responsibility“ wurde am 27. August in einer gemeinsamen Veranstaltung der evangelischen Kirchen in NRW und der IHK in Mönchengladbach für die interessierten Teilnehmenden besonders aus mittelständischen Unternehmen deutlich.

Wie hat sich das Projekt inzwischen im südlichen Afrika weiterentwickelt?

Unsere kirchlichen Partner und Partnerinnen haben in Südafrika in einer Vielzahl von Unternehmen Beratungen durchgeführt, HIV-Tests angeboten, die mit einer sehr, sehr hohen Akzeptanz aufgegriffen wurden. In der Partnerprovinz des Landes Nordrhein-Westfalen, in Mpumalaga, ist die Ausweitung auf den ländlichen Sektor so erfolgt.

Wichtige Meilensteine konnten in diesem Jahr gesetzt werden. In dem internationalen Leitungsgremium wurde eine neue Projekt-Struktur beschlossen, die ermöglicht, Finanzanträge auch in größerem Umfang zu stellen, und die durch die gegenseitige Beratung und Begleitung regional und international gewährleistet ist. Unser

hohes finanzielles landeskirchliches Engagement läuft in diesem Jahr aus. Neue Finanzierungsmöglichkeiten werden erschlossen: In Südafrika wurde ein Antrag mit der Wirtschaft (Anglo-American, der Global Business Coalition u. a. Partner) und ein weiterer mit den Kirchlichen Partnern beim Globalen Fond der UNO zur Bekämpfung von AIDS, TB und Malaria eingereicht.

Das Projekt in Namibia hat auch eine neue Wendung erfahren: Ein Drei-Parteien-Abkommen zwischen dem größten Tourismus-Anbieter, NWR, und der GTZ und unserem kirchlichen Partner wurde geschlossen. Die Finanzierung unseres Drittels wird u. a. durch eigene Mittel und von Brot für die Welt gesichert. Außerdem werden nun verstärkt HIV- Informationen und Beratungen und Tests auf privaten Farmen angeboten.

25. Illegitime Schulden

Aufgrund unserer besonderen Beziehungen zu unseren VEM-Mitgliedskirchen in Indonesien haben wir mit Staatssekretär Mirow vom Bundesministerium für Finanzen im März 2007 bei einem Fachgespräch über Illegitime Schulden im Allgemeinen und den Export deutscher Kriegsschiffe nach Indonesien im Besonderen gesprochen.

Einigkeit bestand darin, dass wir dringend auf eine verantwortlichere Kreditvergabe – also letztlich auf eine stabilere neue Finanzarchitektur – hinarbeiten müssen, wenn die nächste Schuldenkrise nicht wieder das Leben gerade der Armen in Ländern wie Indonesien oder dem Irak bedrohen soll.

Wir waren uns nicht einig, ob die konkreten Forderungen Deutschlands aus dem Verkauf der DDR-Marine als illegitim einzustufen sind. Deshalb haben wir vorgeschlagen, gemeinsam ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben. Das hat das Bundesministerium für Finanzen abgelehnt, weil es sich sicher war, dass der damalige Verkauf nicht zu beanstanden sei – obwohl es u. a. aus der Partei des Finanzministers heftige Kritik daran gegeben hatte.

Die Evangelische Kirche von Westfalen, der Evangelische Entwicklungsdienst und erlassjahr.de haben das Gutachten eigenständig in Auftrag gegeben. Und das Ergebnis, das wir in diesem Frühjahr in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt haben, sieht anders aus, als das Bundesfinanzministerium uns prophezeit hatte:

1. Das Konzept illegitimer Schulden ist grundlegend tragfähig, juristisch haltbar und politisch handhabbar.
2. Die deutschen Forderungen aus dem Verkauf von 39 Kriegsschiffen der ehemaligen DDR an den indonesischen Diktator Suharto durch die Bundesregierung 1992 sind illegitim.

Noch vor wenigen Jahren sagte man uns, dass ein Kredit ein Kredit sei, und Illegitimität ein windiges Konzept sei, das nie und nimmer irgendwo zur Anwendung kommen werde. Inzwischen hat Norwegen einseitig zweifelhafte Forderungen erlassen und die nationale wie internationale Debatte hat – nicht zuletzt durch den von der Synode in Auftrag gegebenen Vorstoß – neue Dynamik bekommen. Wir sehen uns mit diesem Rechtsgutachten auf dem Weg zu einer neuen Qualität der internationalen Finanzarchitektur, in der die Armen zu ihrem Recht kommen werden!

26. Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft

Bereits im Prozess der Erarbeitung der Studie zu den ethischen Dimensionen der sozialen Marktwirtschaft wurden über den Bereich unserer Landeskirche hinaus Fachleute aus Kirche, Wirtschaft, Gewerkschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen durch gutachterliche Stellungnahmen und aufsuchende Fachgespräche einbezogen – auch im europäischen Zusammenhang. Für die Konferenz Europäischer Kirchen hat Dr. Dr. Peter Pavlovic mitgewirkt. Wir freuen uns, dass er zum Thema der Hauptvorlage zugleich als Synodengast unter uns ist. Die positiven Reaktionen der ganz unterschiedlichen außerkirchlichen Gesprächspartner macht uns zuversichtlich, dass unsere Kirche mit dieser Studie im Barmen-Jahr 2009 einen substanziellen und nachhaltigen Impuls für die jetzt notwendige gesellschaftliche Debatte zur Stärkung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft geben wird.

Es geht nicht darum, ein deutsches Modell auf die Welt zu übertragen. Vielmehr müssen wir gemeinsam danach fragen, wie die Zielperspektive einer zukunftsfähigen Sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung zu verwirklichen ist. Diese in Deutschland anstehende Debatte kann nur in europäischem Horizont tragfähige Antworten finden. Europa wird eine entscheidende Rolle zukommen, wenn es gelingen soll, angesichts der weltweiten sozialen und ökologischen Herausforderungen die Zielperspektive einer Sozialen Marktwirtschaft als Alternative gegenüber der Verselbstständigung des Marktes zu verwirklichen.

27. Klimaschutz

Ich erinnere an die Proteste an vielen Neubaustandorten von Kohlekraftwerken, an die explodierenden Energiepreise, die mittlerweile zu einem ernststen sozialen Problem werden und die wieder aufgeflammete Debatte um den „Ausstieg aus dem

Ausstieg“, d. h. um die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken. Von unseren Partnern im Süden erfahren wir hautnah, wie Klimawandel bereits heute tötet. Missernten, die hohe Futtermittel- aber auch die wachsende Agrotreibstoffnachfrage haben in vielen Ländern die Nahrungsmittelpreise in astronomische Höhen getrieben und treffen besonders die Ärmsten der Armen. Auch von Seiten der Klimawissenschaft kommen neue bedrückende Signale. Die weltweiten Klimagasemissionen verzeichneten in den letzten fünf Jahren einen noch nie gekannten Anstieg. Das Zeitfenster zur Erreichung des sogenannten 2°C-Ziels ist dadurch bedeutend kleiner geworden als ursprünglich angenommen. Auch könnten einzelne gefährliche Kipppunkte des Weltklimas, wie das großflächige Abtauen des arktischen Seeesises oder des Grönland-Eises, schon bald erreicht sein.

Mit Sorge sehen wir, dass das von Deutschland gesetzte richtige Ziel einer CO₂-Reduktion von 40 % bis 2020 durch das beschlossene Integrierte Energie- und Klimapakete der Bundesregierung (IEKP) nicht erreichbar ist.

Mit Sorge sehen wir, dass auch die Klimastrategie des Landes NRW zwar ein ambitioniertes Reduktionsziel verfolgt, einen großen Teil des Klimaschutzes jedoch durch eine Neubauoffensive von 12 Braun- und Steinkohlekraftwerken umsetzen will. Bedrückend ist, dass nur an dieser Stelle das Klimakonzept der Landesregierung sehr konkret wird. Klimaschutzmaßnahmen wie Altbauinsanierungen, der Aufbau einer umweltgerechten Infrastruktur, der Ausbau der Kraftwärmekopplung und der erneuerbaren Energien in NRW werden in diesem Konzept entweder nur marginal behandelt oder es wird ihnen keine Finanzierungsstrategie beigelegt, so dass ihre Umsetzung fraglich ist.

Wir setzen uns für einen deutlichen Paradigmenwechsel in der Energieversorgung ein.

In Stichworten bedeutet dies:

- für die Energiebereitstellung: von „ineffizient-zentral-fossil“ auf „effizient-dezentral-erneuerbar“.
- für die Energieverbrauchseite: Verstärktes Energiesparen durch einen anderen Lebensstil sowie die systematische Senkung des Energieverbrauchs durch energieeffiziente Geräte, Fahrzeuge, Häuser ...

Der dabei notwendige Strukturwandel braucht verlässliche Rahmenbedingungen für alle Akteure. Nur dann kann der (alternativlose) Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung und aus der AKW-Technologie geordnet erfolgen. Wir brauchen daher in Deutschland eine konsistente, wirkungsvolle Energie- und Klimaschutzstrategie, die über viele Legislaturperioden auch politisch durchgehalten wird. Dafür setzen wir uns zusammen mit der Klimaallianz ein!

28. Klima der Gerechtigkeit – Entwicklungspolitische Klimaplatzform evangelischer Kirchen, Missionswerke und Entwicklungsdienste

Unter dem Titel *Klima der Gerechtigkeit* hat die Kirchenleitung im August eine *Entwicklungspolitische Klimaplatzform* beschlossen, die unter Federführung des Ökumenedezernates von Fachleuten aus dem Bereich unserer Landeskirche, der VEM, des eed, von *Brot für die Welt* und *SÜDWIND* erarbeitet worden war. Im Oktober wurde sie von den Erstunterzeichnern gemeinsam der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Grundlage der *Klima-Allianz* benennt die Plattform Leitbilder und Positionen der kirchlichen Entwicklungs-, Missions- und Partnerschaftsarbeit und leitet daraus politische Forderungen ab. Sie will damit einen Beitrag leisten, dass die Herausforderungen von Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit und Klimaschutz im Zusammenhang wahrgenommen werden. Zugleich wollen wir als unterzeichnende Kirchen, Missionswerke und Entwicklungsdienste unsere entwicklungspolitischen Positionen im Rahmen der *Klima-Allianz* konkretisieren. Vor dem Hintergrund der aktiven Mitgliedschaft der Initiatoren in der *Klima-Allianz* versteht sich diese Initiative auch als Beitrag zur Artikulation und Stärkung dieses Bündnisses. Die Plattform wird an vielen Stellen sehr konkret. Ich nenne nur die Thesen zu entwicklungsverträglichen Klimaschutzmaßnahmen und die Selbstverpflichtung zur Beteiligung an zertifizierten Kompensationsprojekten für nicht vermeidbare CO₂ Emissionen als Bestandteil kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit und Partnerschaftsarbeit. Der Text liegt der Synode im Wortlaut vor. Wir hoffen, dass die Plattform *Klima der Gerechtigkeit* einen substanziellen Beitrag dazu leistet, den gerade aus ökumenisch-kirchlicher Perspektive so wesentlichen Zusammenhang von Schöpfungsverantwortung und Einsatz für das weltweite Recht auf Entwicklung und Gerechtigkeit, von Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Entwicklungspolitik zu stärken. Dieser Zusammenhang wird besonders anschaulich in der gleichnamigen Ausstellung *Klima der Gerechtigkeit*, die Sie während der Synode hier im Haus Nazareth sehen können. Die von der VEM anlässlich ihrer Vollversammlung konzipierte Ausstellung zeigt besonders eindrücklich die Herausforderungen wie auch die Handlungsmöglichkeiten unserer VEM-Mitgliedskirchen aus Deutschland, Afrika und Asien.

29. Energetische Nutzung von Biomasse

Auf den ersten Blick schien die Idee bestechend: Der zur Neige gehende fossile Rohstoff Erdöl wird durch Agrotreibstoffe ersetzt. Da die Pflanzen bei ihrem Wachs-

tum das Treibhausgas CO₂ aus der Luft binden, wird bei ihrer Umwandlung in Agrotreibstoff und der anschließenden Verbrennung kein zusätzliches CO₂ in die Atmosphäre geblasen. Klimaneutraler Sprit vom Acker sozusagen, freie Fahrt mit gutem Klimagewissen. Leider hat sich inzwischen gezeigt, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Als Zusammenfassung zahlreicher wissenschaftlicher Studien kann festgestellt werden, dass die Nutzung von Biomasse als Treibstoff energetisch wie klimapolitisch derzeit die denkbar schlechteste Alternative darstellt.

Hinzu kommt, dass der hohe Rohölpreis und staatliche Förderungen von Agrotreibstoffen weltweit einen Boom ausgelöst haben, der die Ernährungssicherung gefährdet. Auch wenn noch weitere Faktoren wie Missernten und der gestiegene Lebensstandard in Schwellenländern wie Indien und China zu dieser Situation beitragen, muss doch festgestellt werden: Aufgrund des Treibstoffhungers der Industriestaaten wurde in vielen Ländern der Erde die Produktion von Agrotreibstoffen angekurbelt. Energiepflanzen verdrängten Pflanzen für Nahrungs- und Futtermittel.

Im mündlichen Bericht finden Sie Ausführungen zu unseren politischen Appellen in diesem Bereich. Ein weiterer Appell richtet sich an uns alle:

Bevor die immer teurer und kostbarer werdende Ressource Erdöl durch Agrotreibstoffe ersetzt wird, sollte jede und jeder Einzelne die eigenen Mobilitätsgewohnheiten überdenken: konsequente Reduzierung der mit dem PKW zurückgelegten Kilometer, die Bevorzugung sparsamer Fahrzeuge, Reduzierung der Geschwindigkeit – all dies sind Maßnahmen, um die Menge des benötigten Treibstoffes zu reduzieren. Angesichts des hohen Beitrags, den der Verkehr zur Klimaänderung leistet, kommen wir um eine Veränderung unseres Energieverbrauchs auch in diesem Bereich nicht herum.

Hier sei hingewiesen auf die vom Rat der EKD verabschiedete Studie der Kammer für nachhaltige Entwicklung.

30. „Rosenstraße 76“ – Häusliche Gewalt als Schwerpunktthema der Dekade zur Überwindung von Gewalt

Im Rahmen der Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt 2001–2010 haben wir im Jahr 2008 am Schwerpunktthema „Häusliche Gewalt“ weitergearbeitet. Die Ausstellung „Rosenstraße 76“ wird bis Anfang Februar 2009 in sieben

Städten Westfalens präsentiert werden. Mit NRW-Minster Laschet habe ich die Schirmherrschaft übernommen und im Auftaktgottesdienst am 24. Februar 2008 die Predigt in der reformierten Kirche in Soest gehalten. Gut 270 Menschen aus ganz Westfalen nahmen daran und an der anschließenden Eröffnungsfeier teil. Beeindruckende Grußworte aus der Region machten deutlich, wie dankbar die Initiative der westfälischen Kirche aufgenommen wurde. Gleichzeitig wurde unser Ansatz, eine Plattform für die Kooperation von Christengemeinde und Bürgergemeinde zu bieten, durch das Engagement vieler außerkirchlicher Gruppen und Einrichtungen gewürdigt. Auch an den anderen bisherigen Standorten, nach Soest noch Unna, Rheine und Gelsenkirchen, war die Ausstellung gut besucht. Viele Gruppen, Schulklassen und Einrichtungen nahmen nach dem Gang durch die Ausstellung das Angebot zum Gespräch wahr. Gelegentlich hat die Ausstellung in der Konfrontation mit der eigenen Biographie große Betroffenheit ausgelöst und die Notwendigkeit seelsorglicher Begleitung oder Bearbeitung durch eine Beratungsstelle deutlich werden lassen.

Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen und -lehrer versuchen, das Fachpersonal in Kindergärten und Schulen zu sensibilisieren. Politische Veranstaltungen und interdisziplinäre Fachtagungen haben verdeutlicht, dass unsere Kirche mit der Wahl des Themas ganz nahe bei den Menschen ist. Allein der Umstand, dass wir uns als evangelische Kirche diesem Thema in dieser Weise zuwenden und dessen Tabuisierung aufbrechen, wurde allerorten gewürdigt.

Im Juni befanden sich im Vorfeld der VEM-Vollversammlung VEM-Delegierte aus Asien und Afrika eine Woche lang zu einem „team-visit“ in Westfalen und besichtigten neben der Ausstellung auch Einrichtungen, die sich dem Problem häuslicher Gewalt stellen. Ihr Bericht wurde bei einer abschließenden Tagung in der Ökumenischen Werkstatt mit wechselseitigem Gewinn beraten.

31. Evangelische Publizistik im digitalen Zeitalter

Vor allem bei der jüngeren Generation haben sich die Nutzungsgewohnheiten von Medien in den letzten Jahren völlig geändert.

Inzwischen sind 40,8 Millionen Deutsche ab 14 Jahren online und damit 62,7 Prozent der Bevölkerung (Quelle: ARD/ZDF Online-Studie 2007). Vor allem für Jugendliche sind Computer und Internet – neben der Handynutzung – zum zentralen Medium geworden. So nutzen 95,8 Prozent dieser Altersgruppe das Internet. Auf die Frage, auf welches Medium sie am wenigsten verzichten können, nennen 26 Prozent den Computer und verweisen damit erstmals den Fernseher mit 19 Prozent auf den zweiten Platz.

Nun heißt dies aber nicht, dass neben dem Internet andere Medien kaum noch

genutzt werden. Vielmehr hat sich insgesamt die tägliche Mediennutzung gegenüber dem Jahr 2000 um 98 Minuten pro Tag erhöht. So nutzt derzeit jede/r Deutsche ab 14 Jahren im Schnitt täglich exakt 600 Minuten die unterschiedlichen Medien. Davon entfallen 221 Minuten auf den Hörfunk, 220 Minuten auf das Fernsehen, 28 Minuten auf die Tageszeitung, 44 Minuten auf das Internet. Und der Rest auf das Lesen von Büchern, Wochen- und Monatszeitschriften u. a. (Quelle: ARD/ZDF Langzeitstudie Massenkommunikation).

In dem der Synode 2007 vorgelegten Entwurf eines Medienkonzepts wird die Ausweitung der interaktiven und multimedialen Angebote der beiden Internetauftritte www.ekvw.de und www.unserekirche.de vorgeschlagen. Das Konzept regt auch eine gemeinsame Internetredaktion an, zunächst auf der Ebene der EKvW.

Im November 2007 schaltete die UK-Redaktion den neu gestalteten Internetauftritt von www.unserekirche.de frei. Seitdem sind hier nicht nur – wie bisher – einzelne Artikel aus zurückliegenden Printausgaben zu lesen. Vielmehr gibt es, wie bei www.ekvw.de, täglich neu eingestellte Beiträge. Zusätzlich wird den Nutzerinnen und Nutzern eine breite Palette kommunikativer Mitgestaltungsmöglichkeiten geboten.

Keinesfalls versteht sich die online-Ausgabe von Unsere Kirche aber als Konkurrenz zu der Homepage der EKvW, sondern als verlegerische und journalistische Ergänzung des Internetauftritts der westfälischen Landeskirche, der stärker die offiziellen Informationen und Positionen der Landeskirche enthält. Eine der Besonderheiten von www.unserekirche.de ist neben den regelmäßig aktualisierten informierenden und meinungsbildenden redaktionellen Beiträgen die Betonung der interaktiven Möglichkeiten. Mit Umfragen, Foren und Weblogs beteiligt die Redaktion die Nutzerinnen und Nutzer intensiv. Auch kontroverse Themen werden nicht ausgespart. Dies dient der Meinungsbildung innerhalb der Kirche und einer stärkeren Identifikation mit ihr. Rubriken wie „Hallo Tag“ und „Angedacht“, an denen ebenfalls viele Menschen beteiligt sind, werden auch akustisch präsentiert.

Mit diesem Ansatz, Nutzerinnen und Nutzer aktiv einzubeziehen, zielt der Internetauftritt von UK auf die Schaffung einer medialen „Community“, einer Gemeinschaft derjenigen, die am kirchlichen Leben in Westfalen in besonderem Maße interessiert sind und darüber mit Hilfe der Print- und Onlineausgabe von UK in einen Austausch kommen möchten. Geplant ist, Abonnenten künftig auch Mehrwertdienste anzubieten wie Dokumentationen, Zugang zu Archiven und anderes mehr.



Herr Präses,
hohe Synode!

■ A

Neulich hatte ich ein längeres Gespräch mit einem Kirchmeister. „Was macht ihr eigentlich mit dem ganzen Geld?“, fragte er. „In der Zeitung steht, dass die Kirchensteuer steigt, aber bei mir kommt immer nur weniger an.“ Der Mann hatte Recht.

Was folgt daraus? Wir müssen die Finanzpolitik unserer Kirche immer wieder neu untereinander und nach außen vermitteln! Ich will es von dieser Stelle aus versuchen.

■ B

Wie sieht die gegenwärtige Finanzlage, insbesondere die Kirchensteuerentwicklung aus?

1992 – vor 16 Jahren – hatten wir mit 477 Mio. Euro das höchste, 2005 mit 382 Mio. Euro das geringste Kirchensteueraufkommen. 2007 erhöhte sich das Kirchensteueraufkommen auf 431 Mio. Euro (vgl. Anlage 1). Diese Erholung setzt sich im laufenden Haushaltsjahr fort. Ende Oktober lag das Aufkommen bei den Finanzämtern um 7,25%, das Netto-Kirchensteueraufkommen unter Einschluss der Clearing-Vorauszahlungen um 6,48% über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Nach heutigem Stand könnten wir im laufenden Jahr ein Netto-Kirchensteueraufkommen von bis zu 460 Mio. Euro erreichen. Damit lägen wir nominal noch um 3,6% unter dem Aufkommen von 1992. Bei aller Dankbarkeit für diese Erhöhung des Kirchensteueraufkommens ist und bleibt jedoch die ernüchternde Feststellung zu treffen, dass sich die reale Finanzkraft unserer Kirche seit 1992 um 1/4 vermindert hat. Auf 1992 bezogen ist der Euro heute nämlich nur noch 75 Cent wert (vgl. die EKD-Statistik zur Entwicklung des nominalen und realen Kirchensteueraufkommens Anlage 2).

Von den drei Faktoren, die das Kirchensteueraufkommen maßgeblich beeinflussen, nämlich

- der Zahl der evangelischen Erwerbstätigen,
- der wirtschaftlichen Entwicklung und
- der Entwicklung des Steuersystems

ist die Erholung des Kirchensteueraufkommens vor allem dem bisherigen wirtschaftlichen Aufschwung zu verdanken. Die konjunkturelle Entwicklung dürfte indes mit einer gewissen Skepsis zu betrachten sein. Die deutsche Wirtschaft steht am Rande einer Rezession. In ihrem Mitte Oktober vorgelegten Herbstgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsunternehmen für das Jahr 2009 nur noch ein Wachstum von 0,2% nach 1,8% im laufenden Jahr und einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Frühjahr hatten die Experten noch mit einem Wachstum von 1,4% gerechnet. Die deutsche Wirtschaft gerät damit in den Sog der Finanzkrise.

Langfristig bleibt die demographische Entwicklung die größte Herausforderung für die kirchliche Finanzplanung. 1969 betrug die Gemeindegliederzahl in der EKvW 3,7 Mio., 2007 hatten wir nur noch 2,6 Mio. Gemeindeglieder. Zur Zeit nimmt die Gemeindegliederzahl jährlich um rd. 1% ab (zur Entwicklung der Gemeindegliederzahl vgl. Anlage 3). Die gegenwärtige Erhöhung des Kirchensteueraufkommens ändert nichts an der im Jahre 2006 im Impulspapier der EKD „Kirche der Freiheit“ getroffenen Prognose für die Zeit bis 2030: „Bei sinkender Mitgliederzahl um etwa 1/3 geht die finanzielle Leistungsfähigkeit nahezu um die Hälfte zurück.“ (S. 22) (vgl. den Auszug aus dem Impulspapier in Anlage 4). Wir haben also unseren finanziellen Sparkurs konsequent fortzusetzen. Überplanmäßige Kirchensteuereinnahmen geben uns die Möglichkeit, Vorsorge für die anstehenden Herausforderungen zu treffen. Heute muss geschultert werden, was morgen nicht mehr zu schultern ist.

■ C

Damit komme ich zur vorgesehenen Verteilung des Kirchensteuer Mehraufkommens für 2008 und zum Stichwort „Versorgungssicherung“.

Die Absicherung der Versorgungslasten für Pfarrer und Kirchenbeamte im Bereich der EKIR, der EKvW und der Lippischen Landeskirche als Trägerkirchen der gemeinsamen Versorgungskasse zählt im Bereich der EKD zu den problematischsten Fällen. Die versicherungsmathematische Deckungslücke ist die größte aller EKD-Gliedkirchen. Und nicht alle Gliedkirchen weisen überhaupt eine Deckungslücke aus! Innerhalb der Versorgungskasse standen 2005 etwa 5.200 Aktiven 4.080 Leistungsempfänger gegenüber. Im Jahre 2030 werden nur noch für etwa 1.500 Aktive Beiträge gezahlt werden, aber mehr als 6.200 Ruheständler zu versorgen sein (vgl. Anlage 5). Die Summe der fälligen Ruhestandsbezüge (2005: 139 Mio. Euro) wird bis 2030 um das 2,3-fache zunehmen. Zugleich nimmt das Beitragsvolumen wegen der geringer werdenden Aktiven-Zahl kontinuierlich ab. Das führte zu der Erkenntnis, dass die Versorgungskasse bei unverändertem Beitragssystem auf Dauer nicht im Stande sein würde, die Verpflichtungen zu erfüllen.

Zwischen den Trägerkirchen der Versorgungskasse herrscht Einigkeit, dass die VKPB auch in Zukunft das Instrument zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen blei-

ben soll. Zur nachhaltigen Erfüllung dieser Verpflichtungen muss sie aber von den Trägerkirchen entsprechend ausgestattet werden.

Das bisherige Finanzierungssystem der VKPB war geprägt von stellenbezogenen Beiträgen. Diese waren unabhängig davon, ob aus der Stelle Versorgungsleistungen zu erbringen waren oder nicht. So wurden teilweise aus einem Stellenbeitrag Versorgungsleistungen für mehrere Personen erbracht, wenn sie alle aus dieser Stelle in den Ruhestand versetzt worden waren. Die Aufhebung der Stelle führte ursprünglich dann zum Wegfall des Betrages unabhängig davon, ob aus dieser Stelle noch Versorgungsleistungen erbracht wurden. Bei ständig steigender Lebenserwartung der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und gleichzeitigem Stellenabbau muss ein solches System zwangsläufig kollabieren. Wie bereits im letzten Jahr von dieser Stelle aus angedeutet, wird das stellenbezogene Beitragssystem zum 1. Januar 2009 nun durch ein personenbezogenes Beitragssystem in Verbindung mit einem Versorgungssicherungsbeitrag abgelöst.

Im Einzelnen beinhaltet die Satzungsänderung zwei Komponenten:

Das System der sogenannten Regelbeiträge wird dahingehend umgestellt, dass nicht mehr eine bestimmte Stelle beitragspflichtig ist, sondern dass für jede einzelne Person im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ein Beitragssatz festgelegt wird, der – bezöge sich die Versicherung allein auf die einzelne Person – eine ausreichende Kapitaldeckung der Versorgung bewirkt. Gegenüber dem bisherigen Recht erhöht sich der Beitragssatz nicht mehr automatisch Jahr für Jahr. Er bleibt vielmehr auf die Höhe beschränkt, die für die Kapitaldeckung der durchschnittlichen Versorgung erforderlich ist. Ausgehend von der Endstufe der Besoldung eines verheirateten Pfarrers mit einem Kind beträgt der Beitragssatz nunmehr einschließlich des Anteils für die Beihilfekosten 51 % der monatlichen Bezüge. Auf dieser Grundlage kann es für die Pfarrstellenpauschale im nächsten Jahr trotz der steigenden Besoldungsaufwendungen bei einem Betrag von 82.000 Euro verbleiben.

Über die Versorgungssicherungsbeiträge werden die Altlasten der Versorgungskasse getragen. Auf die EKvW bezogen schieben wir hier eine Deckungslücke von ca. 700 Mio. Euro vor uns her, die langfristig zu finanzieren ist.

Die Satzungsänderung der VKPB ist auf der Grundlage eines umfassenden versicherungsmathematischen Gutachtens vom August 2007 erfolgt. Das Gutachten geht von jährlichen Personalkostensteigerungen von 2 % bei gleichzeitiger Reduktion des Kirchensteueraufkommens um 1 % aus und berechnet die jährlichen Zuführungen zur VKPB unter der Vorgabe, dass die Gesamtleistungen nicht über 20 % der im Gutachten angenommenen kumulierten Kirchensteuereinnahmen der EKIR, der EKvW und der Lippischen Landeskirche hinausgehen dürfen (vgl. Anlage 6).

Die Versorgungssicherungsbeiträge sind von den jeweiligen früheren Anstellungsträgern aufzubringen. Soweit es sich um Beiträge für öffentlich-rechtliche Beschäftigte handelt, die früher im Dienst der Landeskirche standen, sind diese im allgemeinen Haushalt der Landeskirche zu veranschlagen. Für 2009 sind das 1,3 Mio. Euro (vgl. HHSt. 7651.01.4320). Die Beiträge für Personen, die früher im Dienst

der Kirchengemeinden und Kirchenkreise standen, sind im Rahmen des Haushaltes Pfarrbesoldung – Pfarrbesoldungszuweisung – etatisiert (HHSt. 0500.01.4310). Der Anteil der Versorgungssicherungsbeiträge beträgt insoweit rd. 26 Mio. Euro. Die weitere Entwicklung der Versorgungssicherungsbeiträge ist der Finanzplanung 2008 bis 2012 (Anlage 7) zu entnehmen.

Die mit der Änderung der Satzung der Versorgungskasse verbundene Systemumstellung wird dadurch erheblich erleichtert, dass die tatsächlichen Kirchensteuereinnahmen derzeit die dem Gutachten zugrunde liegenden Annahmen deutlich übersteigen.

Da das Gutachten vom August 2007 als Umstellungszeitpunkt das Jahr 2007 zugrunde gelegt hat, die entsprechende Satzungsänderung aber erst zum 1. Januar 2009 in Kraft tritt, haben sich die Trägerkirchen der VKPB zur Vermeidung neuer Finanzierungslücken darauf verständigt, die VKPB finanziell bereits für 2007 und 2008 so auszustatten, als sei die Satzungsänderung bereits in Kraft. Die erforderlichen Finanzmittel stehen zum Teil in Gestalt der von der Synode im vergangenen Jahr eingerichteten Versorgungssicherungsrückstellung zur Verfügung. Im Übrigen sollen sie in Höhe von rd. 26,7 Mio. Euro aus dem Kirchensteuermehraufkommen des laufenden Jahres bereitgestellt werden (vgl. Vorlage 5.3).

Die erfreuliche Entwicklung des Kirchensteueraufkommens im laufenden Jahr gibt uns daneben die Möglichkeit, weitere Belastungen zu tilgen.

Zum einen können wir aus dem Mehraufkommen die erhöhte Zuweisung an die Kirchenkreise im Haushaltsjahr 2007 in Höhe von rd. 5,7 Mio. Euro finanzieren. Zum anderen kann der Fehlbetrag bei der Pfarrstellenpauschale in Höhe von rd. 6,1 Mio. Euro abgedeckt werden. Er würde ansonsten das kommende Haushaltsjahr belasten (vgl. § 11 Abs. 2 FAG).

Bei einer entsprechenden Verteilung des Kirchensteuermehraufkommens dürften noch bis zu 10 Mio. Euro für die zusätzliche Verteilung auf die Kirchenkreise und die Landeskirche zur Verfügung stehen. Angesichts der allgemeinen Kostensteigerungen ist eine Erhöhung der Verteilungssumme um knapp 3% ein durchaus positiver Effekt.

■ D

Ich komme zum Haushaltsjahr 2009. Wie werden sich die Kirchensteuereinnahmen entwickeln?

Die Prognose hat mit etlichen Unwägbarkeiten zu kämpfen: Zum einen dürfte das konjunkturelle Wachstum bestenfalls stagnieren. Zum anderen sind die Auswirkungen der zum 1. Januar in Kraft tretenden Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte nicht abzuschätzen. Diesbezüglich darf ich auf Vorlage 3.1 verweisen. Die Kirchenleitung hat durch gesetzvertretende Verordnung die Voraussetzungen für

die Erhebung der Kirchensteuer geschaffen. Die Synode wird um Bestätigung gebeten. Was die Auswirkungen angeht, rechne ich jedenfalls mit einem Rückgang bei der Kircheneinkommensteuer. Rückgänge dürften sich schließlich auch bei den Clearing-Vorauszahlungen ergeben. Diese Unwägbarkeiten haben den Ständigen Finanzausschuss und die Kirchenleitung bewogen, von einer sehr vorsichtigen Schätzung auszugehen. So schreibt die Planung für 2009 das Kirchensteuersoll für 2008 fort. Wir gehen also von 410 Mio. Euro aus. Sollte es besser kommen, werden Sie von mir im nächsten Jahr wieder das Wort „Versorgungssicherungs-Rückstellung“ hören ...

Auf der Basis einer Kirchensteuerschätzung von 410 Mio. Euro legen die Kirchenleitung und der Ständige Finanzausschuss der Synode einen Haushaltsplan vor, der wie in den letzten Jahren in der Kontinuität der Konsolidierungsbemühungen steht.

I.

Als Zuführung zur Clearing-Rückstellung sind 15 Mio. Euro gegenüber 30 Mio. Euro im laufenden Jahr vorgesehen. „Was aber“, so werden sicherlich viele der neuen Synodalen fragen, „ist ‚Clearing‘?“.

Die Kirchenlohnsteuer wird zusammen mit der Lohnsteuer vom Arbeitgeber einbehalten und an das Betriebsstättenfinanzamt abgeführt. Sie steht aber der Landeskirche zu, in der die evangelischen Erwerbstätigen wohnen. Da Betriebsstätten und Wohnsitze ungleich über die Landeskirchen verteilt sind, geht die Kirchenlohnsteuer vielfach bei den Landeskirchen ein, denen sie gar nicht zusteht. So vereinnahmt etwa die EKiR die Kirchenlohnsteuer aller Landesbeamten ebenso wie die der Beschäftigten der Deutschen Telekom, auch wenn diese in Westfalen wohnen. Damit die Landeskirchen die Kirchenlohnsteuer ihrer Gemeindeglieder erhalten, bedarf es also eines Kirchenlohnsteuerverrechnungsverfahrens, kurz „Clearing“ genannt. Entsprechendes gilt auch in der Römisch-Katholischen Kirche für die Diözesen untereinander, wie auch für die Länder bei der Lohnsteuer.

Für die evangelischen Landeskirchen wird das Verfahren von der Clearing-Stelle beim Kirchenamt der EKD durchgeführt. Landeskirchen mit überhöhtem Kirchenlohnsteueraufkommen leisten Abschlusszahlungen, Landeskirchen mit zu niedrigem Aufkommen erhalten Vorauszahlungen, die EKvW zur Zeit 58,2 Mio. Euro. Die Abrechnung erfolgt, sobald die Finanzverwaltung einen abgeschlossenen und ausgewerteten Veranlagungszeitraum vorlegt. Damit resultieren die zu erwartenden Zahlungsverpflichtungen aus den anstehenden Abrechnungen für die Jahre 2004 ff. Die Festsetzung der Vorauszahlungen beruht naturgemäß auf Basiszahlen noch länger zurückliegender Jahre. Veränderungen, wie etwa die Verlagerung von Betriebsstätten, Wanderungsbewegungen der Erwerbstätigen und Verschiebungen

in der Finanzkraft zwischen den Landeskirchen aufgrund der unterschiedlichen regionalen Wirtschaftsentwicklung können das spätere Abrechnungsergebnis daher erheblich verändern. Wegen dieser systemimmanenten Risiken hat die EKD seit jeher die Bildung einer Rückstellung in Höhe eines Clearing-Jahresaufkommens empfohlen. Zum 31. Dezember 2007 hatten wir rd. 44,7 Mio. Euro zurückgestellt. Unter Berücksichtigung der Zuführung des laufenden Haushaltsjahres in Höhe von 30 Mio. Euro und der geplanten Zuführung von 15 Mio. Euro im kommenden Jahr sowie in Ansehung der erwarteten Rückzahlungsverpflichtungen für die Abrechnungsjahre 2004 und 2005 in Höhe von ca. 40 Mio. Euro, dürfte die Rückstellung zum Ende des Haushaltsjahres 2009 fast die von der EKD empfohlene Höhe erreicht haben. Wir haben dann binnen zehn Jahren Rückzahlungsverpflichtungen von insgesamt rd. 103 Mio. Euro erfüllt und zugleich eine Rückstellung von 50 Mio. Euro aufgebaut. Eine Kraftprobe der Risikoversorge! (Zur Entwicklung im Clearing vgl. Anlage 8.)

Da es sich bei den Clearing-Zahlungen um Kirchensteuermittel handelt, die der gemeinsamen Kirchensteuerstelle im Wege der Vorauszahlung zufließen und die nach erfolgter Abrechnung ggf. zurückerstattet werden müssen, sind die erforderlichen Rückstellungen vor der Kirchensteuerverteilung vorzunehmen. Sie mindern dementsprechend die Verteilungssumme.

II.

Der EKD-Finanzausgleich wird über den Sonderhaushalt „EKD-Finanzausgleich“ abgewickelt. Er findet seine Begründung in Artikel 6 Absatz 1 GO EKD:

„Die Evangelische Kirche in Deutschland bemüht sich um die Festigung und Vertiefung der Gemeinschaft unter den Gliedkirchen, hilft ihnen bei der Erfüllung ihrer Dienste und fördert den Austausch ihrer Kräfte und Mittel.“

Im Jahre 2009 beträgt das Finanzausgleichsvolumen 148,9 Mio. Euro. Von der EKvW sind davon 14,5 Mio. Euro aufzubringen, 0,4 Mio. Euro weniger als im laufenden Jahr (zur Entwicklung des Finanzausgleichsvolumens und zur Verteilung vgl. Anlage 9).

Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 FAG ist der Bedarf vom Netto-Kirchensteueraufkommen vor der Verteilung auf die Kirchenkreise und die Landeskirche bereitzustellen.

Nach der Zuführung von 15 Mio. Euro zur Clearing-Rückstellung und der Veranschlagung von 14,5 Mio. Euro für den EKD-Finanzausgleich ergibt sich als geplante Verteilungssumme für die Kirchenkreise und die Landeskirche ein Betrag von 380,5 Mio. Euro (zur Finanzplanung für die Jahre 2008–2012 vgl. Anlage 7). Gegenüber der Planung für das laufende Jahr ist das eine Erhöhung um rd. 15 Mio. Euro. Diese wird allerdings durch die bereits erwähnte Veranschlagung der Versorgungssicherungsbeiträge im Pfarrbesoldungszuweisungshaushalt mehr als aufgezehrt.

III.

Die Finanzierung der landeskirchlichen Aufgaben einschließlich der Ämter und Einrichtungen, der Schulen sowie der Förderung der freien Träger kirchlicher Aufgaben (z. B. Diakonisches Werk, Frauenhilfe, Jugendverbände) erfolgt über den „allgemeinen Haushalt“ der Landeskirche.

Aus Kirchensteuermitteln erhält sie dafür nach § 2 Absatz 2 Nr. 2 lit. a FAG 9 % der Verteilungssumme. Damit ergibt sich für 2009 eine Veranschlagung von 34,2 Mio. Euro. Das Haushaltsvolumen erhöht sich gegenüber dem laufenden Jahr um rd. 2 % von 41,3 Mio. Euro auf 42,2 Mio. Euro (zur Entwicklung der landeskirchlichen Zuweisung und des Haushaltsvolumens vgl. Anlage 10).

Nachdem das Haushaltsjahr 2007 mit einem Überschuss von rd. 2,8 Mio. Euro abgeschlossen werden konnte, der komplett zur Schuldentilgung eingesetzt wurde, und das laufende Haushaltsjahr ebenso einen positiven Jahresabschluss erwarten lässt, muss für den Haushaltsausgleich des nächsten Jahres gleichwohl wieder eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 380.000 Euro eingeplant werden (HHSt. 9720.00.3110). Bei vorsichtiger Bewirtschaftung der Deckungsreserve (HHSt. 9800.00.8600) und der Finanzhilfen in besonderen Fällen (HHSt. 9230.00.7400) dürfte sie allerdings wesentlich geringer ausfallen. Wir werden versuchen, sie völlig zu vermeiden. (Zur Entwicklung der Haushaltsabschlüsse und der Rücklagen vgl. Anlagen 11 und 12.)

Im Übrigen konnte der Haushaltsausgleich nur gelingen, indem Zinseinnahmen in Höhe von 1,05 Mio. Euro zur Deckung mit herangezogen wurden (HHSt. 8350.00.1100). Eigentlich müssten sie – zumindest in Höhe der Geldentwertung – wieder den Rücklagen zugeführt werden ... Beim Stichwort „Rücklagen“ darf ich darauf hinweisen, dass wir bei ihrer Bewirtschaftung keine nennenswerten finanziellen Einbußen aufgrund der Finanzmarktkrise zu verzeichnen haben.

Die Haushaltsplanung zeigt deutlich die Fortsetzung des Konsolidierungskurses, wenn man – auch unter Einbeziehung der erhöhten Kirchensteuerzuweisung – in Rechnung stellt, welche zusätzlichen Kosten aufgefangen werden konnten:

- Bei der Tagungsstätte Haus Villigst wurden erstmals die kalkulatorischen Abschreibungen in Höhe von 200.000 Euro als Ausgaben und Zuführung an eine objektbezogene Rücklage veranschlagt (HHSt. 5222.00).
- Wie bei der Tagungsstätte Haus Villigst wurden auch beim Dienstgebäude des Landeskirchenamtes erstmals die kalkulatorischen Abschreibungen in Höhe von 160.000 Euro als Zuführung zu einer objektbezogenen Rücklage ausgewiesen (HHSt. 7651.02.9110).
- Schließlich mussten die Personalkostenansätze im Landeskirchenamt um 1,41 Mio. Euro angehoben werden (HHSt. 7651.01.). Darin enthalten sind die tariflichen Steigerungen, die Wiederaufnahme der Zahlung der vollen Sonderzuwen-

dung an die Angestellten nach dem Auslaufen der Dienstvereinbarung und als größte Veränderung die Veranschlagung der Versorgungskassenbeiträge einschließlich der Versorgungssicherungsbeiträge.

Wegen der weiteren Einzelheiten darf ich Sie auf die Erläuterungen zum Haushaltsplan verweisen.

IV.

Ich komme zum Haushalt „gesamtkirchliche Aufgaben“.

Über diesen Haushalt erfolgt die Finanzierung derjenigen Aufgaben, die über die landeskirchlichen Aufgaben im engeren Sinne hinausgehen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Finanzierung der Telefonseelsorge, des Meldewesens, der gemeinsamen Rechnungsprüfungsstelle und des Bereiches Weltmission, Ökumene und kirchlicher Entwicklungsdienst sowie die Umlagen der EKD und der UEK.

Der Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 27,8 Mio. Euro. Gegenüber dem laufenden Jahr ergibt sich damit keine Veränderung des Haushaltsvolumens (zur Entwicklung des Haushaltsvolumens vgl. Anlage 13). Zur Finanzierung erhält die Landeskirche hierfür entsprechend den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes eine Kirchensteuerzuweisung in Höhe des Bedarfs (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 lit. b FAG). Dieser beläuft sich im nächsten Jahr auf 27,17 Mio. Euro. Das sind 50.000 Euro weniger als im laufenden Jahr.

Die EKD-Umlage (Haushaltsstelle 9210.00.7350) wird in Abhängigkeit von der Kirchensteuerentwicklung festgelegt. Veränderungen des durchschnittlichen Kirchensteueraufkommens der Gliedkirchen werden mit einem Nachlauf von 3 Jahren auf die Umlage übertragen. So sinkt die Umlage auch 2009 weiter ab. Der Anstieg des Kirchensteueraufkommens seit 2006 wird sich bei der Festsetzung der Umlage ab 2010 auswirken. Der von den Gliedkirchen aufzubringende Anteil an der EKD-Umlage bestimmt sich nach dem sogenannten Umlageverteilungsmaßstab. Dieser berücksichtigt unterschiedliche Finanzkraftentwicklungen der Gliedkirchen (vgl. Anlage 14). Betrag der westfälische Anteil 1995 noch 12,01 %, so liegt er 2009 nur noch bei 9,06 %. Die unterschiedliche Entwicklung der relativen Finanzkraft der westlichen Gliedkirchen liegt am Tage: Sie steigt im Süden und nimmt in der Mitte und im Norden ab. Für 2009 schlägt die EKD-Umlage mit 6,11 Mio. Euro zu Buche. Gegenüber 2008 ist das ein Rückgang um 365.000 Euro (zur Entwicklung der Umlagen der EKD inkl. DW und Ostpfarrerversorgung vgl. Anlage 15).

Eine weitere Entlastung ergibt sich bei der Finanzierung der Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) und der Verbindlichkeiten der früheren Evangelischen Kirche der Union (Alt-EKU) (HHSt. 9210.00.7341). Die Umlage sinkt um 132.300 Euro. Als Folge der Strukturveränderung ist die Umlage seit dem Jahre

2000 um rd. 71% von 1.475.000 Euro auf 430.700 Euro im Jahre 2009 gesunken (zur Entwicklung vgl. Anlage 16).

Am 1. Januar dieses Jahres hat die gemeinsame Rechnungsprüfungsstelle ihre Arbeit aufgenommen. Die Leitung hat inzwischen Landeskirchenverwaltungsrat Brand übernommen. Stellvertretende Leiterin ist Landeskirchenverwaltungsrätin Ehlers. Für 2009 kann erstmals eine differenzierte Darstellung im Haushalt erfolgen (HHSt. 7700.00). Die erhöhten Ausgaben beruhen dabei auf den tarifgemäßen Personalkostensteigerungen und den zu veranschlagenden Versorgungssicherungsbeiträgen.

Die bisherige Verwaltungsbuchführung (Kameralistik) soll auf allen kirchlichen Ebenen zum 1. Januar 2015 auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) umgestellt werden. Dazu wurde das Finanzwesenprogramm „Mach“ angeschafft, eine Projektplanungsgruppe „Neues Kirchliches Finanzwesen“ berufen, die von Kirchenverwaltungsdirektor Stork geleitet wird und ein Projektbüro eingerichtet. Am 1. Mai dieses Jahres hat Landeskirchenverwaltungsrat Koch als Leiter des Projektbüros seine Arbeit aufgenommen.

Die Ausgaben für den Bereich Weltmission, Ökumene und kirchlicher Entwicklungsdienst sind in Höhe von 3,25% an die Kirchensteuerverteilungssumme gebunden. Damit sind 12,37 Mio. Euro bereitzustellen. In diesem Zusammenhang weise ich auf zwei Punkte besonders hin:

Die Zuweisung zur VEM steigt um 500.000 Euro auf 2,5 Mio. Euro (HHSt. 3800.00.7470). Dementsprechend wurde der Ansatz für Projektanträge (HHSt. 3800.00.7477) um die gleiche Summe reduziert. Indem die Mittel der VEM global für Projekte zur Verfügung gestellt werden, entfällt im Gegenzug grundsätzlich die Möglichkeit, für einzelne Projekte Sondermittel zu beantragen.

Nach den Beschlüssen des Diakonischen Rates und des Aufsichtsrates des Evangelischen Entwicklungsdienstes (eed), inzwischen auch der Diakonischen Konferenz und der Mitgliederversammlung des eed – jeweils einstimmig gefasst –, werden sich das Diakonische Werk der EKD und der eed bis zum Jahre 2013 zu einem Werk mit Sitz in Berlin vereinigen. Die entwicklungsbezogenen Aufgaben und die Katastrophenhilfe werden unter der Marke „Brot für die Welt“ zusammengefasst. Rat und Kirchenkonferenz der EKD haben dieses Vorhaben einmütig begrüßt. Die Finanzierung des neuen Werkes soll einem einstimmigen Beschluss der Kirchenkonferenz der EKD zufolge durch eine gliedkirchliche Umlage erfolgen. Für unseren Haushalt ergeben sich daraus grundsätzlich keine finanziellen Auswirkungen. Es wird allerdings zu einer veränderten Darstellung kommen, die der gesamt-kirchlichen Umlageverbindlichkeit – wie schon bisher beim DW EKD (vgl. HHSt. 9210.00.7361) – Rechnung trägt.

V.

Ich komme zum Haushalt „Pfarrbesoldung“. Er gliedert sich in vier Teilhaushalte:

1. Der Teilhaushalt „Pfarrbesoldungspauschale“ umfasst die Abrechnung aller Pfarrstellen. Zur Deckung der Personalkosten für die Besetzung, Verwaltung und Versorgung von Pfarrstellen zahlen die Kirchenkreise für jede in ihrem Bereich errichtete Pfarrstelle – mit Ausnahme der Pfarrstellen für den Religionsunterricht – eine Pfarrstellenpauschale. Diese wird ermittelt, indem der Bedarf durch die Zahl der Pfarrstellen geteilt wird. Zum Bedarf gehören dabei insbesondere Besoldung, Beihilfen und Versorgungskassenbeiträge (vgl. §§ 8, 9 FAG).
Wie bereits im Rahmen der Ausführungen zur Versorgungssicherung dargelegt, verbleibt es für 2009 bei einer Pfarrstellenpauschale von 82.000 Euro.
2. Beim zweiten Teil des Haushaltes „Pfarrbesoldung“ handelt es sich um die „Pfarrbesoldungszuweisung“ nach § 10 FAG:
Zur Deckung der nicht durch die Pfarrstellenpauschale abgedeckten Kosten der zentralen Pfarrbesoldung erhält die Landeskirche eine Zuweisung in Höhe des Bedarfs. Das Haushaltsvolumen steigt von 67 Mio. Euro auf 91,7 Mio. Euro. Die Kirchensteuerzuweisung erhöht sich um 24,7 Mio. Euro von 52 Mio. Euro auf 76,7 Mio. Euro. Der Grund dafür liegt – neben den zu erwartenden Besoldungserhöhungen – einzig und allein in der um rd. 20 Mio. Euro erhöhten Zuführung zur Versorgungskasse (HHSt. 0500.00.4310). Die Verpflichtungen zur Zahlung der Versorgungssicherungsbeiträge, die im laufenden Jahr aus dem Kirchensteuermehraufkommen bestritten werden sollen, sind hier nun erstmalig etatisiert.
3. Der Haushalt „Pfarrbesoldung“ gliedert sich des Weiteren in die Teile „zentrale Beihilfeabrechnung“ und „Sonderfonds zur Erleichterung der Umstellung des Finanzausgleichs und der Pfarrbesoldung“.
Hinsichtlich der Beihilfepauschale kann es 2009 bei einem Betrag von 3.000 Euro verbleiben. Bezüglich des „Sonderfonds“ darf ich auf Vorlage 3.3 verweisen. Einem Beschluss der Synode vom vergangenen Jahr entsprechend hat die Kirchenleitung durch gesetzesvertretende Verordnung das Auslaufen des „Sonderfonds“ auf das Jahr 2011 festgesetzt. Die Synode wird gebeten, die gesetzesvertretende Verordnung zu bestätigen.

■ E

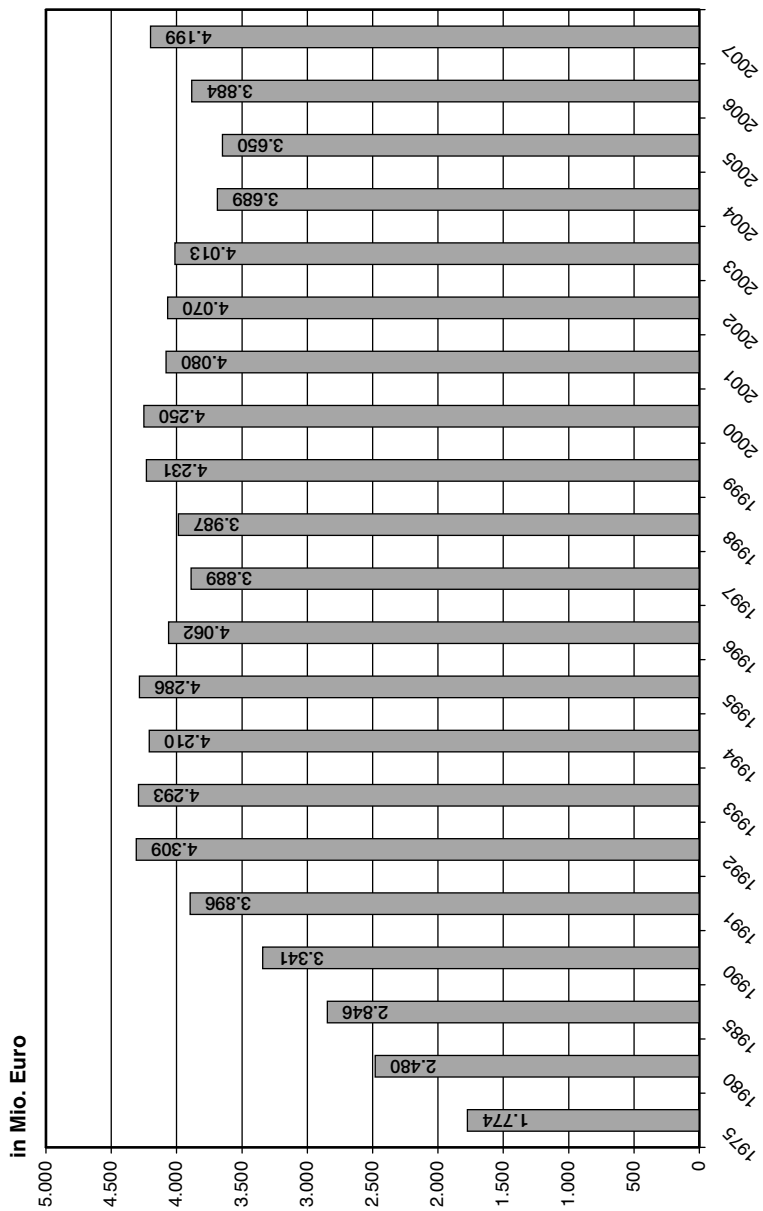
Hohe Synode,

vor Ihnen liegt mein Finanzbericht 2009. Die Überlegungen müssten auch den Kirchmeister davon überzeugen, dass es zum Konsolidierungskurs keine Alternative gibt. Wir können dankbar dafür sein, wenn uns steigende Einnahmen dabei helfen, für zukünftige und bereits absehbare Verpflichtungen heute Vorsorge zu treffen. Denn „Kirche muss gebaut und gestaltet werden mit den finanziellen Mög-

lichkeiten, die der jeweiligen Zeit anvertraut sind. Sie muss mit diesen Möglichkeiten so weitsichtig umgehen, dass auch eine nächste Generation bei ... voraussehbar schwächeren finanziellen Möglichkeiten noch Kirche bauen, das Evangelium verkündigen, Menschen missionarisch gewinnen und für Besoldung und Versorgung aufkommen kann.“ (W. Huber)

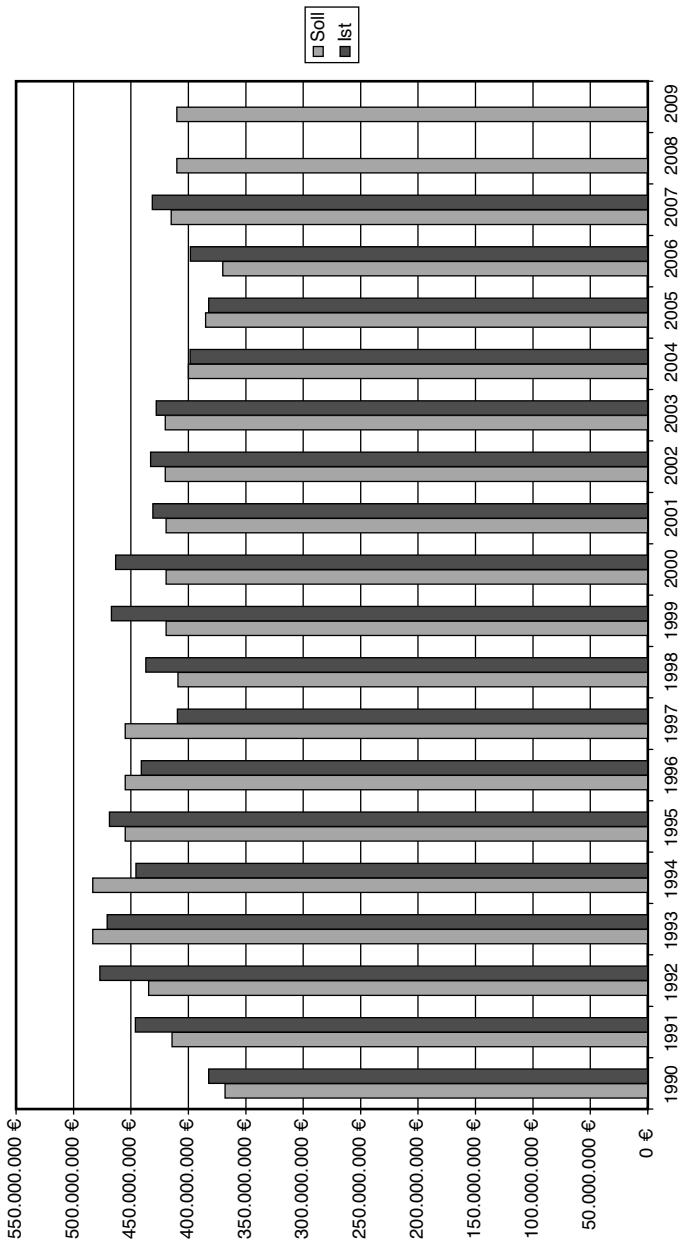
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Überweisung der Vorlagen 3.1, 3.2, 3.3, 5.1, 5.2, 5.3 und 5.4 an den Tagungs-Finanzausschuss.

Evangelisches Kirchensteueraufkommen in Deutschland

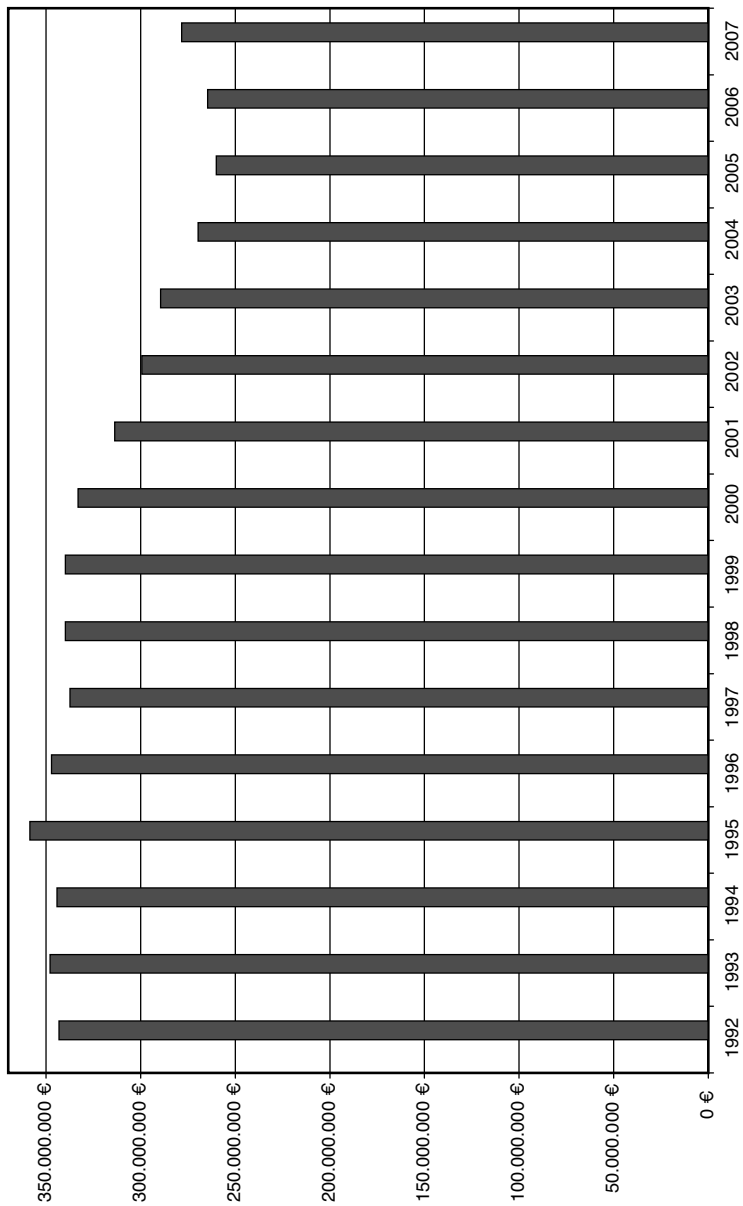


Anlage 1a

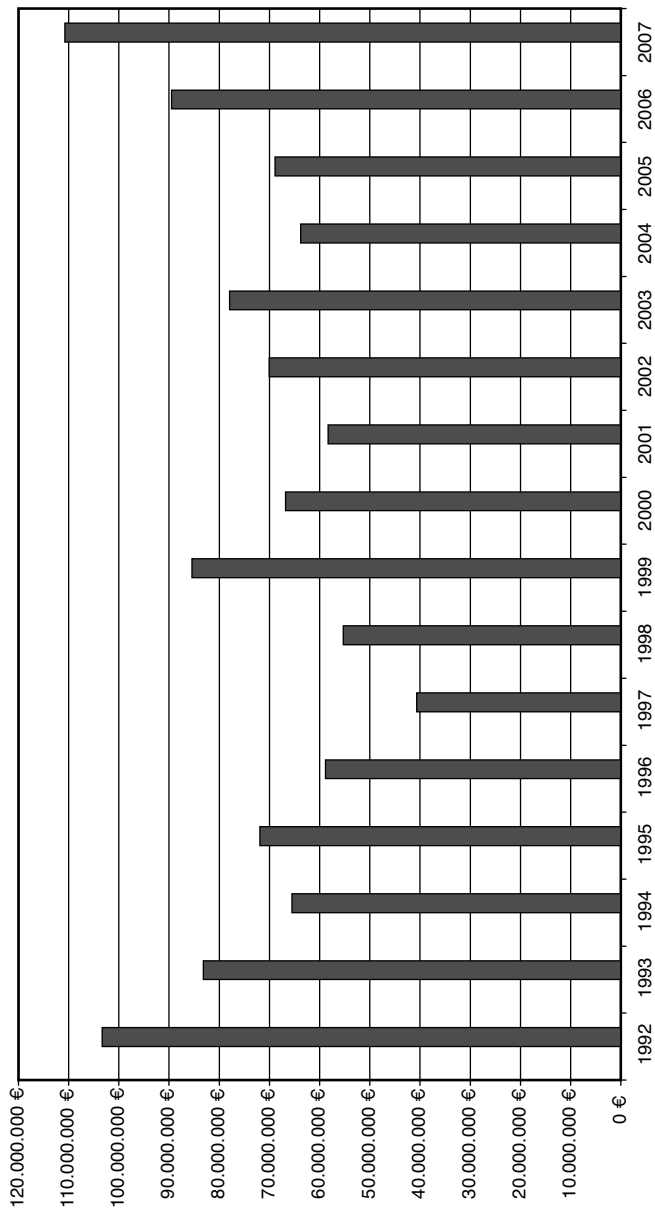
Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen der EKvW



Entwicklung des Aufkommens aus der Kirchenlohnsteuer

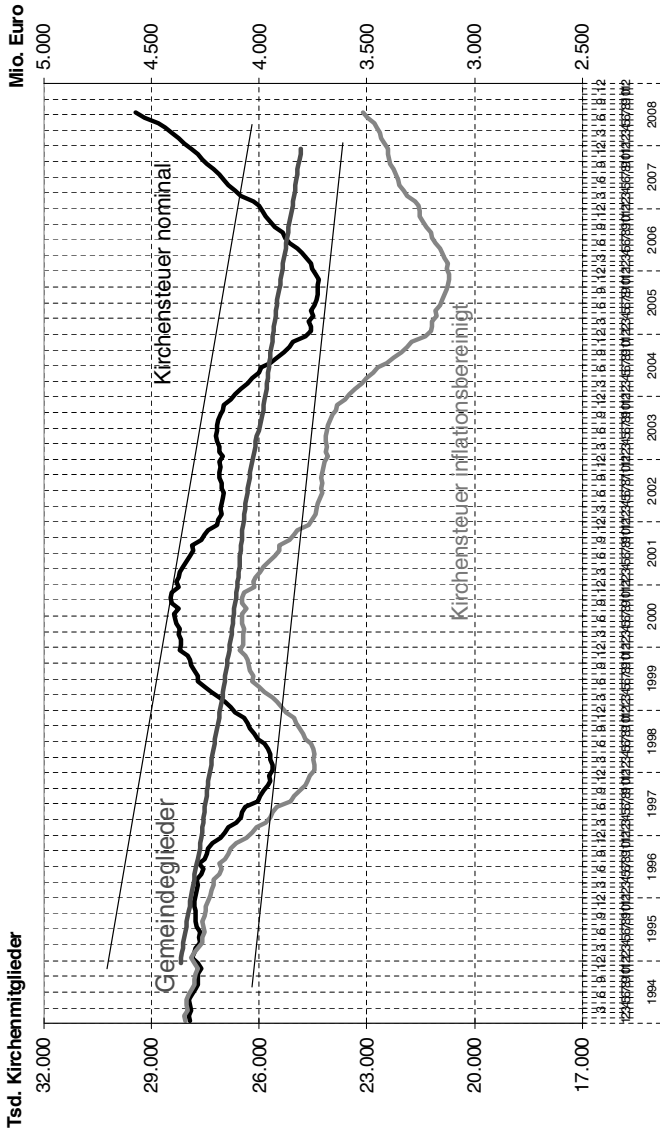


Entwicklung des Aufkommens aus der Kircheneinkommensteuer



Bruttoaufkommen an Kirchenlohn- und -einkommensteuer

12-Monatssumme in Millionen Euro seit 1994



Evangelische Kirche von Westfalen
Entwicklung der Bevölkerung und der Gemeindegliederzahlen
1990–2007 (Index 1990 = 100)

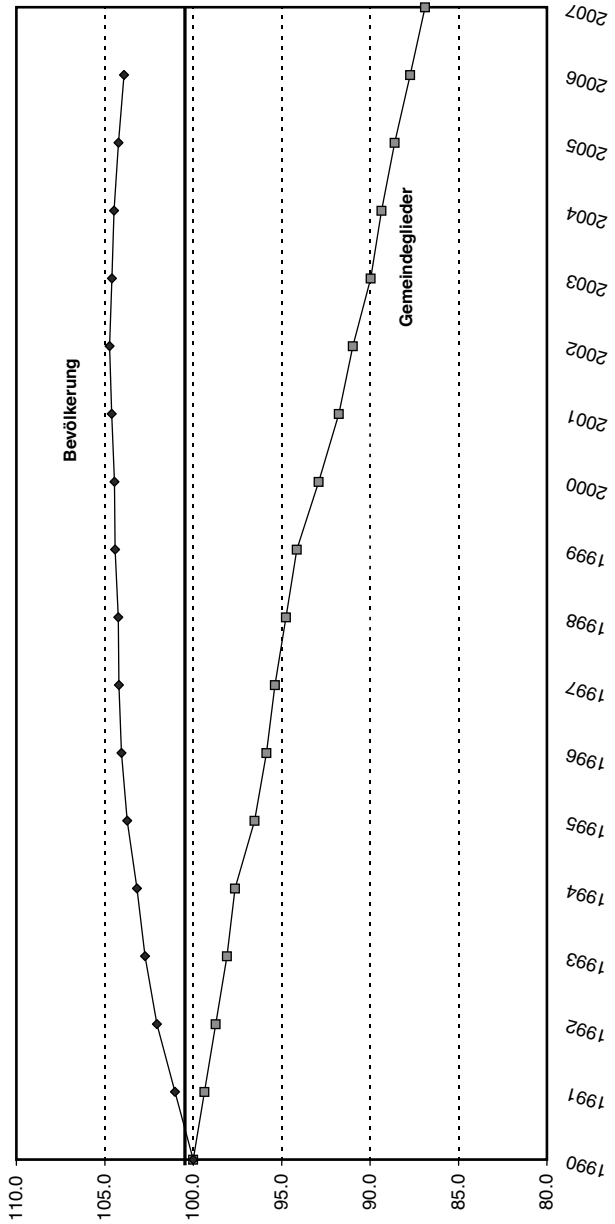
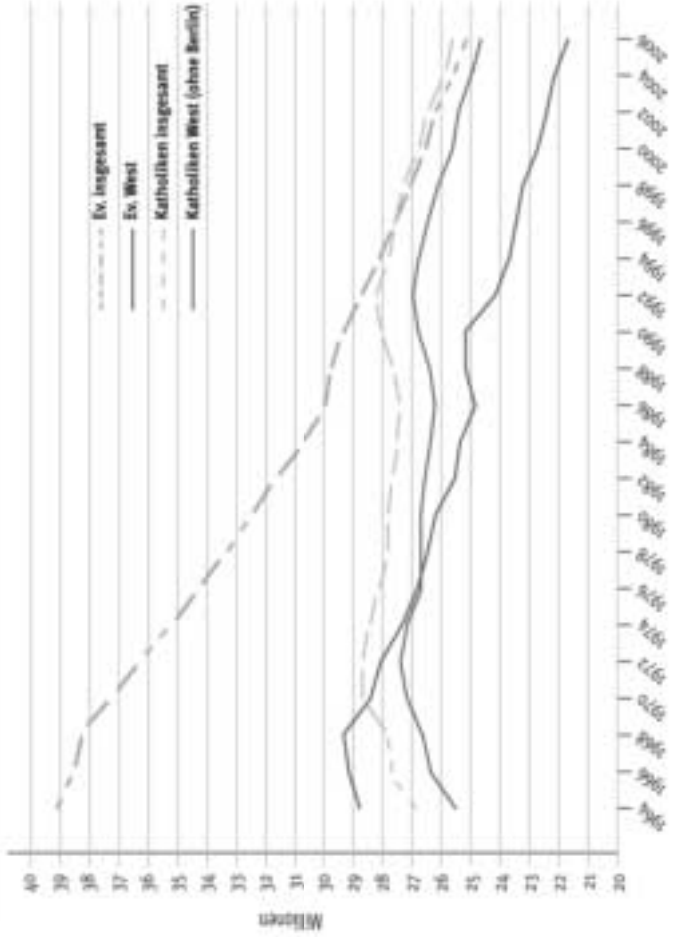


Schaubild 1: Entwicklung der evangelischen und der katholischen Kirchenmitglieder und der Gesamtbevölkerung



Quelle: IFO Berlin

Die demographische Entwicklung

Das Bundesamt für Statistik erwartet bis zum Jahr 2030 einen Rückgang der Bevölkerung in Deutschland um gut 6 Prozent, das heißt um fünf Millionen Menschen. Zuwanderungen dämpfen den demographischen Effekt der starken Überalterung, die durch eine gestiegene Lebenserwartung und eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt verursacht wird. Die demographischen Faktoren treffen die Kirchen umso mehr, als sie zusätzlich durch frühere und heutige Austrittsraten bei jungen Menschen belastet sind. Nach einer eigenen Prognose der EKD ergibt sich, wenn man den Trend zurückliegender Jahre fortschreibt, für den Zeitraum bis 2030 folgende Konsequenz: Die Zahl der Mitglieder der evangelischen Kirche würde dann von 26 Millionen (2003) um ein Drittel auf etwa 17 Millionen (67 Prozent) zurückgehen. Dabei stellt sich die Entwicklung im Bereich der östlichen Gliedkirchen der EKD wegen der dort besonders hohen Überalterung und anhaltender Wanderungsbewegung – namentlich in den Süden und Südwesten der Bundesrepublik – als besonders schwerwiegend dar. Das Fortschreiben der gegenwärtigen Trends führt für diesen Bereich sogar zu einem Absinken der Mitgliederzahl auf 57 Prozent des heutigen Standes. Aber auch in den westlichen Gliedkirchen gibt es eine zunehmende Differenzierung:

Für die Evangelische Kirche im Rheinland wird ein Rückgang auf zwei Drittel des heutigen Bestands prognostiziert, also von drei auf zwei Millionen, für die württembergische Landeskirche dagegen ergibt sich eine Prognose, die bei 85 Prozent des heutigen Bestands liegt. Sehr schwer würde es für die kleineren Landeskirchen, denn in Anhalt gäbe es dann statt 55.000 nur noch 31.000 Evangelische, in Lippe statt 198.000 nur noch 139.000 und in Braunschweig statt 416.000 nur noch 293.000. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Altersstruktur der Gemeindeglieder ungünstig entwickelt: Das Durchschnittsalter steigt selbst in den westlichen Gliedkirchen von 44 Jahren auf 50 Jahre an – so wie heute im Osten. In den östlichen Gliedkirchen wird das Durchschnittsalter der Gemeindeglieder sogar auf über 55 Jahre anwachsen. Daraus ergibt sich, auch wenn die Mitgliederzahl insgesamt um 9 Millionen sinkt, ein konstanter Anteil der über sechzigjährigen Gemeindeglieder von 7 bis 8 Millionen; damit erhöht sich deren relativer Anteil von jetzt 31,3 Prozent auf 41,5 Prozent – mit entsprechenden Konsequenzen für die Schwerpunkte kirchlicher Arbeit. Zugleich sinkt die Zahl der Mitglieder im erwerbsfähigen Alter auf 58 Prozent des heutigen Standes – und zwar auch dann, wenn die Dauer des Erwerbslebens auf 68 oder 70 Jahre steigen sollte.

Das ergibt folgendes Bild:

Altersgruppe	2002	2030
unter 20	4,9 Mio.	2,6 Mio.
21 bis 60	13,1 Mio.	7,7 Mio.
über 60	8,2 Mio.	7,3 Mio.
Insgesamt	26,2 Mio.	17,6 Mio.

Gewaltige strukturelle Veränderungen für alle und eine wachsende Uneinheitlichkeit des kirchlichen Lebens zwischen verschiedenen Regionen sind die Folge.

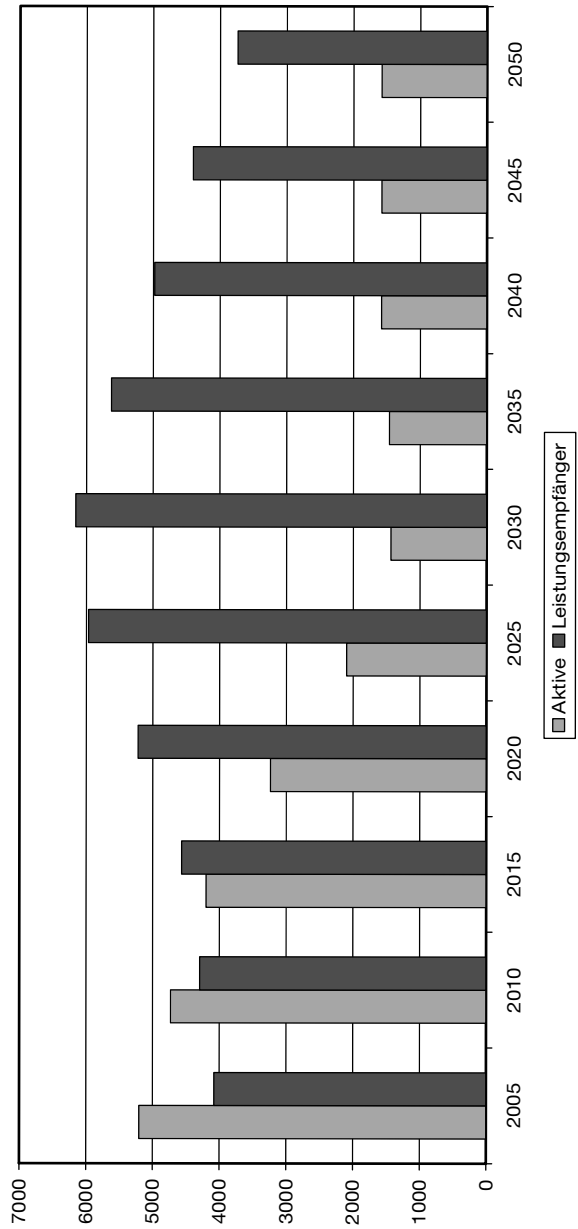
Diese Entwicklung ist mit unterschiedlichen Umfeldbedingungen verknüpft. Für den Osten Deutschlands wird mit Ausnahme der Berliner Region eine starke Bevölkerungsschrumpfung erwartet, städtische Ballungsräume wie München, Nürnberg, Stuttgart oder das Rhein-Main-Gebiet werden weiterhin wachsen. Auch die „Rheinschiene“ sowie Bremen und Hamburg könnten von diesen Entwicklungen profitieren. Zugleich ist mit einer erheblichen Ausdünnung des ländlichen Raumes zugunsten der genannten Ballungsräume zu rechnen.

Die finanzielle Entwicklung

Verlässlich kann man wenig über eine mögliche Kirchensteuerentwicklung über einen Zeitraum von 25 Jahren sagen. Zu wenig wissen wir über Preisentwicklung, sich verändernde Kostenstrukturen, Tarif- und Steuerkonzepte, die wirtschaftliche Lage oder gar die Geldwertentwicklung. Doch dass die kirchliche Arbeit maßgeblich von der Bereitschaft der Gemeindeglieder, sie zu tragen, abhängt, steht fest – unter welchen Finanzierungsformen auch immer. Die Kirchensteuer ist in Deutschland die gute und verlässliche Finanzierungsbasis der Kirchen. Sollte sich in Zukunft deren Gestaltung ändern (z.B. durch staatliche Steuerreformen), wird es erst recht nötig sein, Finanzierungsergänzungssysteme zu entwickeln. Aber solche ergänzenden Finanzierungen – vom Gemeindebeitrag bis zum professionellen Einwerben von Spenden – greifen letztlich immer wieder auf die gleichen Zielgruppen zurück. Allein eine verstärkte Einbeziehung der Rentner und Ruheständler würde zusätzliche Gruppen erschließen.

Insgesamt ist die Entwicklung der Gemeindegliederzahlen und der Mitgliederstruktur eine wesentliche Grundlage für die Abschätzung der künftigen finanziellen Entwicklung. Ließe man – um eine Vorstellung von den bevorstehenden finanziellen Herausforderungen zu entwickeln – einmal die oben genannten unbekannteren Faktoren gedanklich außer Acht, ergäbe sich allein aus der hier skizzierten Mitgliederentwicklung ein Rückgang der Kirchensteueräquivalenz (d.h. der Kirchensteuern und ihrer möglichen Ergänzungsformen) von vier Milliarden Euro heute auf zwei Milliarden Euro im Jahr 2030 nach heutigem Geldwert. Das heißt: Die Basis der kirchlichen Finanzkraft halbiert sich! Allerdings wird dabei die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Landeskirchen zwischen dem Nordosten und dem Süden der Republik zu einem immer stärkeren Ungleichgewicht führen. Dadurch wird der Finanzausgleich zwischen ihnen immer wichtiger; die Solidarität der Gliedkirchen und die Gestaltung ihres Miteinanders ist von wachsender Bedeutung. Zusammengefasst heißt die Diagnose: Bei sinkender Mitgliederzahl um etwa ein Drittel geht die finanzielle Leistungsfähigkeit nahezu um die Hälfte zurück.

Entwicklung der Anzahlen von Aktiven und Leistungsempfängern



Jahr	1 Kirchensteuer- aufkommen	2 Beitragssatz Aktive Pfarrer	3 Beitragssatz Aktive Beamte	4 Beitrag für Aktive	5 Versorgungs- sicherungs- beitrag	6 Beitrag relativ zum Steuer- aufkommen
2007	900 Mio. €	42%	49%	113.058 Tsd. €	66.942 Tsd. €	20%
2008	890 Mio. €	42%	49%	112.940 Tsd. €	65.152 Tsd. €	20%
2009	881 Mio. €	42%	49%	113.245 Tsd. €	62.959 Tsd. €	20%
2010	872 Mio. €	42%	49%	113.305 Tsd. €	61.031 Tsd. €	20%
2011	862 Mio. €	42%	49%	112.754 Tsd. €	59.734 Tsd. €	20%
2012	853 Mio. €	42%	49%	112.999 Tsd. €	57.661 Tsd. €	20%
2013	844 Mio. €	42%	49%	112.953 Tsd. €	55.898 Tsd. €	20%
2014	835 Mio. €	42%	49%	112.406 Tsd. €	54.655 Tsd. €	20%
2015	826 Mio. €	42%	49%	112.210 Tsd. €	53.081 Tsd. €	20%
2016	818 Mio. €	42%	49%	111.456 Tsd. €	52.082 Tsd. €	20%
2017	809 Mio. €	42%	49%	109.921 Tsd. €	51.884 Tsd. €	20%
2018	800 Mio. €	42%	49%	108.878 Tsd. €	51.212 Tsd. €	20%
2019	792 Mio. €	42%	49%	106.245 Tsd. €	52.148 Tsd. €	20%
2020	784 Mio. €	42%	49%	102.448 Tsd. €	54.266 Tsd. €	20%
2021	775 Mio. €	42%	49%	98.128 Tsd. €	56.925 Tsd. €	20%
2022	767 Mio. €	42%	49%	93.670 Tsd. €	59.739 Tsd. €	20%
2023	759 Mio. €	42%	49%	89.137 Tsd. €	62.646 Tsd. €	20%
2024	751 Mio. €	42%	49%	84.856 Tsd. €	65.318 Tsd. €	20%
2025	743 Mio. €	42%	49%	80.179 Tsd. €	68.403 Tsd. €	20%
2026	735 Mio. €	42%	49%	74.733 Tsd. €	72.275 Tsd. €	20%

Finanzplanung 2008–2012

	IST 2007	2008
I. Einnahmen		
1. Kirchensteuer-FA netto	377,5	358,0
2. Pauschsteuer / sonst. Einnahmen	1,4	2,0
3. Clearing netto	55,8	54,0
4. Erstattungen insgesamt	-3,3	-4,0
5. Netto-Kirchensteuer	431,4 ³⁾	410,0
II. Verteilung		
1. EKD-Finanzausgleich	15,4	14,9
2. Clearing-Rückstellung	35,0 ⁵⁾	30,0 ⁵⁾
3. Verteilungssumme	364,6	365,1
4. allg. Haushalt Landeskirche	32,8	32,9
4.1 davon Versorgungssich. Landeskirche	0,3	0,4
5. Haushalt gesamtkirchliche Aufgaben	25,0	27,2
5.1 davon Weltmission / Ökumene	11,8 ⁶⁾	11,9 ⁶⁾
6. Pfarrbesoldungszuweisung	43,0 ^{7) 8)}	52,0 ^{8) 9)}
7. Kirchenkreise	269,4	253,0
(Pfarrbesoldungs-Pauschale)	(95,1) ¹¹⁾	(102,7)
8. Summe 6. und 7.	312,4	305,0

Annahmen:

- 1) nach 2009 jährlich minus 1,5 %
- 2) nach 2009 jährlich minus 3 %
- 3) Aufkommen über 415 Mio. € wurde der Ausgleichsrücklage f. d. KK (2,5 Mio. €) und der Versorg.-sicherungsrückstellung (13,9 Mio. €) zugeführt (Landessynode 2007)
- 4) Ansatz 2009 fortgeschrieben
- 5) zur Sicherstellung der Rückzahlungsverpflichtungen wurden/werden die o. a. Rückstellungszuführungen benötigt
- 6) seit 2006 3,25 % der Verteilungssumme

2009	2010	2011	2012
356,0	350,7 ¹⁾	345,4	340,2
2,0	2,0	2,0	2,0
55,0	53,4 ²⁾	51,8	50,2
-3,0	-3,0	-3,0	-3,0
410,0	403,1	396,2	389,4
14,5	14,5 ⁴⁾	14,5 ⁴⁾	14,5 ⁴⁾
15,0 ⁵⁾	10,0 ⁵⁾	5,0 ⁵⁾	5,0 ⁵⁾
380,5	378,6	376,7	369,9
34,2	34,1	33,9	33,3
1,3	1,3	1,3	1,2
27,2	27,1	27,1	26,9
12,4 ⁶⁾	12,3 ⁶⁾	12,2 ⁶⁾	12,0 ⁶⁾
76,7 ^{8) 10)}	79,4 ⁸⁾	79,9 ⁸⁾	79,8 ⁸⁾
242,4	237,9	235,8	229,9
(96,8)	(98,5)	(100,3)	(102,1)
319,1	317,4	315,7	309,7

7) inkl. 2,5 Mio. € Rücklagenentnahme

8) inkl. der Aufwendungen zur Versorgungssicherung

(2007 = 2,9 Mio. €; 2008 = 6 Mio. €; 2009 = 26,2 Mio.

€; 2010 = 25,4 Mio. €; 2011 = 24,9 Mio. €; 2012 = 24,0 Mio. €)

9) im Jahr 2008 werden ca. 80 Pfarrerinnen und Pfarrer von der Vorruhestandsregelung

Gebrauch machen, 40 Stellen werden wieder besetzt

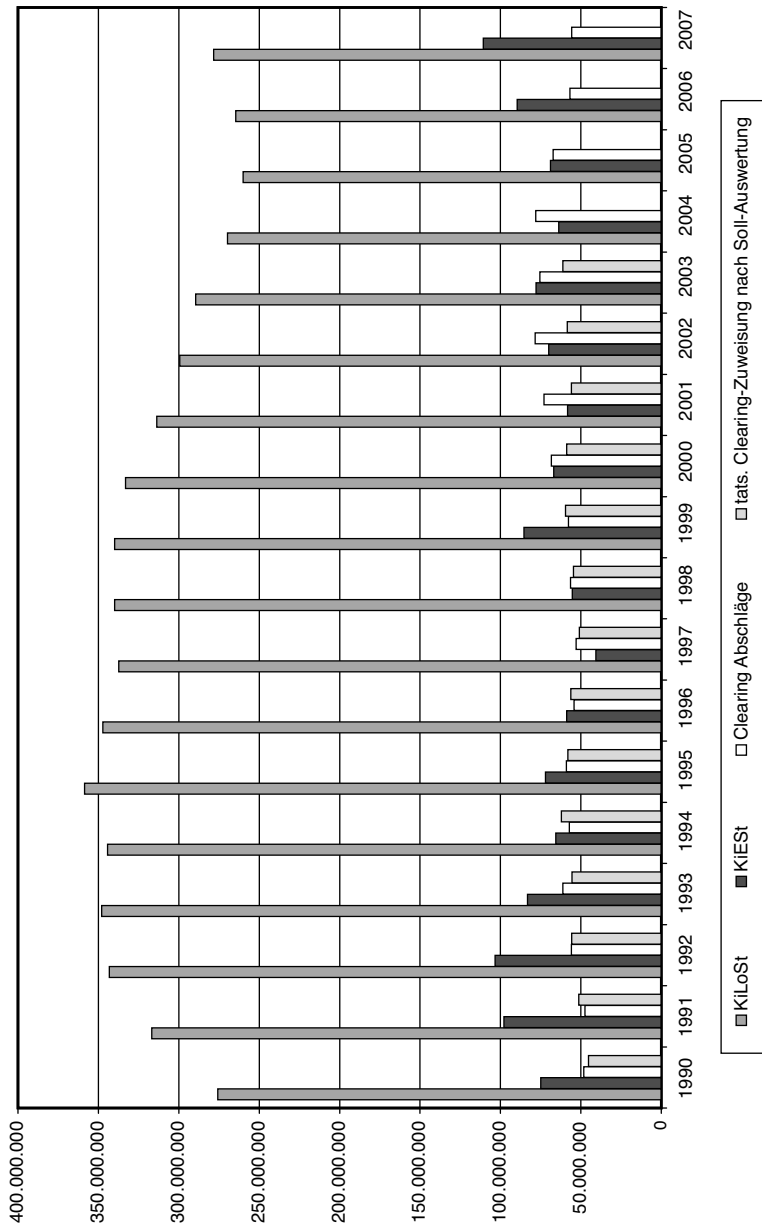
10) im Jahr 2009 werden ca. 100 Pfarrerinnen und Pfarrer von der Vorruhestandsregelung

Gebrauch machen, 50 Stellen werden wieder besetzt

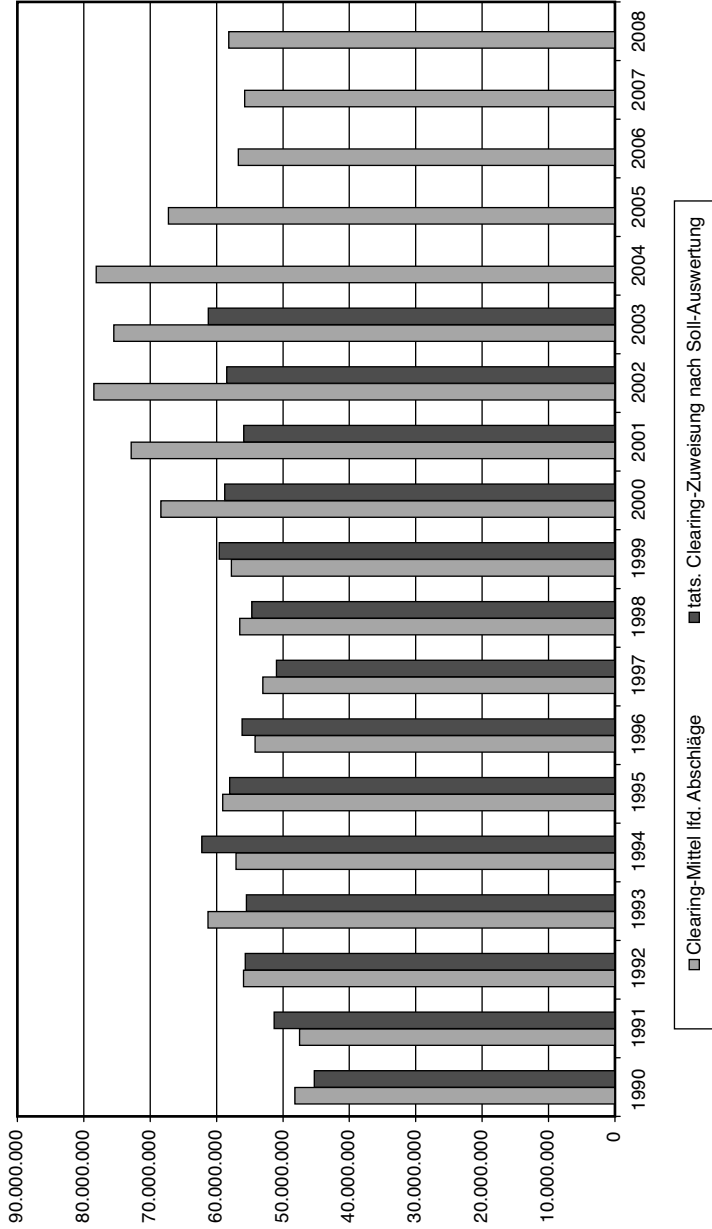
11) ab 2007 werden die Einnahmen und Ausgaben für Religionsunterricht im Haushalt

„Pfarrbesoldungszuweisung“ veranschlagt

KiLoSt, KiESt, Clearing-Abschlüsse u. tats. Clearing-Zuweisung 1990 – 2007

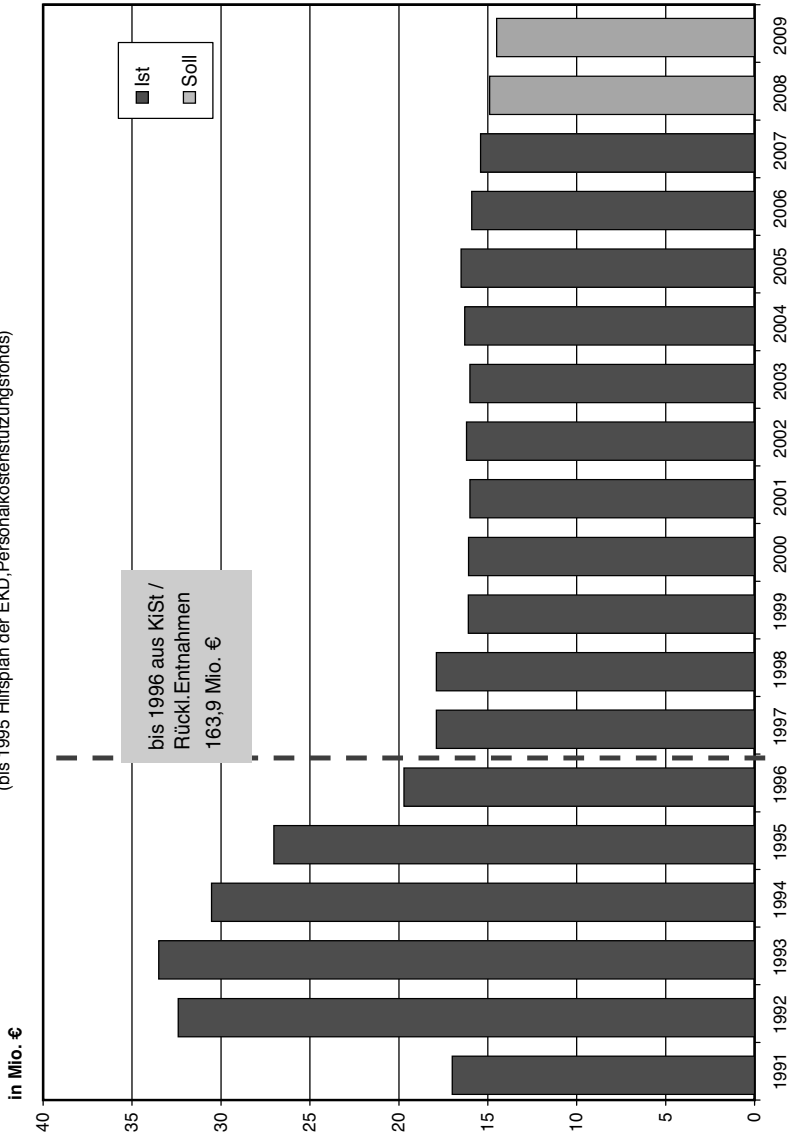


Clearing 1990 – 2008



Entwicklung der Zahlungen für den EKD-Finanzausgleich

(bis 1995 Hilfsplan der EKD, Personalkostenstützungsfonds)

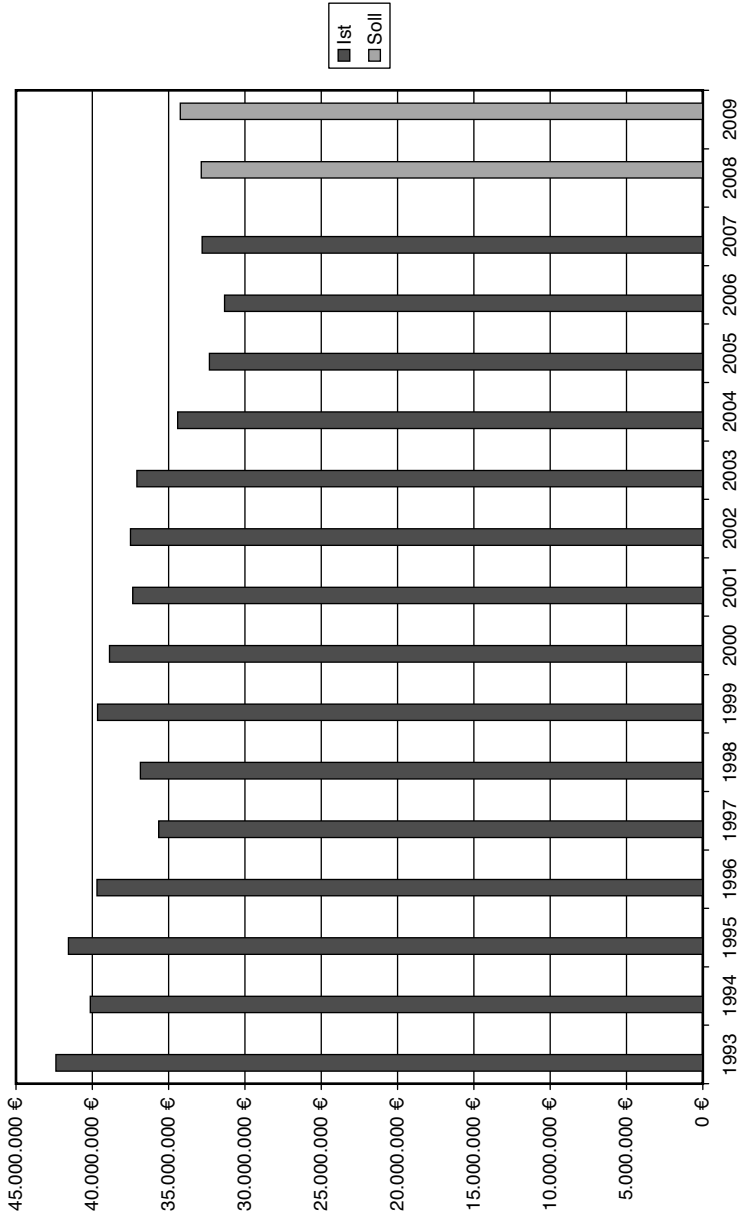


**Aufbringung und Verteilung der Mittel im EKD-Finanzausgleich
Proberechnung für den EKD-Finanzausgleich 2009**

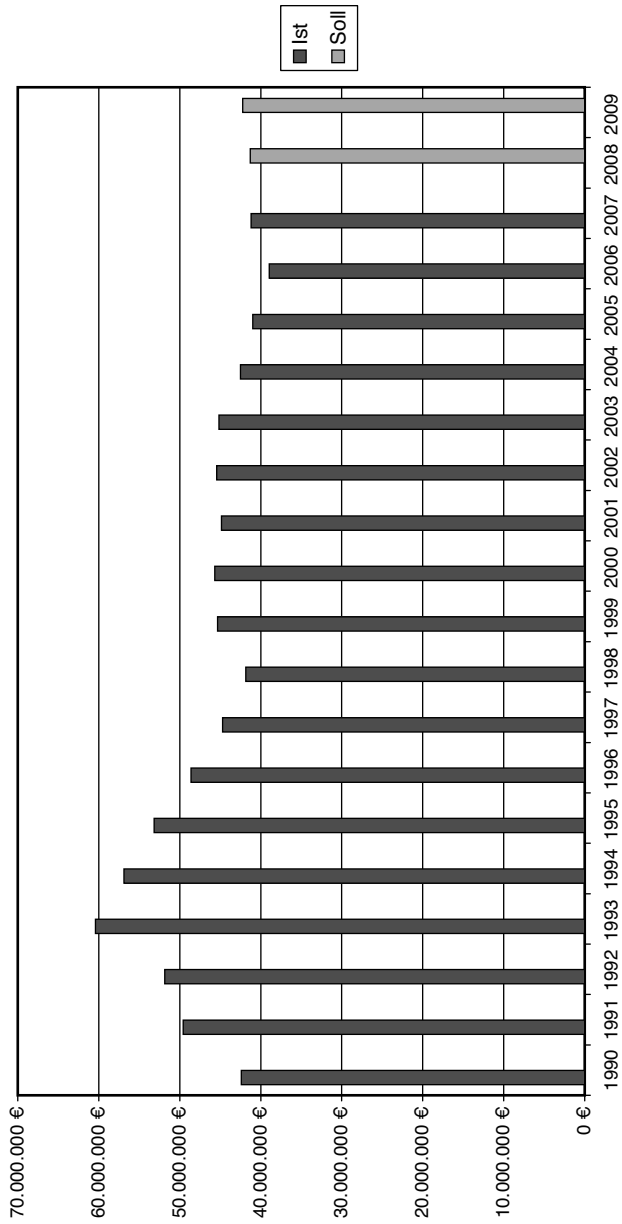
in Mio. €

Gliedkirche	Geber	Nehmer
EKBO-Ausgl.		32,2
Sonderfonds		1,7
Thüringen		27,9
Mecklenburg		13,1
Anhalt		3,2
Sachsen		48,4
KPS		16,6
Pommern		4,0
Oldenburg		1,8
<hr/>		
Hannover	8,2	
Schaumburg-Lippe	0,2	
Ref. Kirche	0,6	
EKBO	4,1	
Bremen	1,0	
Braunschweig	1,6	
Pfalz	4,0	
Nordelbien	10,9	
Westfalen	14,5	
Kurhessen-Waldec,	5,6	
Lippe	1,0	
Baden	10,0	
Bayern	21,6	
Rheinland	22,9	
Württemberg	23,5	
Hessen u. Nassau	19,2	
Gesamt	148,9	148,9

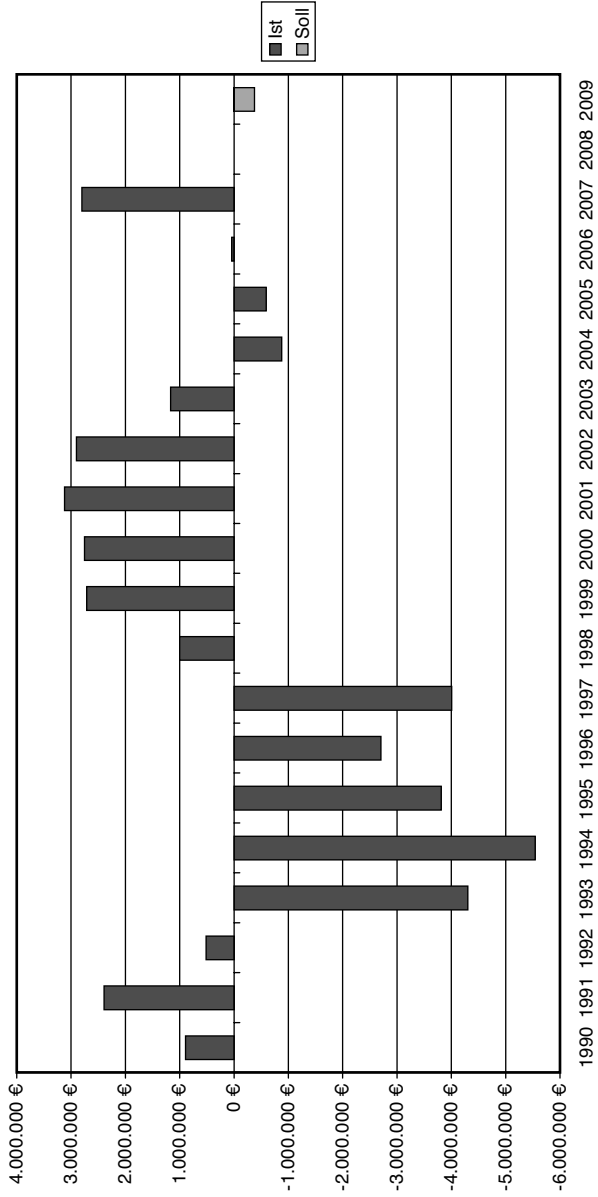
Entwicklung der landeskirchlichen Zuweisung



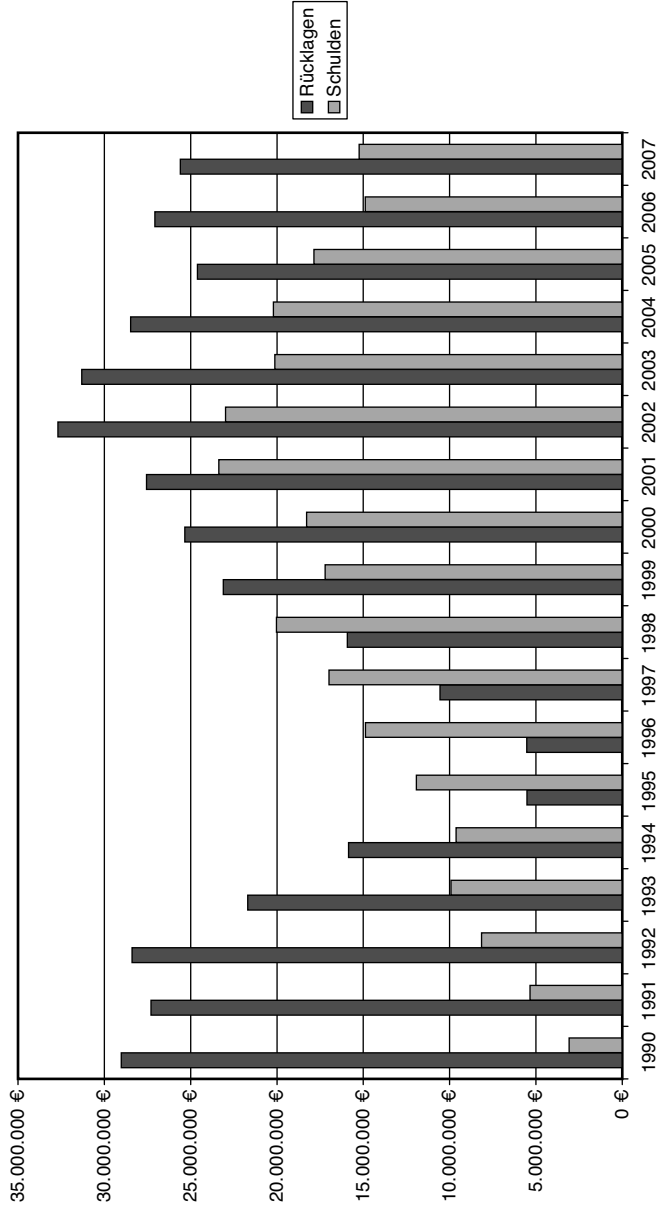
Entwicklung des Haushaltsvolumens des allgemeinen Haushalts



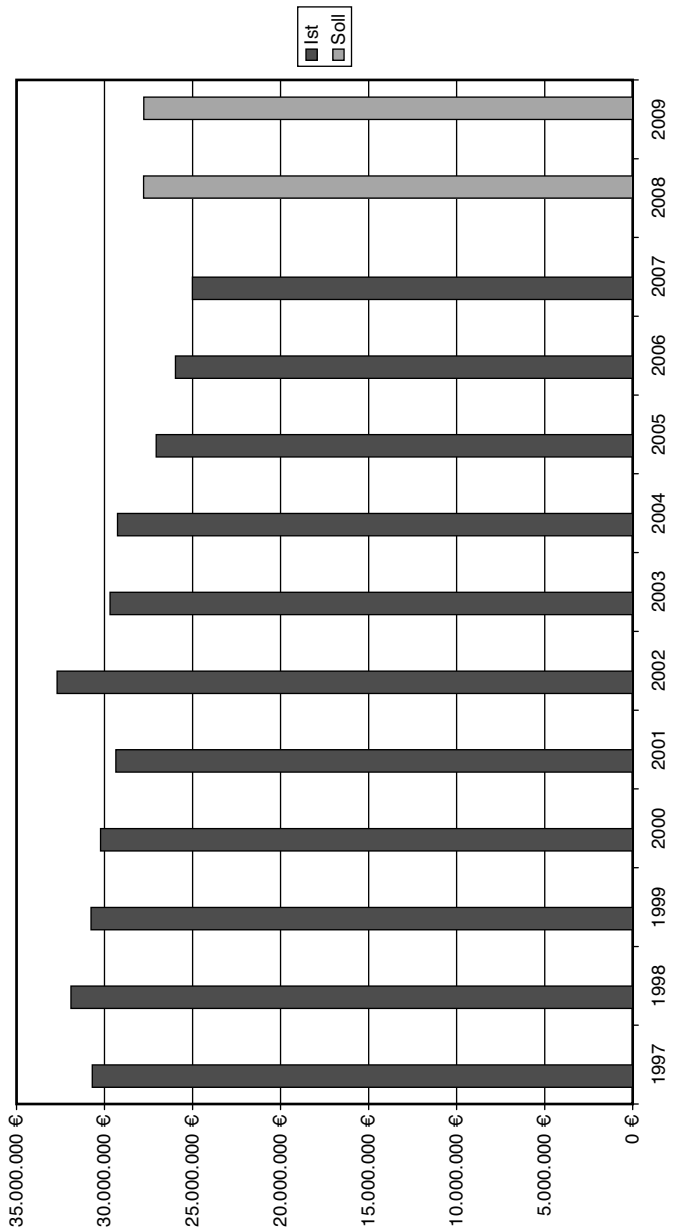
Entwicklung der Jahresüberschüsse/-fehlbeträge des allgemeinen Haushalts



Entwicklung der Rücklagen und Schulden der Landeskirche



Entwicklung des Haushalts „Gesamtkirchliche Aufgaben“ (ehem. Sonderhaushalt Teil I)



Umlageverteilungsmaßstab 2009 unter Berücksichtigung gezahlter und empfangener Finanzausgleichsmittel

Grundlage: Kirchensteuer, Staatsleistungen und Finanzausgleich

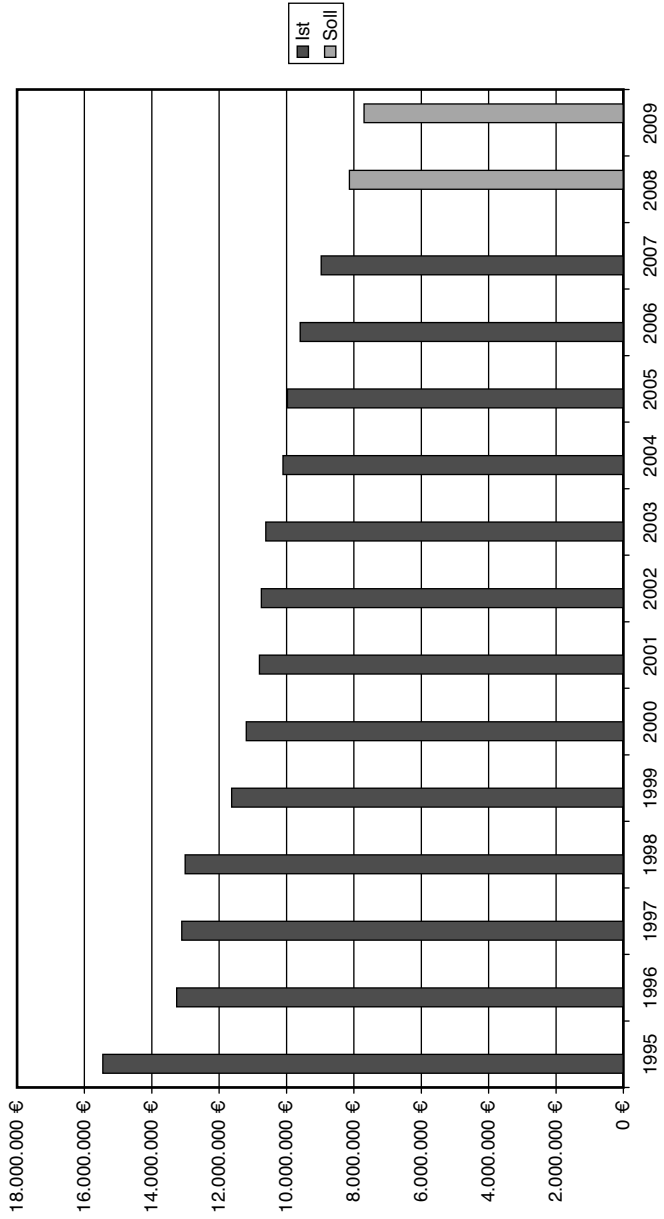
Gliedkirche	Durchschnittl. Kirchensteuer-aufkommen 2002–2007	Erhaltene und gezahlte Finanzausgleichsmittel 2008	Durchschn.KiSt-Aufkommen incl. erhaltene und gezahlte Finanzausgleichsmittel	Durchschnittl. 1/2 Staatsleistungen 2002–2007
	EURO	EURO	EURO	EURO
Anhalt	2.736.964,83	3.080.805,57	5.817.770,40	1.118.121,63
Baden	220.798.808,83	-9.599.552,41	211.199.256,42	6.124.775,82
Bayern	469.604.758,50	-21.047.880,76	448.556.877,74	9.856.586,44
EKBO	140.680.948,97	29.048.537,19	169.729.486,16	9.071.525,15
Braunschweig	52.982.012,17	-1.806.634,34	51.175.377,82	1.834.824,80
Bremen	34.272.088,00	-906.748,60	33.365.339,40	0,00
Hannover	372.180.789,50	-8.268.250,50	363.912.539,00	9.922.127,73
Hessen u. Nassau	391.204.625,17	-18.687.098,99	372.517.526,18	5.970.657,78
KPS				
EKM	73.803.547,67	45.619.499,41	119.423.047,08	14.765.569,57
Kurhessen-Waldeck	131.032.895,33	-5.948.767,45	125.084.127,88	9.972.189,48
Lippe	28.606.923,83	-1.121.785,38	27.485.138,45	353.324,83
Mecklenburg	17.510.366,17	12.656.974,55	30.167.340,72	1.531.506,17
Nordelbien	307.903.094,17	-11.143.497,98	296.759.596,19	5.422.167,98
Oldenburg	50.861.568,83	1.552.448,63	52.414.017,46	1.499.029,91
Pfalz	91.535.664,00	-3.925.035,80	87.610.628,20	4.424.371,09
Pommern	6.993.566,33	4.199.091,53	11.192.657,87	2.973.053,79
Ref. Kirche	22.234.024,17	-600.393,50	21.633.630,66	1.357.913,32
Rheinland	518.252.236,67	-23.732.383,50	494.519.853,16	5.072.452,36
Sachsen	69.750.170,00	46.870.721,25	116.620.891,25	7.510.206,82
Schaumburg-Lippe	7.549.571,83	-170.435,08	7.379.136,75	201.954,98
Thüringen				
Westfalen	400.621.903,67	-14.876.251,89	385.745.651,77	1.849.795,42
Württemberg	466.123.042,33	-23.085.624,49	443.037.417,84	15.688.203,26
Summe	3.877.239.570,97	-1.892.262,55	3.875.347.308,41	116.520.358,31

Anlage 14

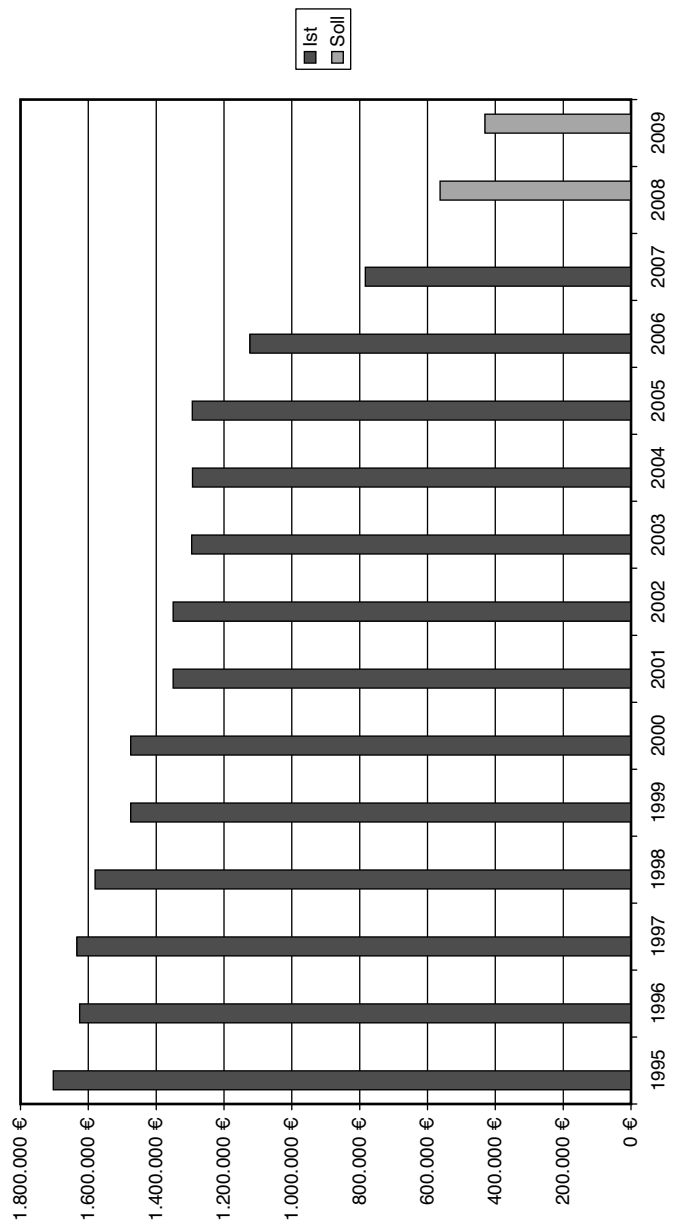
Kirchenamt der EKD – W. Bönisch –

Durchschnittl. Kirchensteueraufk. incl. Finanzaus. und 1/2 Staats- leistungen	Kirchen- mitglieder (Stand 31.12.06)	Pro-Kopf-Aufk. Kirchensteuer incl. Finanza. als Prog.Faktor	Messzahl	EKD- Umlage- verteilungs- maßstab 2009	zum Vergleich: EKD-Umlage- verteilungs- maßstab 2008
EURO	Anzahl	EURO	EURO	%	%
6.935.892,03	50.367	115,51	801.164.888,57	0,12656407%	0,14046788%
217.324.032,24	1.299.037	162,58	35.332.541.162,37	5,58166028%	5,35864203%
458.413.464,18	2.641.790	169,79	77.834.022.082,66	12,29583424%	11,88711002%
178.801.011,31	1.165.415	145,64	26.040.579.286,51	4,11376205%	4,31973528%
53.010.202,63	405.931	126,07	6.682.996.244,97	1,05574673%	1,18765158%
33.365.339,40	240.547	138,71	4.628.106.227,79	0,73112535%	0,72292569%
373.834.666,73	3.034.191	119,94	44.837.729.927,00	7,08324303%	7,64857509%
378.488.183,96	1.794.947	207,54	78.551.437.698,06	12,40916801%	11,42790331%
			0,00	0,00000000%	1,30741310%
134.188.616,64	934.476	127,80	17.149.305.207,22	2,70916250%	0,00000000%
135.056.317,36	950.301	131,63	17.777.463.053,80	2,80839578%	3,02019689%
27.838.463,28	193.458	142,07	3.955.010.478,61	0,62479301%	0,69198400%
31.698.846,89	208.532	144,67	4.585.872.178,88	0,72445343%	0,73425549%
302.181.764,17	2.109.960	140,65	42.501.865.131,16	6,71423465%	7,02444183%
53.913.047,38	463.448	113,10	6.097.565.658,28	0,96326329%	1,02623015%
92.034.999,29	603.790	145,10	13.354.278.397,38	2,10964292%	2,12925347%
14.165.711,66	102.752	108,93	1.543.070.970,76	0,24376673%	0,26353858%
22.991.543,98	186.454	116,03	2.667.708.848,22	0,42143146%	0,44826406%
499.592.305,52	2.919.699	169,37	84.615.948.785,43	13,36720951%	13,88498396%
124.131.098,07	823.487	141,62	17.579.446.108,89	2,77711404%	2,62837195%
7.581.091,73	61.182	120,61	914.355.473,48	0,14444536%	0,15531678%
			0,00	0,00000000%	1,44877436%
387.595.447,19	2.606.901	147,97	57.352.498.320,74	9,06026431%	9,47908728%
458.725.621,10	2.304.062	192,29	88.208.349.681,01	13,93471925%	13,06487721%
3.991.867.666,72	25.100.727		633.011.315.811,79	100,00000000%	100,00000000%

Entwicklung der Umlagen an die EKD inkl. Diakonisches Werk und Ostpfarrerversorgung



Zuwendung an die UEK und Alt-EKU





■ 1. GRUSSWORT VON STUDIENSEKRETÄR DR. DR. PETER PAVLOVIC

Kommission Kirche und Gesellschaft

Konferenz der Europäischen Kirchen

Liebe Schwestern und Brüder,
sehr geehrte Mitglieder der Synode,

vielen Dank für die Einladung zur diesjährigen Sitzung der Synode. Es ist eine Ehre und Freude für mich, hier zu sein. Meine Anwesenheit hier sehe ich als ein Zeichen.

1. Ein Zeichen der Partnerschaft.

Ein Zeichen, dass die Konferenz der Europäischen Kirchen – und besonders ihre Kommission für Kirche und Gesellschaft – für die Evangelische Kirche von Westfalen keine fremde Organisation ist. Zwischen der KEK und der Evangelischen Kirche von Westfalen existiert eine ziemlich lebendige Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen und bei verschiedenen konkreten Projekten.

Wir sind dankbar für die Unterstützung, die wir in der KEK von der Westfälischen Landeskirche in vielen Hinsichten bekommen.

Die Zusammenarbeit mit den Kirchen auf der nationalen und der regionalen Ebene ist für die KEK von großer Wichtigkeit. Aber sie ist noch viel mehr als das: Für die KEK ist sie lebensnotwendig. Die KEK ist nicht und will nicht nur ein Büro sein mit einigen Mitarbeitern in Brüssel, Strassbourg oder Genf, die sich um abstrakte theologische Fragen kümmern. Wir können unser Mandat als Verbindung zwischen dem Leben der Kirchen und der politischen Entwicklung in Europa nur dann erfüllen, wenn wir mit den Kirchen in Europa gut kooperieren.

Daran zu erinnern ist im Moment besonders wichtig, da wir uns mitten in der Vorbereitung für die nächste, schon die dreizehnte, Vollversammlung der KEK, sowie auch für die Feier des 50-jährigen Jubiläums der KEK befinden, die im Juli 2009 in Lyon stattfinden wird.

2. Ein Zeichen der Zusammenarbeit an dem Thema Globalisierung.

Seit einigen Jahren steht das Thema Globalisierung ganz oben auf der Agenda der Kommission für Kirche und Gesellschaft der KEK. Das passt genau zu der ähnlichen Entwicklung in der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Die Finanzkrise der vergangenen Wochen erinnert uns daran, warum es nötig ist, Globalisierung als das Thema für unsere Arbeit in den Kirchen ernst zu nehmen.

In einer Welt, in der die Wette und ihre Derivate als Finanzprodukte bezeichnet werden, in der Regierungen bereit sind, die Schulden, die durch diese Finanzprodukte verursacht sind, ohne weiteres zu zahlen, die Schulden, die um ein Mehrfaches größer sind als die Investitionen, die notwendig wären, um den Hunger von Millionen von Menschen total zu beseitigen und für welche scheinbar nicht genug Geld und politischer Wille vorhanden ist, klappt etwas nicht.

In dem System, das das Geld – und nur das Geld – zu seinem absoluten Wert gemacht hat, dem alles untertan ist, ist etwas falsch.

Dietrich Bonhoeffer hat uns an eine wichtige Unterscheidung erinnert, die Unterscheidung zwischen der teuren und der billigen Gnade. Es ist für uns heute eine große Frage, was wir für teuer und was für billig halten. Ist es in der Tat so, dass wir für die Rettung der Finanzinstitutionen und des Finanzsystems hunderte von Milliarden Euro übrig haben und für die Rettung des Lebens von Menschen nicht? Was ist teuer und was billig auf dieser Welt?

Kirchen haben die Verantwortung, im Dialog mit der Macht zu sein. Mit der politischen wie auch mit der wirtschaftlichen Macht. Es ist die Aufgabe der Kirchen, in der Situation der heutigen Krise und Werteverunsicherung daran zu erinnern, dass nicht das Geld, die Banken und die Finanzinstitutionen, sondern Liebe und Menschenwürde die teuersten Werte dieser Welt sind.

Wie können wir gemeinsam einen effektiven Dialog, der gerade diese Frage auf den Tisch bringt, organisieren? Einen Dialog auf der regionalen, nationalen und internationalen Ebene? Das ist eine der tiefen Fragen und Herausforderungen für uns heute.

Ein Dialog der Kirchen mit der Macht auf verschiedenen Ebenen hat einen komplementären Charakter. Was regional, national, europäisch und global ist, ist eng miteinander verbunden. Keine dieser Ebenen kann von der anderen getrennt werden, keine darf vernachlässigt werden.

Die Frage und die Herausforderung eines effektiven Dialogs mit der Macht macht uns aber nicht nur Sorgen. Meine Anwesenheit hier ist auch die Gelegenheit, für die gute Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche von Westfalen zu danken und die Hoffnung auszudrücken, dass diese Zusammenarbeit weiter fortgesetzt und noch intensiviert wird.

Vielen Dank.

■ 2. GRUSSWORT VON REV. DR. WALLACE KUROIWA United Church of Christ, USA

Sehr geehrter Präses Buß,
sehr geehrte Mitglieder der Kirchenleitung, hohe Synode!

Die Gnade Gottes und der Friede Jesu Christi sei mit Ihnen allen! Es ist mir eine große Ehre und Freude, bei diesem äußerst wichtigen Anlass bei Ihnen zu sein. Ich freue mich sehr, Ihnen die Grüße der United Church of Christ in den Vereinigten Staaten, ihrer 5.400 Gemeinden und 1.3 Millionen Mitglieder, überbringen zu dürfen. Insbesondere möchte ich Ihnen die herzlichen Grüße unseres Kirchenpräsidenten, John Thomas, überbringen. Rev. Thomas hätte seine Grüße gern persönlich übermittelt, konnte aber leider wegen anderweitiger Verpflichtungen nicht kommen. In jedem Fall möchte ich Sie von ihm und von der gesamten United Church of Christ, Ihrer Schwesterkirche, im Namen unseres Herrn Jesus Christus grüßen. Wir mögen zwar durch unsere Geographie, Kultur und unseren gesellschaftlichen Kontext getrennt sein, doch sind wir durch Gottes Wort darin versichert, eins zu sein in Jesus Christus.

Einen Tag nach den Wahlen in den USA lautete die Schlagzeile meiner Tageszeitung: „Die Wende ist gekommen!“ Die meisten von uns in den USA, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung, glauben ernsthaft daran, dass sich die amerikanische Politik grundlegend wandeln wird. Und wie ich in den letzten Tagen hier beobachtet habe, ist es das, was viele von Ihnen auch glauben. Aber wie der neugewählte Präsident Obama in seiner ersten Rede nach der gewonnenen Wahl sagte: „Erwartet nicht, dass sich sofort etwas ändern wird – nicht einmal in einem Jahr oder sogar in einer Amtsperiode.“ Und er hat gute Gründe für diese Bemerkung.

Wir leben in Zeiten großer Herausforderungen. Unsere Welt steht am Rande einer finanziellen Katastrophe, die vor allem durch die ungezügelte Gier meiner Landsleute ausgelöst wurde. Wir sind weiterhin in einem Krieg im Irak gefangen, der größtenteils durch die ideologischen Bestrebungen meiner Regierung ausgelöst wurde. Dieser Krieg hat unvorstellbar viele Menschenleben gefordert, Ressourcen verbraucht, die anderweitig hätten eingesetzt werden können, und Bitterkeit bei denen hervorgerufen, die unsere Verbündeten hätten sein können. Unser fragiler Planet befindet sich in einer Abwärtsentwicklung hin zu einer Ökokatastrophe, die auf unserem fehlenden Willen beruht, uns unserer groben Missachtung der guten Schöpfung Gottes zu stellen. Unsere globale Familie ist durch massive Ungerechtigkeiten getrennt: Eine kleine Elite genießt unglaublichen Wohlstand, während Milliarden in unvorstellbarer Not und Elend leben. Wie der weise Mordechai Esther

warnte, als er sie ermutigte, den Mächtigen die Wahrheit zu verkünden, so hat Gott Sie geschaffen für Zeiten wie die heutigen.

Ich durfte im letzten Monat Präses Buß, Mitglieder der Kirchenleitung und andere Fachleute in die Hallen der Macht in Washington D.C. begleiten, in die Weltbank nämlich, wo sie die Pharaonen der Moderne herausgefordert haben, die Völker der ärmsten Länder der Welt gehen zu lassen und ihnen illegitime Schulden zu erlassen.

Wir sind dazu berufen, Kirche zu sein für Zeiten wie diese. Wir sind dazu berufen, eins zu sein: eins im Mut, eins im Mitleid, eins im Glauben, in der Hoffnung und in der Liebe. Sie in der Evangelischen Kirche von Westfalen arbeiten und leben glaubwürdig und bestimmt an dieser Aufgabe. Die Richtung, die Sie durch den Heiligen Geist für sich selbst gewählt haben, zeigt diese Glaubwürdigkeit. Sie bearbeiten das Thema Globalisierung mit der nötigen Behutsamkeit und Kritik. Ihre Arbeit am Thema Klimagerechtigkeit bezeugt Ihre prophetische Stimme und Liebe für Gottes gute Schöpfung.

Als die United Church of Christ in den USA danken wir Ihnen für Ihr treues Zeugnis im Namen unseres Erlösers. Wir beten darum, dass sich diese Sitzungstage für Sie als fruchtbar erweisen mögen.

■ 3. GRUSSWORT VON FRAU MODERATORIN MARIA BONAFEDE Waldenser Kirche, Italien

Sehr geehrter Herr Präses, hohe Synode,

ich überbringe Ihnen die Grüße der Waldenser Kirche – der Union der Waldenser- und Methodistenkirchen in Italien und unsere Dankbarkeit für die Beziehungen geschwisterlicher Gemeinschaft, die unsere Kirchen seit Jahrzehnten miteinander verbinden.

Das Thema der Globalisierung, das im Zentrum Ihrer Synode steht, wird auch bei uns viel diskutiert.

In gewissem Sinne leben wir evangelische Christinnen und Christen in Italien seit Jahrzehnten, ja sogar seit Jahrhunderten im Geiste der Globalisierung; und zwar darum: Es hat uns immer geholfen und getröstet zu wissen, dass unser protestantischer Glaube eine weltweite Leidenschaft, ja, eine globale Erscheinung ist, um die aktuelle Terminologie zu gebrauchen.

Wir waren und sind uns dessen bewusst, dass die bei uns in Italien immer wieder verworfenen oder verdrängten reformatorischen Anliegen eine weltweite Angelegenheit mit einer ökumenischen Tragweite waren und sind. Auch dann, wenn wir uns von der eigenen lokalen Situation beeinflusst wussten, haben wir zu jeder Zeit versucht, evangelisch global zu denken.

Dank der Beziehungen, die wir zu Kirchen in anderen Ländern hatten, konnten wir globale Perspektiven gewinnen. All das ist nicht unser Verdienst gewesen; und nur darum erwähne ich es hier. Lokal verwurzelt zu leben und gleichzeitig global zu denken, dazu haben uns die vielen Brüder und Schwestern im Ausland geholfen, die in uns das Bewusstsein haben wachsen lassen, zur einzigen Kirche Jesu Christi zu gehören.

Es ist für mich deshalb keine Überraschung, zu erfahren, dass wir – die kleine Waldenser Kirche und die große Westfälische Landeskirche – beide mit den Herausforderungen und den Problemen zu tun haben, die die Globalisierung mit sich bringt. Sie und wir versuchen sie theologisch und biblisch im Geiste der Reformation anzugehen.

Es geht in der Diskussion auch bei uns um das Suchen von Alternativen zur globalen Wirtschaftsordnung, die vom Liberalismus ohne Regeln und Kontrollen bestimmt ist. Wichtig scheint mir dabei, dass wir bei dieser Suche sowohl die Notwendigkeit, den Glauben zu bekennen als auch die Autonomie der Politik ernst nehmen. In diesem Bemühen sind wir dankbar, zur Leuenberger Kirchengemein-

schaft zu gehören, als einem Ort der gegenseitigen Ermahnung und Erbauung (1. Thess 5,11) zwischen Reformierten und Lutheranern.

Luther warnt uns vor der Gefahr der Vergesetzlichung des Evangeliums; Calvin warnt uns vor der Gefahr der Geringachtung der königlichen Herrschaft Gottes über die gesamte Schöpfung. Diese Dialektik ist gerade in der theologischen und ethischen Auseinandersetzung mit der Globalisierung absolut grundlegend.

Die Globalisierung bringt Migrationen und neue Begegnungen zwischen Völkern, Kulturen und Religionen mit sich. Dabei beobachten auch wir in Italien das Zunehmen von Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus. Es handelt sich dabei um heillose Folgen der Angst vor dem Anderen.

Immer stärker verbreitet sich in Italien eine anti-muslimische Haltung, die „christlich“ eingefärbt wird. Die zwei ältesten religiösen Minderheiten Italiens, die Protestanten und die Juden, sehen sich auch von ihrer Geschichte her verpflichtet, für eine vollständige Religionsfreiheit und für die Rechte der muslimischen Mitbürger und Mitbürgerinnen einzutreten.

Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass endlich ein Gesetz zur Religionsfreiheit verabschiedet wird, das einige Normen des alten faschistischen Kodexes, der noch in Geltung ist, überwindet. Diese Normen diskriminieren nämlich all diejenigen Religionsgemeinschaften, die noch keine Vereinbarungen mit dem italienischen Staat abgeschlossen haben.

Bis jetzt ist es keiner Regierung, weder von links noch von rechts, gelungen, wirklich auf die Missbilligung der katholischen Hierarchien dieses Gesetzes zu reagieren. Unseres Erachtens ist jedoch dieses Gesetz grundlegend für einen Fortschritt der Religionsfreiheit in Italien.

Die Globalisierung bringt auch die sogenannte „Revanche Gottes“, das heißt, das Wiederaufkommen von Religionen mit fundamentalistischen, polemischen, aggressiven und manchmal sogar gewalttätigen Zügen mit sich. Und wir glaubten, wir lebten in der von Bonhoeffer beschriebenen religionslosen Welt des „mündigen Menschen“!

Es tauchen wieder alte Entgegensetzungen auf, wie z. B. diejenigen zwischen Religion und Säkularisation, zwischen Relativismus und Wahrheit und zwischen kleinkaligen und antireligiösen Haltungen. In diesem Zusammenhang versuchen wir, einen Weg zu finden, der sich von der Reformation inspirieren lässt. Ich habe Ihnen die deutsche Übersetzung einer Denkschrift mit dem Titel „Erklärung zur ökumenischen und kulturellen Lage in Italien“, die von der letzten gemeinsamen Sitzung der Synode der Waldenser und der Hauptversammlung der Baptisten gebilligt worden ist, mitgebracht. In ihr versuchen wir dialektisch Stellung zu nehmen.

Auf der einen Seite denken wir, dass eine saubere Trennung zwischen Religionen und Staat und die daraus folgende Säkularisierung des öffentlichen Lebens, unabdingbare Voraussetzungen für einen wahren, auf den Menschenrechten basierenden, Pluralismus sind.

Auf der anderen Seite sehen wir unsere Aufgabe darin, das Evangelium ohne Privilegien, aber auch ohne Zurückhaltung, zu predigen, ohne dabei zu vergessen, dass das Evangelium eine Infragestellung, ja sogar eine Krise jeder Kultur ist. Vielleicht kann diese unsere Denkschrift auch für Sie Denkanstöße geben.

Ich wünsche Ihnen allen, sehr verehrter Herr Präses und hohe Synode, inspirierte Beratungen, mutige Beschlüsse und vor allem Gottes Segen.

■ 4. GRUSSWORT VON PFARRER DR. ARTURO BLATEZKY
Evangelische Kirche am La Plata,
Leiter der Ökumenischen Menschenrechtsbewegung in Argentinien

Sehr geehrter Herr Präses Buß,
liebe Freundinnen und Freunde der Evangelischen Kirche von Westfalen,

ich freue mich sehr, Sie im Namen unserer Evangelischen Kirche am La Plata begrüßen zu können. Ich möchte diese Begrüßung mit einem besonders herzlichen Dank verbinden für die vielen wichtigen Dinge, die seit fast 170 Jahren unser gemeinsames Leben und Zeugnis als Christen und Christinnen in Westfalen und am La Plata ausmachen. Darunter möchte ich ausschnittweise nur Folgendes nennen:

- Uns verbindet seit 1842 unsere Identität und Mission als Kirche der Union, seitdem Gründungsmitglieder wie der erste Pfarrer unserer Kirche aus dem unierten Westfalen an den La Plata kamen;
- aber auch später bildeten vor allem Auswanderer aus Westfalen den größten Anteil unserer Gemeinden. Aus keiner Landeskirche sind in unserer Geschichte so viele Pastoren zu uns gekommen wie eben aus Westfalen. Für jeden, den Sie zu uns gesandt haben, sowie für jede und jeden, der heute in dieser unserer Schwesterkirche mit uns verbunden ist, möchte ich Ihnen herzlich danken, ich kann sie unmöglich aufzählen.

Erlauben Sie mir trotzdem, zwei dieser Pastoren besonders zu erwähnen, denn sie waren und sind sowohl für unsere Kirche wie für mich und meine Familie besonders wichtig: Armin Ihle aus Lüdenscheid war Mitbegründer und erster Leiter der Flüchtlingsorganisation unserer Kirchen am La Plata, als Helmut Frenz und seine Pastoren das Leben vieler Verfolgter in Chile rettete, indem er sie nach Argentinien schleuste. Gott allein kennt die Ängste der Familie Ihle, als die argentinische Antikommunistische Allianz ihnen mehrfach Todesdrohungen zukommen ließ, bis sie Argentinien verlassen mussten.

Ich möchte außerdem besonders Wilhelm Arning nennen, der ebenfalls in der schweren Zeit der Diktatur nicht nur als Exekutivsekretär unserer Kirche für diese von größter Bedeutung war. Er war damals gleichzeitig auch im Namen der EKaLP Gründungs- und Vorstandsmitglied der Ökumenischen Menschenrechtsbewegung; er war es, der meine Frau – eine deutsche Juristin – damals ermunterte, ihre Arbeit im Büro des MEDH aufzunehmen und mich – im Namen unserer Kirche – in den Vorstand derselben delegierte. Für beide möchte ich Ihnen besonders danken.

Lassen Sie uns im Angedenken dieser Zeit und der 30.000 Verschwundenen, unter ihnen tausende von Deutschstämmigen, an Elisabeth Käsemann erinnern, die ganz in der Nähe geboren und aufgewachsen ist.

Heute verbindet uns sowohl die herzliche, schwesterliche Verbundenheit dieser gemeinsamen Geschichte und die bewusste Erinnerung ihrer tiefen Bedeutung, wie auch zwei weitere enorm wichtige Tatsachen:

Die EKvW repräsentiert im eigensten Sinn unsere Identität und Partnerschaft in Deutschland, indem sie ja – aufgrund dieser langen und bedeutenden Geschichte vielleicht fast selbstverständlich – die Tradition der Evangelischen Kirche der Union übernommen hat und weiter erhält.

Aber es geht heute noch um viel mehr: Gerade indem die Westfälische Landeskirche uns mit unserer ursprünglichen Identität verbindet, tragen und ermöglichen Sie auch in besonderer Weise unsere Missions- und Diakonienprojekte mit den ärmsten Menschen unseres Volkes seit Jahrzehnten mit ebensolcher Großherzigkeit wie Treue – für beides möchte ich Ihnen allen wie jeder und jedem von Ihnen im Namen dieser Armen danken. Unsere vielen – kleinen und oft stümperhaften Versuche –, bewusst Kirche in der Nachfolge Jesu zu sein, also Kirche, die jeden Tag neu lernen will, sich vor allem anderen zu fragen: „Und was würde Jesus dazu sagen?“ und danach zu handeln. Wir wollen eine Kirche sein, die versucht, im Kreuz der heute Leidenden das Kreuz Jesu zu entdecken und durch diese Kreuze hindurch den Weg seiner Nachfolge zu gehen. Ich danke Ihnen, dass Sie das ermöglichen und bei uns zusammen mit uns versuchen.

Erlauben Sie, dass ich in diesem Zusammenhang Ihnen, Herrn Präses Buß, für Ihre Predigt am Sonntag sowie Ihren Bericht ebenso wie Frau Superintendentin Muhr-Nelson für ihre Predigt danke. Beide haben in entscheidender Weise noch einmal unsere gemeinsame Identität der „Theologia Crucis“ hervorgehoben, z.B. wenn in Anlehnung an Metz die „Autorität der Armen“ und die radikale „Compassio Dei“ für die Ärmsten als Grundlage des Wesens und der Mission unserer Kirchen erinnert wurde: Genau das ist gemeint, wenn wir in unserer Kirche von der vorrangigen „Option für die Armen“ sprechen und danach zu handeln versuchen.

Auf diesem Weg der gemeinsamen Versuche der Nachfolge erlebte ich in den letzten Wochen interessante Berührungspunkte. Auch wir haben gerade unsere Synode hinter uns, die vom 9. bis zum 13. Oktober in Misiones, der nördlichen Provinz Argentiniens tagte. Nach zwei Synoden zum Thema „Kirche und Ökonomie“ waren wir soweit, uns zu fragen, wie uns dieses ganz direkt betrifft, so dass wir uns auf die Frage unserer „Mission und Evangelisation“ konzentrierten.

Ausgangspunkt und Leitfaden unseres Zusammenseins, unserer Überlegungen, aber auch unser Feiern war das Wort:

„Jesus zog durch die Städte und Dörfer, er lehrte in den Synagogen, verkündete die Gute Nachricht vom Reich Gottes und heilte Krankheiten und Leiden. Als er das Volk sah, schmerzte es ihn in seinem Innersten, denn er sah, dass das Volk geschunden und niedergetrampelt war, wie Schafe, die keinen Hirten haben.“

Wir haben in unserer Vorbereitungsgruppe zur Synode diesen Text gewählt, weil es uns zutiefst fasziniert hat, dass Jesus weder ein Symposion im Tempel noch bei Pilatus einberuft, sondern sich einfach unter die Menschen – die ALLE das Volk Gottes, sein Volk sind – mischt, ihr Leid teilt, von ihnen lernt, welches seine Berufung ist und – wo er kann – für sie einsteht. Uns hat zutiefst bewegt, wie tief er die Unterdrückung, das Geschundensein, die Niedergeworfenheit, aber auch den Stiefel auf dem Rücken seines Volkes an sich selbst erlitten hat – und wie ihn dieses empört hat. Der Text ist im Griechischen eindeutig: Es zerriss ihm sein Innerstes, sein in den Staub der Straße hingeworfenes Volk zu sehen – und kein Hirte rührt sich!

Da gestaltet niemand etwas: Weder die Römer – Herren der Globalisierung – noch die eigenen Führer des Volkes und auch nicht die Priester im Tempel: Jesus überkommt das Wort des Sehers Micha: „Ihr alle, falschen Hirten (Verführer würde Bonhoeffer sagen...) reißt meinem Volk das Fleisch vom lebendigem Leib und redet mit vollen Backen von Frieden“, wo es doch kein Frieden für mein Volk gibt, sondern einen erbarmungslosen Krieg ...

Und das lässt mich nicht los, wenn ich auf den Einkaufswagen schaue:

Was sehen wir, Sie und ich, wenn wir uns den Wagen ansehen? Sicher ein paar Flaschen Milch, Brot, Gemüse, Fleisch, Waschpulver, vielleicht sogar einmal ein Elektrogerät ... Das ist auch in meiner Familie so.

Wenn ich stattdessen nachmittags durch die Straßen meines Vorortes in Quilmes gehe, dann sehe ich plötzlich etwas ganz anderes: Tausende von Armen klauen die Einkaufswagen von unseren Supermärkten, um damit die Müllsäcke vor den Häusern zu durchsuchen. Leere Flaschen, Papier, Pappe, Holz, Metall, alles was zum Wiederverkauf nützlich ist, wandert in die geklauten Einkaufswagen, die Polizei und Supermärkte zurückzuerobern suchen ... Die Armen versuchen schneller zu sein, denn Müll ist ein lebenswichtiger Überlebensschatz: Sie versuchen damit schneller auf die Müllhalden zu kommen, die ihr Heim sind.

Sie leben auf dem Müll, sie leben vom Müll, für dieses Finanz-, Politik- und Sozialsystem sind sie Müll, aber selbst der Müll gehört nach der Privatisierung schon lange den internationalen Konzernen, so dass selbst als Müll ihr Leben nicht ihnen selbst gehört.

Wie gesagt, der Text des Matthäus hat uns bei der Vorbereitung ebenso bewegt wie herausgefordert – und auf der Synode war es ebenso. Immer wieder kamen die Worte: „Wir sind dieses Volk!“

Vielleicht könnten wir einmal das Exerzitium machen, das Leben unserer Völker mit den Augen Jesu sehen, mit den Gefühlen Jesu spüren, aus seinem Geist heraus handeln ... Einfach wie Niemöller: „Was würde Jesus sehen, fühlen, urteilen, tun ...?“

Liebe Freundinnen und Freunde:

Wenn ich nach Deutschland komme, bringe ich immer das gleiche Buch mit. Es ist die „Nachfolge“ Bonhoeffers, für mich das wichtigste Buch nach der Bibel. Mehr brauche ich eigentlich nicht (außer vielleicht Heussis „Kirchengeschichte“...)

Ich habe es wieder bei mir und diesmal haben mich – wieder – in ebenso beeindruckender wie mitreißender Weise jene Worte gefesselt und bewegt, mit denen Bonhoeffer eigentlich seine Vorlesung von 1935 begann: „Der Ruf in die Nachfolge“. Er schreibt, für jede Christin und jeden Christen und wohl zuallererst für uns alle gemeinsam als Kirche Jesu inmitten unseres Volkes, das ja eigentlich ALLES Gottes Volk ist, das, was innerhalb der Kirche lebt und das, was außerhalb der Kirche lebt:

„Der Ruf ergeht, und ohne jede weitere Vermittlung folgt die gehorsame Tat des Gerufenen. Die Antwort des Jüngers ist nicht ein gesprochenes Bekenntnis des Glaubens an Jesus, sondern das gehorsame Tun.“

Liebe Freundinnen und Freunde,

es ist keine Frage des guten oder bösen Willens, wenn Sie und ich unsere Einkaufswagen füllen können und andere Menschen auf und von dem Müll leben müssen. Es ist Folge des einen weltweiten Systems, das unser aller Leben beherrscht, das aufzubauen bei uns 30.000 Menschenleben gekostet hat, unter ihnen auch das Leben Elisabeth Käsemanns.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam Kirche in der Nachfolge Jesu sein und gemeinsam aktiv bezeugen, dass Gott eine andere Welt und ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen will.

Ich danke Ihnen.

■ 5. FREIHEIT IN VERANTWORTUNG ODER WIE MAN GLOBALISIERUNG GESTALTET

Vortrag von PD Dr. Dr. Nils Ole Oermann, Theologe und Wirtschaftsethiker

1. Von der Kapitalmarktkrise reden derzeit alle. Egal, welche Talkshows Sie einschalten. Selbst ernannte Experten, Berufene und weniger Berufene, Politiker, Ökonomen und Journalisten, ob FAZ oder Neue Westfälische – alle sind ganz schnell mit scheinbar einleuchtenden Antworten und Erklärungen bei der Hand, wie es zur aktuellen Finanzmarktkrise kommen konnte: Der überhitzte US-Immobilienmarkt sei schuld, Alan Greenspans Zentralbankpolitik sei schuld oder auch Bill Clintons sozialer Wohnungsbau, bei denen Menschen Kredite gewährt wurden, ohne dass diese ihre Schulden auch nur ansatzweise bedienen konnten. Und in Europa hieß es: Ganz klar, der Ackermann sei schuld, oder Peer Steinbrück, der das Ganze zunächst nur als amerikanische Krise kleingeredet habe. Die gierigen Manager seien schuld oder die unfähigen Banker von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die den Lehman Brothers noch 300 Millionen Euro überweisen, als sich die amerikanische Bank zusammen mit 900 Milliarden Dollar bereits pulverisiert hatte.

Alle diese schnellen Antworten haben vielleicht sogar ein Stück Wahrheit in sich, aber sie vermögen doch kaum überzeugend zu beschreiben, was der Grund dafür ist, dass uns die aktuelle Situation auf den globalen Finanzmärkten wie andere Aspekte der Globalisierung irgendwie außer Kontrolle geraten ist. Meine These lautet: Die tieferen Gründe für das, was da gerade passiert, liegen nicht in erster Linie im abstrakten Versagen von Systemen oder Institutionen, sondern vor allem von Menschen überall auf dem Globus, die Freiheit von Verantwortung abgekoppelt haben. Mit dieser These befinde ich mich im Verweis auf Martin Luther in bester Gesellschaft. In seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen (1520)“ beschreibt Luther nämlich ein Verständnis individueller Freiheit, das von Verantwortung nicht abzukoppeln ist. Nicht *der* Markt oder *der* Staat tragen ethische Verantwortungen, denn juristische Personen, die Deutsche Bank oder der Bundestag sind letztlich ethisch neutral, sondern letztlich immer die in diesen Institutionen handelnden, natürlichen Personen. Und die haben eben, und das sah Luther so realistisch wie der Apostel Paulus, mit dem Tage ihrer Geburt immer auch Eigenschaften, die wenig erfreulich sind und zu dem führen, was wir derzeit beobachten: Gier, Neid, Hybris, Selbstüberschätzung, Habsucht.

2. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich gehöre nicht zu denen, die derzeit Thesen vertreten, dass es etwa die Zunahme an Gier an den globalen Kapitalmärkten ist, die die aktuelle Krise ausgelöst hat. Der Mensch vor 100 Jahren war genauso gierig wie vor 1000 Jahren und heute. Was sich geändert hat, sind die ihm dabei zur

Verfügung stehenden Möglichkeiten. Ein Knopfdruck am Sonntagabend in der Palmengartenstraße in Frankfurt in einem KfW-Büro, und 300 Millionen Euro sind futsch.

Wenn man es angesichts dieser Diagnose nun nicht bei einer oberflächlichen Analyse, einem Klagegedicht über Immobilienkredite und Investmentbanken, über exzessive Managergehälter und dem möglicherweise berechtigten Ruf nach einem starken Staat belassen möchte, wenn man philosophisch etwas tiefer schürft, dann kommt man recht schnell zu zwei großen Fragen, die Immanuel Kant genauso beschäftigen, wie sie sich wie ein roter Faden durch Ihre Synodalvorlage „Globalisierung gestalten“ zieht, die meinem Vortrag sein Thema gibt. Die Grundfrage nach der Ethik lautet bei Kant „Was soll ich tun“ und aus dieser folgt die Frage: „Was ist der Mensch?“

Wer diese beiden Fragen als freier Christenmensch vernünftig zu beantworten versucht, der hat, so behaupte ich, bereits den Schlüssel nicht nur zur Diagnose, sondern auch zu belastbaren Antworten auf viele der aktuellen globalen Herausforderungen und nach dem, was eine Wirtschaftsethik in der Globalisierung letztlich ausmacht. Erscheint Ihnen das eine Nummer zu groß oder zu abstrakt?

3. Dann schauen Sie sich doch einmal das Titelbild der Hauptvorlage an (leerer Einkaufswagen). Dieses Motiv trägt mit Blick auf die aktuelle Finanzmarktkrise eine Botschaft in sich, wie sie aktueller kaum sein könnte. Und als Sie diese Synode plant, da konnten Sie ja noch nicht einmal ahnen, wie aktuell das Thema gerade in diesen Tagen werden würde. Das Titelbild ist so stark, ja fast prophetisch, weil es gar nicht abstrakt ist, sondern bereits im Titel durch das Ausrufezeichen hinter „Globalisierung gestalten!“ davon ausgeht, dass Globalisierung von uns Menschen gestaltbar ist, und zwar nach ganz konkreten Kriterien wie Gerechtigkeit oder Fairness. Mit der Gestaltbarkeit von Globalisierung, das sehen nicht alle so optimistisch. Aber wie man das macht, Globalisierung gestalten, auch das ist doch so einfach wie treffend auf dem Buchdeckel hier beschrieben. Durch unsere Kaufentscheidungen sind wir selbst es zu einem großen Teil, die Märkte beeinflussen.

Nicht, dass ich schlechte Kundenberatungen in den Banken rechtfertigen möchte. Aber weder Sie noch ich hat irgendjemand gezwungen, nach 25% Rendite zu streben oder isländische Staatsanleihen zu kaufen, weil es da 12,5% auf dem Konto gab zu einer Zeit, als einem die Sparkasse in Bielefeld 2% angeboten hat. Also keine Rechtfertigung, aber mit der Synodalvorlage treffen Sie an einem Punkt ins Schwarze: Sie gehen offenbar davon aus, dass wir Bürger, ob in Staat, Kirche oder Gesellschaft, aufgerufen und auch in der Lage sind, Globalisierung zu gestalten.

Wie naiv, könnte man einwenden. Was ändert denn meine Investition in Bundesanleihen oder meine Kaufentscheidung bei Lidl oder Aldi an der aktuellen Lage. Wenn uns in Anlehnung an Jesu Sabbatgebot in Talkshows immer wieder und auch von den Kanzeln gesagt wird, dass der Markt für den Menschen da ist und nicht der Mensch für den Markt, dann ist doch klar, dass der Staat alles tun muss, damit die Märkte gerechter, humaner werden, oder? Und der Satz klingt doch intuitiv richtig, dass der Markt dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Wenn Sie sich diesen Satz aber einmal genauer unter die Lupe nehmen, dann stoßen Sie schnell auf ein Dilemma, das viele gar nicht sehen, das Sie aber in der Synodenvorlage wahr- und ernstnehmen, wenn darin immer wieder gefordert wird, dass der einzelne Mensch, also wir alle unsere Freiheit in Staat und Kirche global verantwortlich leben müssen und zwar in einer Welt, wie sie tatsächlich ist. Denn diejenigen, die als Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten, die erwarten doch dafür einen angemessenen, d. h. am besten auch möglichst hohen Lohn.

Was ein gerechter Lohn ist, das wusste schon Luther: Gerecht ist ein Lohn, bei dem einer Leistung eine angemessene Gegenleistung entspricht. Für das Wort Angemessenheit prägte er den schönen Terminus der „Billigkeit“. Damit kommt man in der aktuellen Debatte über Managergehälter übrigens schon sehr weit. Denn es ist nicht Aufgabe von uns Kirchen, darüber Auskunft zu geben, ob eine 500.000 Euro oder lieber 750.000 Euro Deckelung für Managergehälter die Grenze sein soll. Aber eines können wir sagen: Eine Leistung muss immer einer Gegenleistung entsprechen, und etwa 161 Millionen US\$ Abfindung für den gescheiterten Chef einer der führenden amerikanischen Investmentbanken ist alles andere als recht und billig.

Doch zurück zu unserem Einkaufswagenbild und zu unserer Fähigkeit, als Bürger und freie Christenmenschen Globalisierung zu gestalten. Als Arbeitnehmer wollen wir also einen möglichst guten Lohn erzielen. Und jetzt kommt das Problem: Am Markt agieren wir aber immer mindestens in einer Doppelrolle. Wenn wir als diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach der Arbeit zu Lidl oder Aldi gehen, dann wollen wir gleichzeitig die besten Produkte zum billigsten Preis haben und in vielen Fällen am besten auch nach 20 Uhr, wenn wir von der Arbeit kommen. Dass das auf Kosten des Lohnes der Kassiererin geht und ihre Arbeitszeit empfindlich verändert, ist leicht einsehbar. Sie sehen, die einfache Floskel: Der Markt ist für den Menschen da, die ist dann durch unser ureigenstes Verhalten auf einmal gar nicht mehr so einfach. Und ohne die Dinge zu sehr zu pauschalisieren: Nichts anderes gilt doch gerade auch in der Finanzmarktkrise. Auch ein Herr Ackermann bietet doch nichts an, was keiner nachfragt.

4. Um dieses Dilemma zu lösen, möchte ich zunächst ganz nüchtern bei der ökonomisch-politischen Diagnose ansetzen. Selbst aus der Perspektive eines relativ

gleichmütigen Betrachters erlebt man dieser Tage nicht nur eine Banken- oder Finanzkrise, sondern etwas weit Fundamentaleres: Wir erleben nicht weniger als die größte Vertrauenskrise der modernen Marktwirtschaft seit 1945, vielleicht sogar seit 1929. Was ist da eigentlich in den letzten Wochen passiert? Als Finanzdienstleister mit so lustigen Namen wie „Fannie“ und „Freddie“ und selbst die Investmentbank „Lehman Brothers“ mit einer Bilanzsumme von 900 Milliarden Dollar in die Insolvenz ging, dann war das zunächst etwas für die Ticker von ntv oder Reuters. Und wer redet heute noch von der 300 Millionen Überweisung der KfW an die Lehman Brothers? Sie merken, wie wichtig Psychologie und Erwartungshaltungen in der Wirtschaft sind.

Langsam, aber sicher, wird uns klar, dass 900 Milliarden Euro wertlose, toxische Papiere von Lehmans und wahrscheinlich noch weit mehr irgendwo als Schwarzer Peter auf der Aktivseite von anderen Banken liegen. Darum leiht man sich nichts mehr, weil man einander nicht mehr trauen kann, und dadurch stehen wir zurzeit in der Gefahr, dass der Realwirtschaft das Geld ausgeht und physiologisch gesprochen der Blutkreislauf stockt. Das wird Geschichte schreiben, so es sich denn verschärft, nicht wegen irgendwelcher Milliarden in Bilanzen, sondern wegen der Dinge, die die Leute handfest spüren könnten. Handeln müssen wir, weil zwei Millionen mehr Arbeitslose weit schlimmer als 500 Milliarden neue Schulden sind, denn für Menschen gibt es keinen Ersatz. „Der Markt“, der richtet dann auf einmal gar nichts mehr. Also, dann haben wir ja den Schuldigen: Die Banker, die die Finanzkrise ausgelöst haben. Nur leider ist es eben nicht so einfach. Wir selber als Kunden, bis hinunter zu unseren Kaufentscheidungen im Lidl, haben das System gestützt. Und das sogar mit besten Intentionen: Wie ist denn die US-Immobilienkrise wesentlich entstanden? Durch die sozialpolitische Entscheidung bereits in den Clinton-Jahren, gerade den unteren Einkommensklassen in den USA mit billigen Krediten Hauskäufe zu ermöglichen. Da kauften dann Leute Häuser mit Null-Eigenkapital und 3% Zinsen und nahmen danach den nächsten Kredit für 1,5% auf, um den ersten zu finanzieren, und dann implodierte das alles, als die Zinsen stiegen und die Hauspreise fielen. So platzen so genannte bubbles, Blasen, und das nicht zum ersten Mal: Vor ein paar Hundert Jahren war es in Holland der Markt für Tulpenzwiebeln und 2000 die Internetbubble. Und das wird nicht die letzte Blase gewesen sein.

5. Alles schön und gut. Aber, so mögen Sie zu Recht fragen, ist das nicht alles etwas für ökonomische Spezialisten, was da vor sich geht. Was hat das, was hat Ökonomie insgesamt mit Ethik oder Theologie oder gar Kirche und unserer Synode zu tun? Nun, die Antwort liefern Sie in der Vorlage selber, wenn Sie gerechte Teilhabe einfordern und betonen, dass Menschenwürde lokal wie global in Wirtschaft und Gesellschaft für uns Christen nie disponibel sein kann. Jeder Mensch, jeder Marktteilnehmer, jeder Arbeitnehmer hat eine ihm als Gottes Ebenbild geschenkte

Würde. Und in der Ethik stellt sich diesem Individuum die Frage nach dem „Was soll ich tun?“ Darum teile ich auch nicht den zugegeben humoristischen Sarkasmus des Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann hinsichtlich der Aufgabenbeschreibung des Faches Wirtschaftsethik. Denn Luhmann schreibt:

„Mit der Wirtschaftsethik verhält es sich wie mit der Staatsräson und der englischen Küche. Man macht ein Geheimnis um sie, um geheim zu halten, dass sie gar nicht existieren.“

Ich traue jedem Menschen, auch und gerade denen, die in Märkten agieren, zu, dass sie ihr eigenes Verhalten kritisch reflektieren und ändern können. Wie ich eingangs sagte: Ich denke sogar, dass der Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Krisen weniger in den Bilanzen oder den künftigen Details einer funktionierenden Bankenaufsicht liegt, die nur noch Experten verstehen. Nein, es geht hier um die ganz grundsätzlichen Fragen. Es geht um eine Geschichte von Übertreibung und Hybris, Maßlosigkeit und Gier, von Sicherheit und Risiko.

6. Bei allen Problemen mit der Globalisierung, wie sie uns besonders in den letzten zehn Jahren deutlich wurden, von Armut bis Klimawandel warne ich davor, mit Blick auf die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Richtig ist: Seit nunmehr fast 40 Jahren erlebten wir auf den Finanzmärkten eine beispiellose Dynamik, eine noch nie da gewesene Entfesselung von Kräften. Die sich in fast allen Volkswirtschaften vollziehende Deregulierung der Kapitalmärkte hat ein globales Netz von Finanzströmen und Kapitalbeständen geschaffen, welches für die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Hebung des allgemeinen Wohlstandes große Dienste geleistet hat – gar keine Frage. Das ist kleine Kleinigkeit. Wenn ich hier in Bielefeld vor fast 20 Jahren mit kaum fünf Schülern bereits in der Schule Hebräisch lernen konnte, dann war das ein Luxus, den sich eine Gesellschaft geleistet hat. Vielleicht überflüssig, aber nicht so überflüssig wie der Kauf eines Schnellbootes oder einer Diamantenkette.

Ich bin in einem Bildungssystem aufgewachsen, wo ich nicht das Gefühl hatte, als Sohn eines mittleren Beamten wegen meiner Herkunft keinen Zugang zu Bildung zu haben. Das ist heute nicht mehr so. Und das ist ungerecht, wenn man Gerechtigkeit definiert als Chancengerechtigkeit, mit gleichen Zugangsmöglichkeiten bei vergleichbaren Leistungen. Aber bei allen Fehlern halte ich unser System der sozialen Marktwirtschaft, halte ich Artikel 14 des Grundgesetzes, nach dem Eigentum sozialpflichtig ist, für eine zivilisatorische Errungenschaft. Nur gehen Zivilisationen leider zu oft an ihren Übertreibungen zugrunde. Nicht umsonst stand daher über dem Apollontempel in Delphi ein Satz, mit dem viele der aktuellen Probleme der Finanzmärkte gar keine geworden wären: Meden agan, nichts im Übermaß.

7. Was genau war die Übertreibung, die uns die Gestaltungsmöglichkeit globaler Finanzmärkte aus der Hand schlug? Warum ist eine zunächst scheinbar segensreiche Entwicklung wie die Liberalisierung der weltweiten Kapitalmärkte in den 1980er Jahren überhaupt umgeschlagen in eine tiefe Vertrauenskrise?

Meine Damen und Herren, ich glaube, die Antwort kennen wir doch alle zu genau, wenn wir ehrlich sind, selbst wenn wir noch nie im Leben Makroökonomie studiert oder Statistik traktiert haben. Die Maßlosigkeit, die Gier des Menschen, die heute so da ist wie eh und je, seine Schwäche und Verführbarkeit und sein Hang zur Hybris sind letztlich die tiefere Erklärung für die bestehende Krise.

Ich bin nur ein einfacher Theologe, und natürlich kennen sich die Experten bei Maybrit Illner oder Anne Will mit ihren auf den ersten Blick allzu plausiblen volkswirtschaftlichen Erklärungen hinsichtlich der Krise bestimmt besser aus: die zu laxe Geldpolitik der amerikanischen Notenbank, die unverantwortliche Anheizung des amerikanischen Immobilienmarktes, die verhängnisvolle Entscheidung der *Securities and Exchange Commission* zur Aufhebung der Verschuldungsgrenzen für Wertpapierhandelshäuser, die Refinanzierung und weltweite Verteilung des gigantischen Hypothekenausfallrisikos durch Verbriefung und so genannte „Finanzinnovationen“ bis hinein in die Depots deutscher Bürger. Vielleicht sogar die Entscheidung, Lehmans pleite gehen zu lassen oder als Kanzlerin mit einem Blankoscheck vor die Presse zu treten.

Das alles sind veritable Erklärungen, das ist wahr, und dennoch greifen sie für sich genommen viel zu kurz. Denn niemand war gezwungen, sich Aktien zu kaufen, sein Geld in Island oder Liechtenstein anzulegen und sich so dem Streben nach kurzfristiger Rendite zu unterwerfen. Niemand war gezwungen, wegen ein paar lächerlicher Basispunkte – NB: Es klingt halt so viel attraktiver, wenn man so klinisch wie großspurig nicht von Prozenten spricht, sondern von Basispunkten! – von sicheren Staatsanleihen auf spekulative Zertifikate und Derivate umzusteigen.

Ich kenne Landeskirchen wie Kommunen, die schichteten von der Sparkasse auf Lehmans Papiere um mit der Begründung, da gebe es in absolut sicheren, wenig spekulativen Papieren 0,2% mehr Zinsen als auf der Sparkasse! Warum tun wir so etwas? Das ist nicht nur schlechte Beratung, sondern viele wollten irgendwie dabei sein in der großen weiten Welt des Kapitalmarkts, ohne die Auswirkungen auch nur annähernd zu verstehen oder die entsprechenden Risiken tragen zu wollen. Schnelles Geld – menschlich, allzu menschlich. *Ego humanus sum, humani nil a me alienum puto*, so heißt es beim lateinischen Dichter Terenz. Ich bin ein Mensch, nichts Menschliches ist mir fremd.

Ich will hier beileibe nichts verharmlosen, trivialisieren oder gar ablenken vom Versagen beinahe einer ganzen Elite, etwa jenen, die jahrelang weltweit nicht nur Milliarden Dollar an Bonuszahlungen sich selbst ausgeschüttet haben und die nicht müde wurden, in fast jeder Talkshow bei Christiansen und Illner den Staat zu schelten und nach mehr Deregulierung zu rufen und die nun seit ein paar Monaten ratlos, einfalllos und würdelos nach eben jenem Staat rufen. Die werden sich in den nächsten Monaten ohnehin ein paar sehr unangenehme Fragen gefallen lassen müssen.

8. Nur ist dieses Versagen von Eliten eben auch nur ein, wenn auch für uns alle ein ganz derzeit wesentlicher Teil unserer ökonomischen Existenz und damit auch unseres Menschseins insgesamt. Wer bankrott ist, der wird es schwerer haben, Globalisierung zu gestalten. Und auch wer lieber in den alten ideologischen Grabenkämpfen verharrt, statt seinen Verstand zu benutzen, der wird nicht weit kommen. Wenn etwa die neue EKD-Denkschrift zur Verantwortung des Unternehmers als Schlüssel zu verantwortlicher Gestaltung globaler Wirtschaft Stellung nimmt, dann mag man das kritisieren. Was ist es aber für ein Armutszeugnis, die Rücknahme einer Denkschrift anzuregen, die nicht eine Enzyklika ist, sondern zum Nachdenken über ein wichtiges Thema innerhalb der Kirche anregen soll. Wie kann ich fordern, das Denken zurückzunehmen?

Natürlich kann und muss man so, wie es auch die westfälische Synodenvorlage tut, Marktexzesse kritisieren. Darum kann ich es uns hier und heute nicht ersparen, den Finger noch weiter in die Wunde einer allzu unkritischen und alle Bevölkerungskreise umfassenden Markthörigkeit zu legen – und daran glaubten nicht nur Manager, sondern auch die einfachen Kapitalanleger, die ihr Geld nach Island verfrachteten und jetzt nach dem deutschen Staat rufen. „Der Markt wird es richten“ – das war und ist die Einstellung Vieler. Aber ist denn der Markt etwas Absolutes, etwas gleichsam automatisch und prozesshaft Ablaufendes, objektiv und effizient? „Der Markt“ ist genau wie „der Staat“ eine Institution und keine Person, und damit moralisch nicht verantwortlich zu machen, sondern allein die in ihm involvierten Akteure. Darum gilt gerade für den Markt das, was Luther sagt: Woran Du Dein Herz hängst, das ist Dein Gott. Darum eignet sich der Markt höchstens als Abgott.

Der Markt, etymologisch vom lateinischen Wort *mercari* entlehnt, beschreibt letztlich nicht mehr als einen Ort, an dem sich Anbieter und Nachfrager und damit letztlich immer Menschen treffen. Und da geht es entsprechend menschlich, allzu menschlich zu. Aus dem von Adam Smith beschriebenen *self-interest*, dem legitimen Eigeninteresse wird dann zuweilen Gier, was keineswegs überraschend ist. Jede Kindergärtnerin kennt dieses Verhaltensmuster ihrer Schützlinge vor Eisdieleln und Pommesbuden. Und wenn Adam Smith in seinem Werk *Wealth of nati-*

ons vom segensreichen Wirken der unsichtbaren Hand des Marktes sprach, dann meinte er als Deist anders als die meisten seiner Nachfolger damit nicht, dass Märkte sich wie von Wunderhand selbst regulieren.

9. Man muss sich klarmachen, dass der *homo oeconomicus*, jener allein eigeninteressiert und rational handelnde Marktteilnehmer, der Adam Smith vorschwebte, eben nur eine heuristische Fiktion ist, d. h., Menschen handeln zwar auch eigeninteressiert, oft aber auch großzügig, dumm oder wie in den letzten Jahren auf den Finanzmärkten komplett irrational oder atemberaubend risikofreudig. Und je größer der Markt, desto größer die Verwerfungen. Und kennt nicht bereits jeder Grundstudiumsstudent der Volkswirtschaft den Begriff des Marktversagens als systemimmanentes und daher staatliche Regulierung erzwingendes Phänomen? Märkte versagen, weil Menschen in ihnen versagen und damit das System von innen heraus zerstören, aus was für Gründen auch immer. So einfach ist das letztlich.

Viel wichtiger und schwieriger scheint mir folgende Frage: Fundiert jeder funktionierende Markt nicht auf einem bestimmten Menschenbild und einer dazugehörigen Ethik, während Marktversagen oftmals dadurch vorkommt, dass Individuen gegen die Grundpfeiler dieses Menschenbilds handeln? Lassen Sie mich Wilhelm Röpke, einen der geistigen Väter der sozialen Marktwirtschaft, aus dessen Werk „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ zitieren:

„Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairneß, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen.“

Oder wie der Managerunternehmer Hans Merkle von Bosch in den 1970ern Jahren etwas flapsiger formulierte: „Es gibt Dinge, die tut man einfach nicht.“ Und um mich daran zu halten, dafür muss ich nun kein Christ sein. Aber als Christenmensch frage ich mich eben nicht nur, wie ich mich verhalten soll, sondern warum ich so handle, wie ich handle. Weil einer hinter mir steht, der mir meine Freiheit geschenkt hat, die ich verantwortlich zu gestalten habe. Klingt Ihnen zu wenig hochtheologisch oder pädagogisch?

10. Nun, es würde Röpke wahrscheinlich grausen, wenn er wüsste, dass es Überlegungen gibt, Wirtschaft als profanes Schulfach einzuführen. Denn Wirtschaft ist mehr als angewandte Mathematik in einem bestimmten marktwirtschaftlichen Umfeld. Wirtschaft lebt von dem Vertrauen in die handelnden Akteure. Diese Akteure als Persönlichkeiten im Humboldtschen Sinne möglichst umfassend zu bilden, ist das bessere Rezept gegen Marktversagen als das Fach „Wirtschaft“ in der

Schule. Nichts anderes gilt übrigens auch für das Fach „Recht“, wie die Verfassungsrichterin Gertrude Lübke-Wolff auf der Festveranstaltung jenes humanistischen Gymnasiums betonte, das ihre vier Kinder genauso wie ich selbst genossen haben (Ratsgymnasium Bielefeld).

Wirtschaft, meine Damen und Herren, das zeigen die Verwerfungen dieser Wochen und Tage sehr deutlich, hat mehr mit unserem Wertegerüst und unserer Haltung, unserem Freiheitsbegriff und unseren Vorstellungen von Fairness, Gerechtigkeit und gelingendem Leben und weniger mit rein buchhalterischer Mechanik zu tun, so wie Rechtswissenschaft mehr ist als Paragraphen. Wirtschaft lebt vom Miteinander, vom Austausch auf langfristiger Basis, Wirtschaft lebt auch von Tradition und Erfahrung. Das wussten auch die Väter des deutschen Bankwesens, besonders des genossenschaftlich-christlichen wie Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen.

11. Tradition, Wertegerüste und Erfahrung – in der schnelllebigen Welt scheint ausgerechnet das, was allzu hausbacken klingt, urplötzlich wieder wertvoll zu sein. Wir beobachten an vielen Orten unserer Gesellschaft Tendenzen des Auseinanderfallens, des sich Auflösens und des Zerfalls. Die westfälische Kirche spricht das in ihrer Initiative gegen Kinderarmut sehr präzise und öffentlichkeitswirksam an. Und auch Jugendgewalt, Verwahrlosung, organisierte Kriminalität, Extremismus und Terrorismus sind Ihnen bekannte Stichworte. Aber im politischen Tagesgeschäft wie in der täglichen Gemeindegarbeit trifft man immer wieder auch auf unzählige Bürger und Bürgergruppen, die im Kleinen etwas dagegen unternehmen, die sich engagieren, die nicht aufgeben, die nicht vor vermeintlich Übermächtigem kapitulieren, die sich für Traditionen und Errungenschaften einsetzen, die sich um jugendliche Schulabbrecher genauso kümmern wie um den Erhalt von Natur und Umwelt.

Warum sage ich dies? Weil wir um den Erhalt der kleinen Strukturen und um die Vielfalt kämpfen sollten. Erinnern Sie sich noch an den Jesuiten Oswald von Nell-Breuning und das von ihm so stark gemachte Subsidiaritätsprinzip in der katholischen Soziallehre, das forderte, den Menschen, die Familie vor Ort als kleinste Einheit zu stärken. Wohlgemerkt, er wollte den Einzelnen als Kern jeder Institution stärken und nicht die Institution um der Institution willen.

12. Die Lehre daraus: Wenige große, hypertrophe Konzerne, die global wirken möchten, die aber kein Gespür mehr für regionale Belange von Sparern und Unternehmern haben, sind viel anfälliger für so genannte systemische Risiken. Ein bisschen so wie Monokulturen in der Landwirtschaft, die auch langfristig gefährdeter sind. Und bereits bei Luther finden wir in seiner Benutzung des Berufsbegriffs, in der Verurteilung von Monopolen und Kartellen und in seiner Warnung vor der Ver-

götterung des Mammons hochaktuelle Stichworte für eine angemessene Gestaltung von Globalisierung. Und für Christenmenschen gilt keine Sonderwirtschaftsethik, sondern die Marktgesetze und die Vernunft, und jemanden aus seiner Verantwortung zu entlassen, scheint wenig vernünftig.

Des Weiteren sollten wir uns Gedanken über die Bezahlung und Anreizsetzung bei Managern von Finanzunternehmen machen. Oder auf neudeutsch: Den ganzen „*upside*“ bekommen und keinen „*downside*“ erleiden zu müssen, das erscheint mir mehr denn je eine verbesserungsfähige Mechanik zu sein. Und das ist doch keine hohe Ökonomie, sondern das Grundprinzip von Gegenseitigkeit verbunden mit dem Rat, den Platon vom Eingang des Tempels in Delphi für seine eigene Akademie in Athen kopierte: Nichts im Übermaß.

Was hat all das mit unserem Kernthema der Synode, der Gestaltung von Globalisierung zu tun? Viel, denn wir entscheiden durch unser Marktverhalten und unsere Gesetze, unter die wir uns stellen, letztlich all diese Gestaltungsfragen, selbst in der Globalisierung, selbst wenn es bis hinein in den Einkaufswagen geht. Kirche ist Arbeitgeberin und sollte gerechte Löhne zahlen. Kirche sollte wirtschaftsethische Mindeststandards hörbar einfordern, statt Ethik und Wirtschaft, Christentum und Unternehmertum pauschal in Konkurrenz treten zu lassen, darum geht es, weil Märkte nur so gut sind wie die in ihnen agierenden, anreizorientierten Menschen.

Um Versprechen zu brechen, über Risiken zu täuschen, Bilanzen zu verschleiern, Geld des Steuerzahlers zu stehlen und gierig zu sein, dafür mag es durchaus ökonomische Gründe geben, sonst käme all das ja nicht so häufig vor. So sagen die meisten Steuerzahler zu ihrer Entlastung, der Staat bestehle sie ja auch, und der Rest der Bürgergesellschaft stimmt dann ein und sagt: *Cosi van tutte*, so machens alle, dann zahle ich jetzt auch keine Steuern. Nur gibt es eben keine Gleichheit im Unrecht. Darum sind solche ökonomischen Rechtfertigungen für menschliches Fehlverhalten auch so hohl und problematisch, weil sie letztlich nur persönliche Verantwortlichkeiten zu verschleiern suchen.

Es geht bei der verantwortlichen Gestaltung von Globalisierung letztlich um so grundsätzliche Dinge wie Risiko und Vertrauen, Gier und Eigeninteresse und wie man all das temperieren kann. Es geht darum, zu erkennen und gerade jetzt zu benennen, dass es die Ärmsten der Armen sind, die einen Anspruch auf Gerechtigkeit haben. Und zu all dem weiß Theologie und Kirche eine Menge zu sagen, weil sie etwas Fundamentales zum Wesen des Menschen zu sagen weiß. Und genau darum ist es ja so wichtig, dass sich die Kirche wie in der Vorlage der EKvW immer wieder hörbar zu Wort meldet, denn auch, wie wir selbst wirtschaften und wie wir mit Geld umgehen in Kirche und Diakonie, ist ein wichtiger Gradmesser, wie es um unsere ethischen Standards insgesamt bestellt ist. Und an ehrbaren Kaufleu-

ten, verantwortungsbewussten Managern und anständigen Bürgern kann ein Staat und kann auch eine Kirche gar nicht genug haben; denn sie sind ein ökonomisch knappes Gut.

■ 6. OBERKIRCHENRÄTIN DORIS DAMKE
ABSCHLUSSBERICHT
REFORMPROZESS „KIRCHE MIT ZUKUNFT“

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	130
2. Vom <u>Tun</u> und <u>Lassen</u> ...	130
1. Gemeinde- und Kirchenkreiskonzeptionen	130
2. Kommunikations- und Rezeptionsprozesse in komplexen Systemen (Blöbaum-Bericht)	131
3. Kirche der Freiheit/Kirche mit Zukunft	132
4. Pfarrbild	134
5. Neue Gemeindeformen	135
6. Berichtswesen	136
3. Vom <u>Tun</u> und <u>Lassen</u>	137
4. Ausblick	138

1. Einleitung

Hohe Synode,
liebe Schwestern und Brüder,

ein Ehepaar, das zur silbernen, goldenen oder sogar eisernen Hochzeit einen Gottesdienst feiert, wird an die Traufrage erinnert: „Willst du...“ Sie kennen das ... Die Frage, die ihm vor 25, 50 oder 65 Jahren gestellt wurde, wird aber nicht neu gestellt, sondern unter der Überschrift „Erneuerung des Eheversprechens“ nur noch einmal ins Gedächtnis gerufen.

Nicht vor 25, 50 oder gar 65 Jahren, sondern vor drei Jahren hat sich die Landessynode selbst versprochen,

- die Ergebnisse des Reformprozesses ausdrücklich und verbindlich in ihre Beratungen aufzunehmen,
- die Angebote der Regelorganisationen zur Unterstützung in Veränderungsprozessen anzunehmen,
- die Durchführung der Reformen im eigenen Verantwortungsbereich zu betreiben, zu beobachten und zu dokumentieren
- und die Erfahrungen damit miteinander zu kommunizieren.

Dieser Beschluss ist auch heute nicht überholt. Er sollte aber erneuert werden. So wie ein Eheversprechen bei einem Ehejubiläum.

Darauf komme ich am Schluss zurück.

Jetzt berichte ich von dem, womit sich Kirchenleitung und Reformbeirat in den letzten drei Jahren beschäftigt haben.

Ich verzichte darauf, noch einmal die letzten zehn Jahre zu betrachten. Dazu ist in der Vorlage 4.3 und in dem schriftlichen Teil meines Abschlussberichtes¹ ja alles nachzulesen.

2. Vom Tun und Lassen ...

1. Gemeinde- und Kirchenkreiskonzeptionen

Die Landessynode 2005 hatte die Einführung der Gemeinde- und Kirchenkreiskonzeptionen beschlossen und Gemeinden und Kirchenkreise aufgefordert, sich die-

¹ Vorlage 4.2

ses Instruments zu bedienen, um sich des eigenen Profils zu vergewissern und in den anstehenden Veränderungsprozessen sowohl im Blick auf die eigenen Ressourcen als auch auf die gemeindlichen Nachbarschaften langfristig handlungsfähig zu bleiben. Zur Unterstützung der Gemeinden wurde durch Gemeindeberatung und Landeskirchenamt das Handbuch „Gemeinde auf gutem Grund“ und die Broschüre „gut beraten“ erstellt; außerdem gab es Workshops zur Bildung von Kompetenzteams, die ihrerseits den Gemeinden beratend zur Seite stehen sollten. Der Reformbeirat hat den landessynodalen Impuls zur Entwicklung von Gemeinde- und Kirchenkreiskonzeptionen als ein Containerschiff betrachtet, auf dem etliche andere Ergebnisse des Reformprozesses mitfahren könnten, wie unser Kirchbild, unsere Überlegungen zur Mitgliederorientierung, aber auch die Grundsätze für Führung und Leitung oder die Förderung und Entwicklung des Ehrenamtes in der Gemeinde. Nach zwei Jahren wollten wir erheben, wie weit die Entwicklung der Konzeptionen vorangeschritten ist und ob die Unterstützungsangebote geholfen haben. Das Servicetelefon der EKvW hat deshalb im Frühjahr alle 559 Kirchengemeinden angerufen, 542 erreicht und danach gefragt. Die Auswertung der Umfrage wurde der Kirchenleitung vorgelegt und im Internet veröffentlicht. Dort sind alle Details nachzulesen. Deshalb jetzt nur ein paar Daten, die zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg. 123 Gemeinden, sprich 22 Prozent aller Gemeinden haben bereits ihre Konzeption fertig, 39 Prozent sind dabei und 21 Prozent haben den Beginn konkret geplant. Wenn man die Zahlen hochrechnet, werden in zwei Jahren weit über 80 Prozent aller Gemeinden eine Konzeption erstellt haben. Das ist ein Erfolg! Es hat sich auch gezeigt, dass immer mehr Gemeinden die Konzeption nicht mehr nur als lästige Hausaufgabe verstehen, sondern als ihre Chance, sich nicht mehr nur vom Rotstift treiben zu lassen, sondern das Heft des Handelns an ihren erarbeiteten inhaltlichen Leitlinien orientiert anzupacken. Denn nur so kann auch auf Gemeindeebene verantwortlich über Tun und Lassen entschieden werden, um die jeweiligen Stärken zu stärken – auch im nachbarschaftlichen Verbund.

2. Kommunikations- und Rezeptionsprozesse in komplexen Systemen (Blöbaum-Bericht)

Eine Frage hat den gesamten Reformprozess begleitet und stand lange auf der Agenda des Reformbeirates: Wie kann es gelingen, dass landessynodale Beschlüsse und Ergebnisse wirklich bei Kirchenkreisen und Kirchengemeinden ankommen? Nicht nur als bedrucktes Papier, sondern als inhaltliche Hilfe und Verpflichtung? Wie kann die Kommunikation zwischen den kirchlichen Ebenen verbessert werden? Wie kann eine verlässliche gegenseitige Informationskultur aussehen? Um es vorweg zu sagen: Diese Frage hat auch der Reformbeirat nicht abschließend beantworten können, obwohl wir uns Hilfe dazu geholt haben. Professor Blöbaum vom Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster wurde mit

einer Untersuchung zu „Kommunikations- und Rezeptionsprozessen in komplexen Systemen“ beauftragt. Diese Untersuchung hat einerseits bestätigt, was wir gerne gehört haben: nämlich dass die Qualität der Reformprozessergebnisse in Ordnung ist. Andererseits hat sie deutlich gemacht, dass es auch mit guter Qualität allein nicht getan ist. Denn auch qualitativ gute Papiere vermitteln sich nicht von selbst. Sie brauchen Menschen, erkennbare Gesichter, vertrauensvolle Beziehungen, so etwas wie Patinnen und Paten der inhaltlichen Anliegen und Impulse. Neudeutsch: Sie brauchen „anchormen“ und „anchorwomen“ vor Ort, die Vertrauen schaffen und sich für ihre Rezeption und Umsetzung starkmachen.

Darüber hinaus hat die Untersuchung gezeigt: Zu viel und zu abstraktes Material bringt eine Reizüberflutung mit sich, gegen die man sich wehrt. Daher brauchen Veränderungsprozesse dringend auch Phasen der Entschleunigung und der Ruhe.²

3. Kirche der Freiheit/Kirche mit Zukunft

Kirche mit Zukunft begegnet Kirche der Freiheit. Das Impulspapier der EKD³ hat 2006 nochmals frischen Wind in die westfälische Reformdiskussion gebracht. Vielleicht nicht so turbulent wie in anderen Landeskirchen – hinter uns lagen ja schon etliche Jahre der Reformarbeit und an manchen Themen waren wir früher dran als die EKD und teilweise auch weiter als die EKD. Dennoch hat die „Kirche mit Zukunft“ sich von der „Kirche der Freiheit“ neu inspirieren lassen. Zum Beispiel durch die vier biblisch geprägten Grundannahmen, die für die Entwicklung der zwölf Leuchttfeuer⁴ leitend waren und als Herausforderungen für die gesamte EKD benannt wurden:

- Geistliche Profilierung statt undeutlicher Aktivität.
- Schwerpunktsetzung statt Vollständigkeit.
- Beweglichkeit in den Formen statt Klammern an Strukturen.
- Außenorientierung statt Selbstgenügsamkeit.⁵

² *Der Blöbaum-Bericht gab zudem die konkreten Empfehlungen: 1. Berücksichtigen Sie das Problem des Wissensmanagements; also wie entsteht Wissen, wie wird es geteilt, wie wächst aus individuellem ein kollektives Wissen. 2. Erhöhen Sie die Informationskompetenz der Mitarbeitenden; also den Informationszugang, die Informationsanalyse, die Informationsanwendung und die Informationsbewertung.*

³ „Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“. Ein Impulspapier der EKD, Hannover 2006

⁴ „Die zwölf Leuchttfeuer konzentrieren die perspektivischen Überlegungen auf zwölf Handlungsfelder, die für den Mentalitätswandel in der evangelischen Kirche zentrale Bedeutung haben; die Leuchttfeuer spiegeln dabei die vier Veränderungsbereiche, die vordringlich der Bearbeitung bedürfen:

- Aufbruch in den kirchlichen Kernangeboten
- Aufbruch bei allen kirchlichen Mitarbeitenden
- Aufbruch beim kirchlichen Handeln in der Welt
- Aufbruch bei der kirchlichen Selbstorganisation.“ Ebenda S. 48 ff.

⁵ Ebenda S. 8

Auf dem Hammer Reformtag 2007 haben wir die Ergebnisse und Fragen unseres Reformprozesses mit den Impulsen der EKD verschränken wollen.

Wir haben gefragt, wo wir stehen und haben Ausschau gehalten nach Themen, die wir noch nicht so richtig im Blick hatten. 250 Menschen aus allen Ebenen unserer Landeskirche haben unter dieser Perspektive in zwölf Arbeitsgruppen⁶ miteinander entfaltete Thesen erarbeitet.

Der Reformbeirat hat darüber beraten, wie mit den Ergebnissen aus Hamm umzugehen sei. Manches schien uns – als originäre Aufgabe der Gemeinden – sinnvoll mit Hilfe der Gemeindekonzeptionen weiter zu verfolgen zu sein, zum Beispiel was die gottesdienstliche und geistliche Praxis, Fragen der Leitung und Führung, Fundraising als Beziehungsaufgabe, Überlegungen zur Zusammenarbeit von verbandlicher und gemeindlicher Diakonie, das Bewusstsein für die Vernetzung von Mission, Ökumene und Weltverantwortung betrifft. Vieles davon ist zugleich auch Aufgabe eines Kirchenkreises und in dessen Konzeption darzustellen. Anderes gehört mehr auf die Ebene der Ämter und Werke, wie zum Beispiel Fragen der Aus- und Fortbildung. Die Kirchenleitung hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst, Empfehlungen gegeben und weiterführende Aufträge erteilt.

Ein Ergebnis konnte jedoch nicht beschlussmäßig greifbar werden. Es betrifft alle Fragen der Qualität pastoralen und gemeindlichen Handelns und dem Verständnis und der Verbindlichkeit evangelischer Leitung. Denn beides sind Querschnittsthemen. Sie berühren jede Verantwortung tragende Organisation und jedes Gremium auf allen Ebenen unserer Landeskirche. Etliches wurde dazu im Laufe des Reformprozesses bereits erarbeitet. Jetzt gilt es, das bereits Vorhandene in den jeweils unterschiedlichen Situationen und Kontexten umzusetzen. Dazu bedarf es nicht weiterer Papiere, sondern verbindlicher Beschlüsse der Leitungsorgane und deren Umsetzung.⁷

6 AG 1: *In Gottesdiensten und Kasualien Menschen geistliche Heimat bieten.*

AG 2: *Was macht Gemeinde zur Gemeinde?*

AG 3: *Profilierung der Ortsgemeinden im regionalen Kontext*

AG 4: *Priestertum aller Getauften – Pfarrberuf als Schlüsselberuf?*

AG 5: *Geschenktes Vertrauen – entschiedenes Handeln*

AG 6: *Instrumente zur Qualität kirchlichen Handelns in der EKvW*

AG 7: *Hilfehandeln in der Welt – Diakonie*

AG 8: *Kirche in der einen Welt und die ungerechte Nutzung von Ressourcen*

AG 9: *Kirche mit Zukunft ist eine Kirche mit Bildung*

AG 10: *Überlegungen für ein evangelisches Leitungsverständnis*

AG 11: *„Denn Gott liebt die, die fröhlich geben“*

AG 12: *Zusammen rücken – zusammenrücken*

7 *Einige Beispiele aus dem Bereich der Gemeindekonzeption: Sie beschreibt Ziele und idealerweise so, dass sie überprüfbar und messbar sind – also: Ergebnisqualität. Sie beschreibt die Rahmenbedingungen, in denen Menschen in der Gemeinde arbeiten, zum Beispiel mit Stellenplänen oder Dienstanzweisungen – also: Strukturqualität. Und sie beschreibt, wie die Ziele unter diesen Rahmenbedingungen erreicht werden können – also: Prozessqualität.*

4. Pfarrbild

Das Positionspapier „In der Kirche unter den gegebenen Bedingungen miteinander arbeiten“, das der Landessynode 2005 vorlag, war – wie es Superintendent Wentzek bei seiner Einführung in das Papier sagte – „der Versuch, eine Balance zwischen Pfarrerinnen und Pfarrern, hauptamtlichen Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen zu erhalten und zu gestalten.“ Auf der Basis dieses Papiers wurden weitreichende Beschlüsse gefasst, die Sie im schriftlichen Bericht finden.

Dazu gehört auch der Auftrag zur Bildung einer Projektgruppe „Pfarrberuf mit Zukunft“, um eine weitere Kommunikation über den Pfarrdienst in Gang zu setzen und das Pfarrbild zu profilieren. Die Landessynode 2007 hat den aus dieser Arbeit erwachsenen Bericht der Kirchenleitung begrüßt und mit Dank zur Kenntnis genommen.

Einige Schwerpunkte aus dem Bericht: Das Thema der Identifikation mit dem kirchlichen öffentlichen Amt ist durch eine Rückbesinnung auf die Ordination als Grundlage für den Pfarrberuf bearbeitet worden. Gerade in Zeiten, in denen die Arbeitsverdichtung zunimmt und gleichzeitig die Selbststeuerung immer dringender nötig wird, brauchen Pfarrerinnen und Pfarrer die Erinnerung und Verinnerlichung des Pauluswortes, das in jedem Ordinationsgottesdienst gelesen wird: „So sind wir nun Botschafter an Christi statt, denn Gott ermahnt durch uns; so bitten wir nun an Christi statt: Lasst euch versöhnen mit Gott.“ Nur als selbst Versöhnte können Menschen im ordinierten Amt den Auftrag der Verkündigung in den differenzierten Lebenswelten wahrnehmen und ihn als ihren Dienst in und an der Gemeinde verstehen, im Gegenüber und Miteinander im Priestertum aller Glaubenden gemeinsam gestalten.

Die Herausforderungen für den Pfarrdienst in Zukunft lassen sich am deutlichsten mit dem wiedergeben, was uns unsere ökumenischen Geschwister bei der Konsultation „Church with a future“ ins Stammbuch geschrieben haben: Pfarrdienst heißt: „to equip the saints“, die Heiligen zum Dienst ausrüsten. Nicht weil ausgedünnte Hauptamtlichkeit durch Ehrenamtlichkeit ersetzt werden soll, sondern weil das Zusammenwirken von allgemeinem Priestertum aller Getauften und dem ordinierten Amt dem Selbstverständnis unserer Kirche entspricht. Daher bleibt es für uns eine zentrale Aufgabe, ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen und zu fördern. Sie spiegelt sich zum Beispiel wider in dem Anfang dieses Jahres neu aufgelegten

Wir haben zahlreiche Instrumente zur Qualitätssicherung, zum Beispiel das Regelmäßige Mitarbeitengespräch oder die Visitation; für andere hat die Kirchenleitung den Auftrag zur Implementierung oder Entwicklung erteilt, wie die Kollegiale Beratung oder das Coaching pastoraler Arbeitsfelder. Und was die Qualität von Leitung angeht im Blick auf Klarheit und Verbindlichkeit – da hat die Landessynode bereits vor fünf Jahren die Grundsätze für Leitung, Führung und Zusammenarbeit beschlossen.

Wie das alles konkret gestaltet wird – das mag im Sauerland anders aussehen als in Ostwestfalen und das darf und soll es auch – nur: Umgesetzt werden muss es!

Handbuch für die Arbeit im Presbyterium „Gemeinde leiten“ und in den sechs Fortbildungsmodulen für Presbyterinnen und Presbyter,⁸ die in Zusammenarbeit verschiedener landeskirchlicher Ämter und Einrichtungen entwickelt worden sind. Doch auch das ordinierte Amt wird in unterschiedlichen Lebenswelten und Zusammenhängen gestaltet. Es verwirklicht sich im Gemeindepfarramt ebenso wie in den Pfarrämtern der Ämter und Werke mit besonderen Arbeitsbereichen sowie in den Pfarrämtern, die einen bestimmten Dienst, Seelsorge- oder Verkündigungsauftrag wahrnehmen. In dieser differenzierten Gestaltung des Pfarrdienstes entspricht unsere Kirche ihrem Auftrag inmitten einer differenzierten Gesellschaft und verschiedenen Lebenswelten. Sie bleibt herausgefordert, diesen Dienst immer neu weiter zu entwickeln. Dabei wird die Frage der Qualitätsentwicklung und -sicherung im pastoralen Dienst eine große Rolle spielen. Dazu habe ich schon einiges angemerkt. Weiteres ist ebenfalls in der Vorlage 4.2 nachzulesen.⁹

5. Neue Gemeindeformen

Eines der Themen, die über die Beschäftigung mit dem Impulspapier „Kirche der Freiheit“ auch in Westfalen zu intensiver Diskussion geführt haben, ist die Frage nach neuen Gemeindeformen. Dahinter steht die Einsicht, dass die Volkskirche durchschnittlich nur noch 15 bis 20 Prozent ihrer Mitglieder erreicht (von den

⁸ Sie können im Amt für missionarische Dienste, Haus landeskirchlicher Dienste, Dortmund, abgerufen werden.

⁹ Hinzuweisen ist hier noch einmal auf eines der Instrumente zur Qualitätssicherung, die mit gutem Erfolg erarbeitet und umgesetzt wurden: die regelmäßigen Mitarbeitendengespräche.

Zur Klarheit des eigenen pfarramtlichen Selbstverständnisses und Profils trägt inzwischen auch die Agentur für Personalberatung und Personalentwicklung bei. Beschlossen durch die Landessynode 2005 hat sie zu Beginn des Jahres 2008 im Institut für Aus-, Fort- und Weiterbildung in Haus Villigst ihre Arbeit aufgenommen. Dies Angebot für Theologinnen und Theologen für ihre berufliche Standortbestimmung und Orientierung wird gut angenommen. Nach einer Phase der Erprobung wird zu entwickeln sein, in welcher Weise dieser Dienst auch anderen Mitarbeitenden in der Kirche zur Verfügung steht. Ein weiteres Instrument der Personalentwicklung im Pfarrdienst ist das 10-Jahres-Gespräch – der Leitfaden dazu ist inzwischen ja auch erschienen. Auch dieses dient der Orientierung, soll das Miteinander von Haupt- und Ehrenamtlichen fördern, die Zufriedenheit im Pfarrdienst erhöhen, Wertschätzung vermitteln und gegebenenfalls die Chancen einer beruflichen Veränderung ausloten. Entsprechendes ist auch in der Vorlage 4.3 nachzulesen.

Das Impulspapier „Kirche der Freiheit“ des Rates der EKD hat noch einmal einen besonderen Akzent auf den Gottesdienst und die kirchlichen Amtshandlungen gelegt. Wir haben im Pfarrdienst traditionell in diesen Handlungsfeldern eine gute Vorbereitungskultur, aber wir sind noch entwicklungsfähig bei der Feedbackkultur. Dem soll die Befähigung zu kollegialer Beratung genauso dienen wie das Pilotprojekt zur Ausbildung von Gottesdienstcoaches.

Alle diese Maßnahmen können ihren Teil dazu beitragen, dass Pfarrerinnen und Pfarrer die Arbeitsbelastung und die nötige Arbeitskraft ausgewogen erleben und nicht in Gefahr sind, innerlich auszubrennen.

Nicht-Mitgliedern ganz zu schweigen) und die Vermutung, dass das in Westfalen fast ausschließlich anzutreffende parochiale Gemeindemodell mit dazu beitrage. Die Diskussion um parochiale und nichtparochiale Sozialformen der Kirche ist nicht neu. Sie begleitet die Kirche spätestens schon seit es neben den Pfarreien auch Orden und Klöster gibt, die „Personalgemeinden“ um sich sammelten. Es geht nicht darum, die Parochie abzuschaffen, sondern sie zu erweitern und zu ergänzen.¹⁰ In diesem Sinn empfahl die AG 2 beim Hammer Reformtag: *„Auch wenn die Zugehörigkeit zur Gemeinde am Wohnort (Parochie) weiterhin den Normalfall darstellen wird, sollte die EKvW Kirchenmitgliedern ebenso in anderen Gemeindeformen Beheimatung ermöglichen und dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen bis hin zur personellen und finanziellen Förderung schaffen bzw. sicherzustellen. Dazu bedarf es noch einer sorgfältigen theologischen und juristischen Klärung des Gemeindebegriffs.“*

Dabei sind wir nun einen ersten Schritt weitergegangen. Die Kirchenleitung hat im August ein Kurzgutachten zu den vorhandenen strukturellen und kirchenrechtlichen Möglichkeiten neuer Gemeindeformen zustimmend zur Kenntnis genommen und eine dreijährige Weiterarbeit an diesem Thema verabredet, auch im Blick auf die Erfahrungen anderer Kirchen in der Ökumene. Ziel ist und bleibt, vorhandene Freiräume zu beschreiben und neue zu entdecken, damit Kirche Jesu Christi wachsen kann.

6. Berichtswesen

Die bekannten Rahmenbedingungen und Herausforderungen kirchlichen Lebens und Arbeitens stellen die Frage, wie es auf Dauer gelingen kann, lebens- und leistungsfähige Organisationseinheiten zu gestalten, die ihren jeweiligen kirchlichen Auftrag angemessen umsetzen können. Dies führt zu der Frage, wie notwendige Änderungsschritte erkannt werden können, wie entsprechende Anpassungsmaßnahmen durchgeführt und wie die Ergebnisse solcher Maßnahmen überprüft werden können. Diesbezüglich hat die Kirchenleitung im April 2006 gefordert, „die regelmäßige gegenseitige Berichterstattung in unserer Kirche“ zu verbessern. Ganz in diesem Sinn hat auch die Landessynode 2006 den Auftrag erteilt, „einen Vorschlag zu unterbreiten, der die Koordination der Entscheidungsprozesse und eine gemeinsame Steuerung der Aufgabenpriorisierung ermöglicht ...“, der von der Perspektivkommission unter der Leitung von Superintendent Peter Burkowski¹¹ bearbeitet wurde.

¹⁰ Siehe auch Vorlage 4.3, S.9

¹¹ Dieser Vorschlag liegt Ihnen unter der Ordnungsziffer 4.3 und dem Titel „Aufgaben und Ziele in der EKvW“ vor. Auch dieser Vorschlag enthält unter der Ziffer 6.5 die Forderung nach einem verbesserten Berichtswesen.

Zeitgleich dazu hat sich auch der Reformbeirat dieses Themas angenommen und der Kirchenleitung einen Bericht mit grundsätzlichen Überlegungen und möglichen Folgerungen und Maßnahmen vorgelegt. Darin sind u. a. auch die Einsichten aus der Untersuchung zu „Kommunikations- und Rezeptionsprozessen in komplexen Systemen“ eingeflossen. Beide Gremien gehen davon aus, dass es wenig Sinn macht, die Menge des Datenmaterials zu erhöhen. Sinnvoller erscheint es stattdessen, die Qualität und die Quellen des bereits vorhandenen Materials zu verbessern und neue Daten im Sinne einer leistungsfähigen Feedback-Kultur ziel- und projektorientiert zu erheben.

Die Kirchenleitung hat dem zugestimmt und die Einsetzung einer Projektgruppe beschlossen, die die Überlegungen des Reformbeirates mit denen der Perspektivkommission zusammenführt und weiterentwickelt.

3. Vom Tun und Lassen

Ich habe Ihnen einen Ausschnitt dessen vorgestellt, was wir getan haben in den letzten drei Jahren. Wir haben aber auch einiges gelassen aus der Reihe der vielen Arbeitspakete, die der Reformbeirat auf dem Tisch hatte und der Kirchenleitung empfohlen, bestimmte Dinge nicht zu tun, weil wir sahen, dass es weder hilfreich noch nötig war.

So sollte der Reformbeirat eine Kampagne zur Implementierung der Reformergebnisse entwickeln. Wir haben darauf verzichtet. Stattdessen entschieden wir uns für den langfristigeren Weg, bestimmte Reformergebnisse an die Gemeinde- und Kirchenkreiskonzeptionen anzudocken.¹²

Ebenfalls haben wir der Kirchenleitung empfohlen, die regelmäßigen Planungsgespräche nicht kirchenrechtlich zu verankern. Wir hielten es in diesem Fall für überflüssig und sahen den Aufwand als nicht gerechtfertigt an. Vieles von den Methoden und Zielen der Planungsgespräche ist in einer – gut erarbeiteten! – Gemeindegliederungskonzeption verwirklicht. Und sollte das nicht der Fall sein, steht den verantwortlichen Gremien nichts im Weg, zur Methode des Planungsgesprächs zu greifen.

Im Blick auf die Gestaltungsräume haben wir vorgeschlagen, nach den beiden ersten Befragungen auf eine erneute aktivierende Befragung zu verzichten und die Entwicklungen in den Gestaltungsräumen künftig als Teil des verbesserten Berichtswesens darzustellen.

¹² Siehe dazu Vorlage 4.3, besonders auch S. 20, Ziffer 6.5

Wir haben schließlich auch die Idee eines Reformwerkzeugkastens nicht weiterverfolgt, stattdessen aber darauf geachtet, dass unsere Internetseite *www.reformprozess.de* immer auf dem letzten Stand ist.

4. Ausblick

Mit dem Blick auf unsere Internetseite komme ich auch zum letzten Punkt meines Berichtes: dem Ausblick. Auf der Internetseite *www.reformprozess.de* hatten wir in den letzten Jahren nicht nur alle Ergebnisse des Reformprozesses veröffentlicht, sondern auch viele Hintergrundberichte, Interviews, gelungene und mutmachende Beispiele. Ein Newsletter mit zum Schluss 696 Abonnenten sorgte für regelmäßige Information. Nun geht der offizielle Reformprozess mit diesem Titel zu Ende. Das soll auch die Internetpräsenz wiedergeben. Deshalb wird diese Seite umgebaut und eingestellt. Künftig werden unter *www.kirche-mit-zukunft.de* alle Ergebnisse des Reformprozesses abzurufen sein, übersichtlich und schnell. Andere Elemente der ehemaligen Seite, wie die „good news“ oder beispielhafte Projekte ehrenamtlicher Arbeit, sollen in die offizielle EKvW-Seite übernommen werden. Die Domain *www.reformprozess.de* werden wir behalten. Sie steht in vielen Veröffentlichungen und leitet künftig einfach auf *www.kirche-mit-zukunft.de* um. Und wer weiß – vielleicht brauchen wir sie eines Tages ja wieder.

Ich erinnere an die drei Phasen unseres Reformprozesses: die Neuordnung und Konzentration der landeskirchlichen Ämter und Werke, die Arbeit mit und an der Reformvorlage „Kirche mit Zukunft“ und als drittes die Phase der Umsetzung. In dieser Phase leben wir heute und werden es morgen tun. Denn – ich zitiere Peter Burkowski – „Die Kirche wird nicht durch Papiere verändert, sondern durch Beschlüsse der Leitungsorgane.“ Daher bleibt es die grundlegende geistliche Leitungsaufgabe einer Kirchengemeinde, eines Kirchenkreises oder einer Landeskirche, an jedem Ort und zu jeder Zeit immer wieder zu fragen: Wie sind wir als Gemeinde und als Kirche Jesu Christi an diesem Ort, zu dieser Zeit und mit diesen Ressourcen auf dem Weg, an dem Reich Gottes mitzubauen?

Die Instrumente und Möglichkeiten, um in diesem Sinn zu tun, was in unserer Macht und Verantwortung steht, haben wir entwickelt oder sind gerade dabei. Das Motto des Hammer Reformtags „Kirche mit Zukunft – es geht weiter“ wies schon im Jahr 2007 über das Jahr 2008 weit hinaus. Ich glaube, diese Botschaft ist in vielen Gemeinden, Kirchenkreisen und der Landeskirche angekommen. Denn an vielen Orten ist ein Mentalitätswandel spürbar. Ein Beispiel: Dort, wo man sich

von einem Gebäude trennen musste, um wenigstens das andere zu erhalten und sogar gastfreundlich auszustatten, wächst auch Freude darüber, Menschen darin einzuladen.

Wir können und wollen nicht hinter die Ergebnisse der letzten acht Jahre zurück:

- nicht hinter die oft schwer und mit Trauer errungene Einsicht, dass wir in Bewegung bleiben müssen,
- nicht hinter die manchmal sehr schmerzhafteste Erfahrung, dass wir Altes loslassen müssen, um Neues zu ergreifen,
- nicht hinter die Offenheit, mit der viele Gespräche geführt wurden und die uns gelehrt hat, unsere Verschiedenheit zu achten und zu schätzen,
- nicht hinter die zahlreichen Anfänge und Aufbrüche, die guten Ideen und Projekte, die neuen Haltungen und gewonnenen Fähigkeiten.

Sie werden uns helfen, die gegenwärtigen und kommenden Aufgaben selbstbewusst anzupacken. Drei Themenfelder bleiben:

1. Die finanziellen Möglichkeiten werden – auch bei der gegenwärtigen Erholungsphase – auf Dauer weiter zurückgehen. Für die Gemeinden und Kirchenkreise werden die Konzeptionen das wirksamste Instrument sein, um Inhalte und Strukturen aufeinander zu beziehen und um auf Dauer handlungsfähig zu bleiben. Dazu müssen die Konzeptionen in Gemeinden und Kirchenkreisen verwurzelt sein, sie müssen aber auch evaluiert und gegebenenfalls weiterentwickelt werden.
2. Wir müssen mehr miteinander reden. Was sich so platt anhört, ist in Wahrheit eine zweite große Lernaufgabe. Miteinander reden bedeutet auch: einander achten, aufeinander hören und voneinander lernen und insgesamt begreifen, dass wir – auf allen Ebenen unserer Landeskirche – aneinander gewiesen und aufeinander angewiesen sind. Das ist keine Schwäche, sondern eine der Stärken des Leibes Christi!
3. Wir bedürfen nach wie vor der geistlichen Zentrierung nach innen und mehr geistlicher Ausstrahlung nach außen. Die Kirche Jesu Christi – auch in ihrer westfälischen Besonderheit – lebt nicht aus sich selbst, sondern aus dem Evangelium Jesu Christi. Darum lebt sie nicht für sich selbst. Darin gründet unsere evangelische Freiheit! In dieser Freiheit können wir auch in manchem Rückbau wachsen gegen den Trend: überzeugend, einladend und im guten Sinn missionarisch. Denn bei uns kann man spüren und erleben, dass wir Kirche aus Gottes Willen sind und darum gesandt zu den Menschen und in die Welt.

Spüren konnte man das auch in dem Gremium, das jetzt seine Aufgabe erfüllt hat und seinen Auftrag zurückgibt. Drei Jahre lang hat der Reformbeirat konzentriert und zielgerichtet gearbeitet. Dafür gebührt seinen Mitgliedern ein herzlicher Dank unserer Landeskirche.

Liebe Schwestern und Brüder, **der Reformprozess endet – die Reformation geht weiter – mit uns!** Seit fast 500 Jahren steht ein Thema – explizit oder implizit – immer mit auf der Tagesordnung der evangelischen Kirche. Es heißt: die Kirche und ihre Reformation.

Als evangelischen Christen war uns das sehr bewusst, als wir uns auf der Landesynode vor drei Jahren selbst verpflichtet haben, unsere westfälischen Reformen im eigenen Verantwortungsbereich unter den Maßgaben, an die ich eingangs noch einmal erinnert habe, fortzusetzen.

Damit komme ich zurück auf die Erneuerung des Eheversprechens. Ich weiß, drei Jahre sind weder silbern, noch golden, geschweige denn diamanten. Und doch soll auch nach drei Jahren das für uns bindend bleiben, wozu wir damals mit überwältigender Mehrheit „Ja“ gesagt haben.

Sie können es jetzt durch Ihre Akklamation noch einmal bezeugen.

Mitglieder des Reformbeirates

Angelika Buchwald	Verwaltungsleiterin Kirchenkreis Steinfurt-Coesfeld-Borken
Regine Burg	Superintendentin Kirchenkreis Bielefeld
Dr. Hans-Tjabert Conring	Landeskirchenamt
Doris Damke (Vorsitz)	Kirchenleitung
Klaus-Jürgen Diehl	Leiter des Amtes für missionarische Dienste (i. R.)
Kurt Ehrke	Kirchmeister Kirchengemeinde Schwerte, Kreis synodalvorstand Kirchenkreis Iserlohn
Gerd Kerl	Kirchenleitung, Leiter des Institutes für Aus-, Fort- und Weiterbildung
Christoph Meyer	Pfarrer Kirchengemeinde Eiserfeld (Kirchenkreis Siegen)
Uwe Wacker (stellv. Vorsitz)	Kirchenleitung
Barbara Wiegel	Kirchmeisterin Kirchengemeinde Syburg – Auf dem Höchsten (Kirchenkreis Dortmund-Süd)
Friedhelm Wixforth (Geschäftsführung)	Landeskirchenamt
Klaus Wortmann	Superintendent Kirchenkreis Dortmund-Süd

Projektbüro

Christhard Ebert	Landeskirchenamt
Stefanie Fritzensmeier	Landeskirchenamt

1. Hauptvorlage „Globalisierung gestalten!“

Staat und Kirche: Herausgefordert zu Recht und Frieden in der einen Welt.
Hauptvorlage der Evangelischen Kirche von Westfalen 2007–2009

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode nimmt die Vorlage 2.1.1 „Globalisierung gestalten“ des Tagungsausschusses Hauptvorlage zur Kenntnis.

1.1 Theologische Selbstbesinnung

Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung ist die Besinnung auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934 (BTE) notwendig und hilfreich. Die Globalisierung birgt sowohl Bedrohungen und Risiken als auch Chancen. Bei den Gestaltungsaufgaben der Globalisierung sind wir auf den Zuspruch des Wortes Gottes angewiesen und wollen uns seinem Anspruch stellen.

Auch wenn sich die Bedingungen gegenüber der Ursprungssituation verändert haben, erschließt Barmen heute wesentliche Quellen der Wahrnehmung und Orientierung. Das gilt sowohl für den Einzelnen als auch für die Kirche:

Barmen gibt Kriterien an die Hand, um gegenwärtige Mächte und Gewalten zu erkennen und zu benennen. Zugleich schafft die Erklärung durch die Konzentration auf Jesus Christus kritische Distanz zu diesen Mächten und Gewalten. Sie befreit dazu, Verflechtungen in globale schuldhaftige Zusammenhänge zu erkennen und einzugestehen.

Die BTE ermutigt den einzelnen Menschen, sein Verhalten zu überprüfen und neu auszurichten. Zugleich verpflichtet sie dazu, globale wirtschaftliche Prozesse und Finanzmärkte weltweit transparent zu machen und zu kontrollieren sowie menschenwürdig und menschendienlich zu gestalten.

Daraus ergeben sich für die Kirche insbesondere folgende Fragen:

- Wo dominiert die Ökonomie innerhalb der Kirche und ihrer Diakonie das Entscheiden und Handeln trotz anderer Erkenntnisse?

- Wie lässt sich das in der BTE beschriebene „Wächteramt“ in einen kritisch-konstruktiven Dialog zwischen Staat und Kirche einbringen, wenn wie bei der Finanz- und Klimakrise eine Stärkung des Staates notwendig erscheint?
- Wie kann die Kirche bestehende weltweite Vernetzungen und ökumenische Beziehungen verstärkt nutzen, um gemeinsam Gestaltungspotentiale zu entwickeln und zu etablieren?
- Wie lassen sich internationale staatliche Institutionen und Organisationen stärken für den Schutz der Menschenrechte?

Die Landessynode beschließt:

Im Bewusstsein der Geltung der Barmer Theologischen Erklärung als einer schriftgemäßen, für den Dienst der Kirche verbindlichen Bezeugung des Evangeliums, bittet die Landessynode die Kirchenkreise, im Jahr 2009 Veranstaltungen für Presbyterinnen und Presbyter sowie für weitere Zielgruppen durchzuführen. Ziel ist es, die Auseinandersetzung mit der Barmer Theologischen Erklärung in Verbindung mit dem Hauptvorlagen-Prozess zu fördern. Die Kirchenleitung wird gebeten, entsprechende Materialien und Arbeitshilfen erarbeiten zu lassen und bereitzustellen.

1.2 Politischer Ordnungsrahmen

„Bleibet fest in der geschwisterlichen Liebe. Gastfrei zu sein vergesst nicht, denn dadurch haben etliche ohne ihr Wissen Engel beherbergt. (...) Der Wandel sei ohne Geldgier; lasset euch genügen an dem, was da ist.“ (Hebr 13,1.5, Tageslese des 12.11.2008)

„Unsere Welt steht am Rande einer finanziellen Katastrophe, die vor allem durch die ungezügelter Gier meiner Landsleute ausgelöst wurde. (...) Unsere globale Familie ist durch massive Ungerechtigkeiten getrennt. Eine kleine Elite genießt unglaublichen Wohlstand, während Milliarden in unvorstellbarer Not und Elend leben.“ (Grußwort von Rev. Dr. Wallace Kuroiwa aus der United Church of Christ in den USA vor der Landessynode der EKvW am 12.11.2008).

Der biblische Text und das Zitat aus dem Grußwort, das in gleicher Weise auch auf uns zutrifft, unterstreichen nachdrücklich, wie wichtig es für die Zukunft ist, dass sich unser Wirtschafts- und Lebensstil ändert.

Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) schließt sich der Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Thema „Verbindliche Regeln für die globalen Finanzmärkte“ vom 5. November 2008 an:

„Es ist an der Zeit zu erkennen, dass unregelte Märkte nicht von sich aus zum Wohl aller wirken können. Wir brauchen einen Staat, der stark genug ist, wirtschaftliche Stabilität zu fördern, allen Menschen würdige Lebensgrundlagen zu ermöglichen und ein leistungsfähiges Sozialsystem zu sichern. Wir brauchen Staaten und Staatengemeinschaften, die auf der Grundlage einer internationalen Ordnung das wirtschaftliche Geschehen verlässlich regulieren und in der Lage sind, einzugreifen, wenn wirtschaftliche Stabilität, Nachhaltigkeit, Ökologie, Verbraucherschutz oder auch die regionale Entwicklung gefährdet ist.“

Unser derzeitiges globales Wirtschaftssystem bringt die Opfer des Systems in den Verdacht, ihre Misere selbst zu verschulden. Dagegen fühlen wir uns als Kirche verpflichtet, aus der Sicht der Opfer die Schwächen des Systems zu benennen und eine internationale Ordnung einzufordern, die das wirtschaftliche System verlässlich reguliert und dem Ziel eines gerechten, sozial und ökologisch verantwortlichen Wirtschaftens verpflichtet ist.

Reichtum

„Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“, zitiert unsere Hauptvorlage den Propheten Amos und stellt dann dar, dass 15% der Weltbevölkerung im „reichen Norden“ über 78% des Welteinkommens verfügen. Im weiteren Verlauf der Vorlage wird viel über die daraus resultierende Armut, jedoch wenig über den Reichtum unserer Welt reflektiert. Wenn aber Recht und Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach strömen sollen, dann müssen wir uns in der Kirche darüber verständigen, welche Verpflichtung aus Reichtum resultiert. In den gesellschaftlichen Diskurs wollen wir einbringen, welchen Beitrag der Reichtum in unserer Welt zu leisten hat für eine gerechte Teilhabe aller am Leben.

Eine theologisch fundierte und gesellschaftspolitisch verantwortete kirchliche Auseinandersetzung mit der Frage nach Reichtum und Reichtumsverteilung steht also an.

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, die Kommission zu den „Ethischen Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft“ mit der weiteren Bearbeitung des Fragekomplexes Reichtum zu beauftragen.

Steurgerechtigkeit

Überlegungen zur Nutzung des Reichtums führen unweigerlich zu Fragen der Steurgerechtigkeit. In Deutschland ist die Steuerquote mit real 21 % im Jahr 2002 (Verhältnis von Steuern zum Bruttoinlandsprodukt) recht niedrig. Im europäischen Vergleich bildet Deutschland, das gerne als Hochsteuerland bezeichnet wird, zusammen mit Polen, Griechenland und der Slowakei das Schlusslicht.

In einer Zeit, in der sich weltweit die Wohlstandsschere zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden immer weiter öffnet, braucht es ein gerechtigkeitsorientiertes steuerpolitisches Handeln im nationalen, europäischen und internationalen Kontext. In Deutschland haben die letzte Steuerreform und der Wegfall der Vermögenssteuer die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stark entlastet. Damit hat der Staat auf Steuereinnahmen verzichtet, die erforderlich wären, um gezielt neue Arbeitsplätze, gerechtere Chancen für Kinder, soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Diese Situation verschärft sich dadurch, dass die Kaufkraft der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen und Menschen mit geringen Einkommen deutlich gesunken ist.

Der globale Kapitalfluss erfordert es, dass nationale Staaten in Fragen der Reichtumsverteilung gemeinsam Lösungen anstreben, insbesondere durch die Angleichung der Steuergesetze zumindest innerhalb der Europäischen Union (EU), durch die Abschaffung von Steueroasen und die Berücksichtigung alternativer Steuermodelle.

Zugleich sind die vorhandenen nationalstaatlichen Regulierungsmöglichkeiten entschlossen zu nutzen, z. B. bei der Erbschaftssteuer, der Abgeltungssteuer und der Einkommens- und Vermögenssteuer.

Die Landessynode beschließt:

Im Rahmen der Studie „Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft“ sollen Überlegungen zur Steuer- und Abgabengerechtigkeit unter Berücksichtigung des Grundsatzes der sozialen Gerechtigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit berücksichtigt werden.

Erwerbsarbeit

Das vierte Kapitel im zweiten Teil der Hauptvorlage „Alle am Leben teilhaben lassen“ widmet sich thematisch der Aufgabe der Armutsbekämpfung. In der Hauptvorlage ist allerdings unzureichend festgestellt, dass die Beteiligung an Erwerbs-

arbeit das zentrale Moment der Armutsbekämpfung war und ist (vgl. Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, hg. vom Rat der EKD, Gütersloh 2006).

Zudem sind prekäre Arbeitsverhältnisse innerhalb und außerhalb der Kirche eine Hauptursache für Armut z.B. im Niedriglohnsektor, Gender Pay Gap, in der Leiharbeit und in bestimmten Fällen von Teilzeitarbeit und befristeter Arbeit.

Ein Mindestlohn ist ein wirksames und wichtiges Mittel zur Existenzsicherung. Ergänzt werden muss er u.a. durch besseren und kostenlosen Zugang zu Bildung und Ausbildung.

Menschen, die vorübergehend oder auf Dauer nicht im ersten Arbeitsmarkt integriert sind, ist eine gerechte Teilhabe am Leben zu ermöglichen, z.B. durch eine ausreichende Schaffung von Arbeitsplätzen in steuerlich geförderten Arbeitsfeldern.

Menschen, die nicht in der Lage sind, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, ist ein die Existenz sicherndes Mindesteinkommen zu garantieren.

Besonders Arbeitsmigrantinnen und -migranten sind von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Ein Beispiel: In Deutschland sind schätzungsweise 2,4 Mio. Frauen in privaten Haushalten beschäftigt. Die meisten befinden sich in illegalen Arbeitsverhältnissen ohne Sozialabgaben, Renten-, Kranken- und Unfallversicherung. Der Stundenlohn (schwarz) einer Haushaltsarbeiterin beträgt z.B. 2,50 € bis 7,50 €. Ähnlich sieht es in der Baubranche und in der Landwirtschaft aus.

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, die Frage einer wirtschaftlichen Existenzsicherung und die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum Thema „Mindestlohn Grundlohn“ in die Studie „Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft“ aufzunehmen und sich inner- und außerkirchlich dafür einzusetzen, dass in allen EU-Staaten die Grundrechte von Arbeitsmigrantinnen und -migranten gewahrt werden. Dazu gehören legale, vertraglich gesicherte Arbeitsverhältnisse und die Möglichkeit eines legalen Aufenthaltsstatus.

Öffentliche Güter stärken – Privatisierung steuern

Bei öffentlichen Gütern geht es um eine Balance zwischen Ordnung und Freiheit, Leistung und Solidarität, Ökonomie und Ökologie, Öffentlichem und Privatem.

Die zunehmende Privatisierung von Dienstleistungen zur Grundversorgung der Bevölkerung (Wasser, Gesundheit, Bildung, Energien, Transport u. a.) geschieht in Deutschland und weltweit vielfach ohne die Beachtung der erforderlichen ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen. Damit werden gesellschaftliche Voraussetzungen für die Grundversorgung ausgehöhlt – insbesondere zu Lasten der Armen.

Privat vor Staat oder Staat vor Privat sind falsche Alternativen. Beides sind Instrumente dafür, übergeordnete gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Es ist jeweils genau zu prüfen, ob den öffentlichen Gütern durch öffentliches oder durch privatisiertes Handeln am besten gedient ist. Der Staat als Anwalt der öffentlichen Belange und der Schwachen muss dafür sorgen, dass auch Privatisierung den öffentlichen Anliegen und dem Zugang aller zu den öffentlichen Gütern dient. Dies erfordert einen klaren staatlichen Ordnungsrahmen für die privatwirtschaftliche Gestaltung öffentlicher Aufgaben mit verbindlichen Zielsetzungen, Kriterien und sozialer wie ökologischer Folgenabschätzung. Zivilgesellschaftliche Beteiligung, der Vorrang regionalen Wirtschaftens und Verortung von Entscheidungen möglichst nahe der Ebene der Betroffenen und Akteure im Sinne des Subsidiaritätsprinzips dienen dazu, öffentliche Güter wirksam zu stärken und Privatisierung im Sinne des Gemeinwohls zu steuern. Entscheidend dafür, dass dies auch in der Umsetzung gelingt, ist eine wirksame, transparente und demokratisch legitimierte Kontrolle der Einhaltung der entsprechenden Kriterien im Prozess der Umsetzung.

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung dafür Sorge zu tragen, dass die Aspekte zum Themenbereich „Öffentliche Güter stärken – Privatisierung steuern“ in die öffentliche Debatte eingebracht werden.

1.3 Klimaschutz

Der Staat hat die Aufgabe, in der nicht erlösten Welt nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens für Recht und Frieden zu sorgen. Diese Erinnerung an die Aufgabe des Staates – wie sie in der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 bestimmt worden ist – lenkt heute den Blick auf die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Klimawandel. Angesichts des Klimawandels geht es um zweierlei: um die Verantwortung für Gottes Schöpfung und um das Leben aller Menschen in Würde und gerechter Teilhabe an den Umweltgütern und -Dienstleistungen. Es geht um Klimagerechtigkeit.

Dabei kann staatliches Handeln nicht auf den nationalstaatlichen Bereich begrenzt bleiben. Vielmehr geht es heute um die entscheidende Phase der Weichenstellung für eine globale Energie- und Klimapolitik.

Denn der vom Menschen verursachte Treibhauseffekt verläuft dramatischer und folgenreicher als bisher angenommen. Nach dem vierten Bericht des Weltklimarats der UN (IPCC) von 2007 bleibt nur ein Zeitraum von sieben bis zehn Jahren, um durch jetzt eingeleitete Maßnahmen den Temperaturanstieg um 2 Grad Celsius im globalen Mittel zu begrenzen und eine Entwicklung mit katastrophalen Folgen zu verhindern.

Angesichts dieses engen Zeitfensters ist ein konsequentes energie- und klimapolitisches Umsteuern ohne Alternative. Notwendig ist ein integriertes Klimaschutzkonzept mit den beiden Komponenten der Energiebereitstellung und der Energienachfrage.

Bei der Energiebereitstellung geht es um das Umsteuern von ineffizient-zentral-fossil auf effizient-dezentral-erneuerbar. Auf der Nachfrageseite geht es um die Umstellung von vergeudendem Energieverbrauch zu schonendem Energiegebrauch. Dieses betrifft sowohl den persönlichen Lebensstil (Energiesparen) als auch die politischen Rahmenbedingungen mit dem Ziel der Energieeffizienz.

Eine so verstandene Klimaschutzpolitik erfordert einen gesellschaftlichen Konsens, der Legislaturperioden übergreift. Zu diesem Konsens einen wirksamen Beitrag zu leisten, ist Aufgabe der Kirche. Sie bringt dabei ihr Verständnis der Welt als Gottes gute Schöpfung ein, in der der Mensch besondere Verantwortung trägt.

Zu diesem Beitrag gehört, dass die Auswirkungen des Klimawandels auf die Länder des Südens deutlich benannt werden.

„Der globale Klimawandel verschärft Armut, untergräbt Entwicklungsmöglichkeiten und verstärkt Ungerechtigkeit. Die in Armut lebenden Menschen, besonders in den Ländern des Südens, sind die Hauptleidtragenden des Klimawandels. Deshalb müssen diese Länder in erheblichem Maße finanziell und technologisch unterstützt werden, damit sie eine klimaverträgliche Energieversorgung aufbauen und sich an den nicht mehr abwendbaren Klimawandel anpassen können. Dabei geht es nicht um Almosen, sondern um Gerechtigkeit“ (Klima der Gerechtigkeit – Entwicklungspolitische Plattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke, Oktober 2008).

Die Landessynode dankt der Kirchenleitung für die klare Positionierung in der entwicklungspolitischen Klimaplattform „Klima der Gerechtigkeit“.

Zu diesem Beitrag gehört weiter, dass Entscheidungen und Maßnahmen ehrlich bilanziert werden: Ein Neubau von Kohlekraftwerken würde die CO₂-Emissionen auf Jahrzehnte auf hohem Niveau festschreiben und die Erreichung der Klimaschutzziele unmöglich machen.

Die Landessynode bekräftigt ihren Beschluss von 2007 ein Moratorium für den Neubau von Kohlekraftwerken zu fordern.

Auch die Nutzung der Atomenergie scheidet als Bestandteil des Energiemixes aus, weil diese Technologie von Menschen nicht beherrschbar ist und deswegen nicht verantwortet werden kann.

Zu diesem Beitrag gehört ebenso eine kirchliche Selbstverpflichtung.

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung ein Energiespar- und Klimaschutzkonzept für die Landeskirche zu entwickeln. Dieses Klimaschutzkonzept sollte folgende Komponenten beinhalten:

- Die Einsparvorgaben müssen den Zielvorgaben wirkungsvollen Klimaschutzes entsprechen und alle Bereiche kirchlichen Handelns umfassen.
Das bedeutet konkret eine Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 % auf der Basis von 1990.
- Das Konzept muss über ein indikatorengestütztes Controlling und über unabhängig zertifizierte CO₂-Kompensationsprojekte verfügen.
- Das kirchliche Umweltmanagement „Der Grüne Hahn“ und die Initiative „Zukunft – einkaufen“ sollen dabei vom Projekt zum Prinzip kirchlichen Handelns entwickelt werden.
- Die Kirchenleitung möge die Gemeinden und Kirchenkreise darin unterstützen, die Potentiale der kirchlichen Entwicklungs- und Partnerschaftsarbeit für den Klimaschutz zu stärken und auszubauen.

1.4 Bildung und Begegnung

In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen. (Joh 14,2)

So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen. (Eph 2,19)

Teilhabe aller an Bildung

Kinder sind unsere Gegenwart und Zukunft. Dennoch hat die Kinderarmut in den letzten sieben Jahren eklatant zugenommen: Mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland leben auf Sozialhilfeniveau und sind direkt von Armut betroffen. Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In Deutschland besteht die allgemeine Schulpflicht. Das bedeutet aber nicht, dass jedes Kind dieselben Startchancen erhält. In keinem vergleichbaren Industrieland sind die Bildungsmöglichkeiten nach wie vor so stark von der

sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Erfolgreiche Bildung und Ausbildung sind vom Bildungsverhalten und -interesse der Eltern abhängig.

Bildungsverantwortung in der Partnerschaft von Staat und Kirche zeigt sich in vielfältigen evangelischen Bildungsangeboten für eine breite Zielgruppe. Gerade in einer zunehmend globalisierten Welt sind drängende Probleme und Konflikte nicht losgelöst von Religion zu sehen und zu lösen.

Ein solches wichtiges Bildungsangebot ist der Religionsunterricht. Er leistet für die Schule und damit für die gesamte Gesellschaft Zentrales: Identität und Verständigung im Sinne der EKD-Denkschrift von 1994 sind in einer zunehmend multireligiösen Welt besonders wichtig für Schülerinnen und Schüler. Religionsunterricht hilft nicht nur wahrzunehmen, was es heißt, als evangelische Christinnen und Christen in einem Kontext konfessioneller Vielfalt den eigenen Glauben zu vertreten; vielmehr geht es zunehmend auch darum, in der Einen Welt als Christin und Christ mit Menschen anderer religiöser und kultureller Identität zu leben. Dabei darf nicht vergessen werden, dass religiöse Toleranz insbesondere auch die positive Religionsfreiheit aller bedeutet.

So ist zu fordern, dass der Religionsunterricht nicht marginalisiert wird. Auch die Einführung des Faches „islamischer Religionsunterricht“ ist zu begrüßen.

Erfreut haben wir wahrgenommen, dass die Evangelische Jugendkonferenz von Westfalen sich während ihrer letzten Tagung mit dem Thema „Interreligiöser Dialog“ praktisch auseinandergesetzt hat. Auch die vielfältige Kulturarbeit und Antirassismuserarbeit innerhalb der evangelischen Jugendarbeit in Westfalen leisten einen wichtigen Beitrag zum täglichen Dialog.

Wir ermutigen alle Kirchenkreise und Gemeinden dazu, solche Prozesse ebenfalls zu initiieren. Hierzu stellt die evangelische Jugendarbeit in ihren unterschiedlichen Arbeitsfeldern geeignete Räumlichkeiten und qualifiziertes Personal zur Verfügung.

Die Kirche meldet sich öffentlich zu Wort und stellt Forderungen auf, verweist aber auch auf Eigeninitiativen aus den eigenen Reihen als ermutigende Beispiele:

- Kampagne gegen Kinderarmut
- Schulmaterialienkammern (inkl. deren politischer Forderungen)
- das Konzept der Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen
- Kooperation von Jugendarbeit und Schule u. a. im Kirchenkreis Hagen gekoppelt mit der Arbeit der Kindertafel.

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode fordert

- beitragsfreie integrative Tageseinrichtungen für Kinder im vorschulischen Bereich und

- Chancengerechtigkeit durch beitragsfreie Ganztagsangebote mit qualifiziertem pädagogischen Personal im schulischen Bereich.

Darum unterstützt die Landessynode ausdrücklich die Kooperation von kirchlichen Trägern und Einrichtungen (z.B. der evangelischen Jugendarbeit) mit Schule.

Die Landessynode fordert die Kirchengemeinden und Kirchenkreise auf sich aktiv an der Kampagne „Lasst uns nicht hängen!“ zu beteiligen.

Das Statement der Jugenddelegierten in der Aussprache zum Bericht des Präses „mit Kindern neu anfangen, mit Jugendlichen weitermachen“ soll aufgegriffen werden.

Die Landessynode fordert die Kirchengemeinden, die Kirchenkreise und die Kirchenleitung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Angebote der evangelischen Jugendarbeit als außerschulisches Bildungsangebot erhalten bleiben und ausgebaut werden.

Die Landessynode erneuert ihren Auftrag an die Kirchenleitung, aktiv in anderen gesellschaftlichen Gruppen nach Verbündeten im Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit zu suchen und ein Bildungskonzept der EKvW zu entwickeln, das u. a. auf dieser Perspektive beruht.

Angebote interreligiöser und -kultureller Begegnung

Wir begrüßen die Anregung der Hauptvorlage (S. 65), Beispiele des interreligiösen Dialogs vorzustellen.

Deshalb weisen wir hin auf das gelungene Modell des „Internationalen Kulturcafés“ in Herford. Hier treffen sich Frauen aus unterschiedlichen Kulturen zu einem regelmäßigen Austausch.

Frauen mit Migrationshintergrund wird hier die Möglichkeit geboten, familiäre und kulturelle Isolation aufzubrechen und durch freundschaftliche Beziehungen auch Sprachbarrieren zu überwinden.

Bei der Konzeptionsfindung für diese interkulturellen Veranstaltungen „von Frauen für Frauen“ sollten bestimmte Voraussetzungen Berücksichtigung finden:

- neutraler Ort
- Gewähr der Kinderbetreuung
- Frauen mit Migrationshintergrund als Multiplikatorinnen mit in die Verantwortung einbinden
- Beteiligung von Frauen der Ökumene und Fraueninitiativen aus anderen regionalen Bezügen

Die Begleitung durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen der Frauenreferate ist dabei unerlässlich.

Ein ermutigendes Beispiel einer klar konturierten ökumenischen Offenheit, die gelebt und darin auch gelernt wird, begegnet im Alltag der Angebote von Evangelischer Studierendengemeinde (ESG). Die internationale Öffnung der Hochschule ist ein vorrangiges Ziel der gegenwärtigen Hochschulreformbestrebungen (das ist nämlich der Kontext). Die ESGn wenden sich an internationale Studierende mit den Angeboten für Gottesdienste, Seelsorge und Beratung. Für viele von ihnen wird die Studierendengemeinde ein Ort der Beheimatung. Sie tragen mit der Vielfalt in Herkunft, Studienfach, religiöser und kultureller Prägung dazu bei, dass Gemeinde an der Hochschule die Grenzen alter Milieubindungen überschreiten kann.

Politische Ebene

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode bittet die Kirchengemeinden und Kirchenkreise, sich den Reichtum, den Zuwanderung bedeutet, bewusst zu halten und diese Erkenntnis auch im politischen Raum zu befördern.

1.5 Alltagsverhalten von Kirche und Diakonie

„Wer beharrlich bleibt bis ans Ende, der wird selig werden.“ (Matth 24,13)

Nach der 5. These der Barmer Theologischen Erklärung hat die Kirche „in der noch nicht erlösten Welt“ die Aufgabe, den Staat daran zu erinnern für „Recht und Frieden“ zu sorgen.

Sie selbst stärkt den Staat in der Übernahme dieser Verantwortung, indem sie für die in der Verantwortung Stehenden betet und zugleich in ihren eigenen Strukturen und mit ihrem eigenen Handeln für Gerechtigkeit und die Beachtung der allen Menschen eigenen Würde als Ebenbild Gottes eintritt. Deshalb werden im Folgenden einige anonymisierte Beispiele aus Westfalen genannt. Weitere können unter www.globalisierung21.de eingestellt und nachgelesen werden.

1.5.1 Mitarbeitende in Kirche und Diakonie

Wir wollen beharrlich nach Wegen suchen, auch unter dem übermächtigen Druck finanzieller Einsparungen alle unsere Mitarbeitenden in Kirche und Diakonie mit einem existenzsichernden Lohn auszustatten. Individuelle berufliche Förderung (Fortbildung, Supervision u. a.) sowie Gesundheitsprogramme sollen allen Mitarbeitenden angeboten werden, damit sie unter erschwerten Arbeitsbedingungen und veränderten Tarifstrukturen nicht ihren Mut und die Freude an ihrer Arbeit verlieren.

„Yes, we can“:

Nachdem in verschiedensten Arbeitsfeldern der Diakonie H. immer wieder krankheitsbedingte Ausfälle zu verzeichnen sind, analysieren Mitarbeitervertretung (MAV) und Geschäftsführung gemeinsam die Situation (u. a. durch Befragung der Mitarbeitenden). Sie stellen fest, dass auch die Unsicherheit über das Fortbestehen von Arbeitsplätzen und Arbeitsverdichtung zu gesundheitlichen Problemen führen. Die Ergebnisse werden ausgewertet; zzt. wird ein Gesundheitsprogramm erstellt.

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, in Zusammenarbeit mit der EKD und dem Diakonischen Werk, gegenüber den politischen Entscheidungsträgern die Forderung nach angemessener finanzieller Ausstattung der Träger sozialer Einrichtungen zu verstärken, die diesen eine existenzsichernde Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglicht. Die Sicherung eines auch gegenüber den Mitarbeitenden sozial bleibenden Finanzierungssystems des Sozialwesens kann nicht allein den regulierenden Kräften des Marktes überlassen bleiben.

1.5.2 Umweltschutz

Wir erinnern uns selbst daran, dass Gott „den Menschen in den Garten Eden setzte, dass er ihn bebaute und bewahrte“ (1. Mose 2,15) und wollen beharrlich Energie einsparen, Müll vermeiden, für die Versorgung unserer Gebäude in Kirche und Diakonie regenerative Energie in Anspruch nehmen und natürliche Ressourcen schonen. Auf die Ausführungen in Kapitel 3 Umweltschutz dieser Vorlage wird verwiesen.

„Yes, we can“:

Der Kirchenkreis I. spart durch einen neuen Stromvertrag jährlich 75.000 Euro, die zu 50 % den Gemeinden zugutekommen. 50 % werden auf Beschluss der Kreissynode in einen Fonds zur Förderung von Energiesparmaßnahmen und regenerativer Energie eingesetzt. Durch die Photovoltaik-Anlagen des KK sind bereits über 115.000 Euro erwirtschaftet worden.

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode bittet die kirchlichen Körperschaften, nach Wegen für eine finanzielle Unterstützung der umweltgerechten Renovierung der Gebäude in Kirche und Diakonie zu suchen.

Die Landessynode fordert die Kirchenleitung auf, in Zusammenarbeit mit dem Umweltausschuss der Landeskirche ökologisch vertretbare Standards für Dienstreisen zu entwickeln.

Die Landessynode fordert die kirchlichen Körperschaften auf, bei ihren Veranstaltungen auf CO₂-Neutralität und Umweltverträglichkeit zu achten – insbesondere auf Synoden. Dabei sind im Blick zu behalten: Essen, Trinken, Anreise, Umgang mit Papier, Ausgabe fair gehandelter Produkte in Unterkünften und Veranstaltungsorten etc.

1.5.3 Fairer und ökologischer Handel

Wir erinnern uns selbst daran, dass Paulus sagt: „Ihr sollt eure Geschwister nicht übervorteilen im Handel und euch an ihnen nicht bereichern.“ (1. Thessalonicher 4,6) und wollen als Gemeinden und Einrichtungen der Kirche und Diakonie unsere Marktmacht nutzen, in dem wir beharrlich fair gehandelte und ökologische Produkte einkaufen.

„Yes, we can“:

Die jugendlichen „Gastgeberinnen und Gastgeber“ der Kirchengemeinde B. möchten sich zur Stärkung der „corporate identity“ grüne T-Shirts anschaffen. Als die Jugendlichen nach den Herstellungsbedingungen von T-Shirts fragen, entsteht der Wunsch, die T-Shirts von einem mehrfach ausgezeichneten ökologischen Versandhaus zu beziehen. Die höheren Preise schrecken zunächst ab. Die Beschäftigung mit der Unternehmensphilosophie des ökologischen Versandhauses bringt die Wende. Die T-Shirts werden am Ende mischfinanziert: Gemeinde, Jugendliche und die Spende einer Sparkasse vor Ort bringen den Betrag zusammen auf.

1.5.4 Flüchtlinge

Wir erinnern uns selbst daran, dass die Thora fordert: „Ihr sollt die Fremdlinge lieben; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland“ (3. Mose 10,19) und wollen von uns aus den Kontakt suchen zu den Menschen, die aufgrund von Armut, Verfolgung und Benachteiligung im Bereich unserer Gemeinden Zuflucht gefunden haben. Wir wollen sie gastfreundlich aufnehmen, ihnen mit Beratung und Tat zur Seite stehen und Teilhabe an unseren Gütern und Gaben ermöglichen. Auf den Beschluss dieser Landessynode zur „Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge“ wird verwiesen.

„Yes, we can“:

Herr R. kommt aus dem Kosovo. Seit 1998 lebt er in Deutschland; sein Aufenthaltsstatus ist die „Duldung“; deshalb darf er die Stadt, in die er nach seiner Ankunft zugeordnet wird, nicht verlassen. Seine Frau und seine beiden Kinder leben in der Nachbarstadt. Sie sind nur nach Roma-Recht verheiratet; deshalb ist jeder Besuch illegal. Es dauert Jahre, bis durch die Vermittlung des Diakonischen Werkes endlich die Familienzusammenführung möglich wird. Anfang 2008 wird der Familie ein vorläufiges Bleiberecht zugebilligt. Nach-

dem Herrn R. zuvor verboten war eine bezahlte Arbeit aufzunehmen, wird nun erwartet, dass Familie R. sich mit ihren inzwischen 3 Kindern selbst versorgt. Die evangelische Krankenhauseelsorgerin vermittelt eine Beschäftigung im katholischen Klinikum. Mit Stolz nimmt Herr R. die Arbeit auf und hat inzwischen eine kleine Wohnung für seine Familie finden können.

Die Landessynode beschließt:

Die Landessynode bittet die kirchlichen Körperschaften, bei Einstellungen die Situation der Flüchtlinge zu bedenken, denen mit einer Beschäftigung ein Bleiberecht ermöglicht werden könnte.

2. EntschlieÙung zur Situation in Sri Lanka

Wir hören, dass der gewaltsame Konflikt zwischen der Regierung Sri Lankas und der tamilischen Befreiungsbewegung Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) weiter eskaliert ist und tausende Menschen, darunter viele Zivilisten, das Leben gekostet hat. Dies geschieht sowohl durch Selbstmordattentate der LTTE als auch durch massive Bombardements der Regierungstruppen.

Wir hören, dass in den Gefängnissen gefoltert wird, dass Menschen verschwinden, dass Menschen ermordet werden.

Wir hören, dass die singhalesische Mehrheit der tamilischen Minderheit gleiche Rechte vorenthält und sie demütigt.

Wir hören, dass weite Teile des Landes von massiver Militärpräsenz gezeichnet sind. Kinder wachsen mit dem täglichen Blick in Gewehrläufe auf.

In dieser Situation tut die Methodistische Kirche von Sri Lanka, Mitglied der Vereinten Evangelischen Mission, ihren Dienst. Sowohl Tamilen als auch Singhalesen sind Mitglieder dieser Kirche. Sie ist somit ein lebendiges Zeichen des Friedens und der Versöhnung.

Möge Gott die Methodistische Kirche Sri Lankas segnen und ihr weiterhin Kraft geben für ihre Arbeit für Frieden und Versöhnung.

Als Glieder des gemeinsamen Leibes Christi werden wir unsere Verantwortung wahrnehmen in tatkräftiger öffentlicher Unterstützung und im Gebet.

Beschluss:

Die Landessynode macht sich die EntschlieÙung zu eigen und drückt ihre geschwisterliche Verbundenheit und ihre Solidarität mit der Methodistischen Kirche von Sri Lanka aus.

Sie bittet die Kirchenleitung, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass sie in den bilateralen Beziehungen und im Rahmen der EU Einfluss auf die Konfliktparteien nimmt:

- zur Beendigung des Bürgerkrieges und zur Suche nach einer politischen Lösung des Konflikts unter Beteiligung beider Konfliktparteien,
- zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und zur Einhaltung der internationalen Menschenrechtsstandards,
- zur Beendigung von ethnischer und religiöser Diskriminierung.

3. Entschlieung zur Beendigung des Krieges im Kongo

Der verheerende Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo stellt die gegenwärtig größte humanitäre Katastrophe weltweit dar. Wir wissen durch unsere Partnerkirchen von den ungezählten Leiden der Zivilbevölkerung, besonders der Mädchen und Frauen, die in unvorstellbarem Maße durch sexuellen Terror bedroht und verletzt werden. Dies muss sofort beendet werden. Der Schutz der am Krieg unbeteiligten Menschen und die sofortige Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer und Städte haben dabei absoluten Vorrang.

Die Bundesregierung verfügt in diplomatischer Hinsicht über ein hohes Ansehen in der gesamten Region, das sie sich in dieser Lage zunutze machen sollte. Deswegen fordert die EKvW wie auch das NZ (kumenisches Netz Zentralafrika¹) die Bundesregierung auf:

- alle beteiligten Parteien zu einem sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand und zu sofortigen Verhandlungen über die zukünftige Machtverteilung im Kongo zu drängen
- dem drohenden Zerfall der Demokratischen Republik Kongo entgegenzuwirken
- dafür Sorge zu tragen, dass das Thema der Überwindung der Gewalt im Ostkongo auf nationaler und europäischer Ebene höchste Priorität erhält
- die UNO-Friedensmission in die Lage zu versetzen, ihre vorrangige Aufgabe, die beteiligten Kriegsparteien auseinanderzuhalten und die Zivilbevölkerung zu schtzen, effektiv wahrzunehmen
- sich stärker als bisher im Rahmen der UNO-Friedensmission im Kongo zu engagieren und diese ggf. auch materiell und logistisch zu unterstützen
- den Aufbau von Justiz und Polizei im Kongo zu forcieren
- das internationale Programm zur Befreiung, Entwaffnung und Reintegration von Kindersoldaten so auszustatten, dass die betroffenen Kinder und Jugendlichen überzeugende Perspektiven für ihre zukünftige Ausbildung und Lebensunterhalt bekommen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie alle Möglichkeiten nutzt, die bestehenden Prozesse zur Wiederherstellung des Friedens im Ostkongo und den Aufbau einer guten Regierungsführung auf regionaler und nationaler Ebene voranzubringen.

Wir bitten alle Christinnen und Christen und insbesondere die Kirchengemeinden im Bereich der EKvW, die Lage im Kongo weiterhin zu beobachten und für die Menschen dort Fürbitte zu halten.

¹ Das kumenische Netz Zentralafrika ist ein Zusammenschluss von großen kirchlichen Organisationen, der sich eine Stärkung des Friedensprozesses im Bereich der Länder Zentralafrikas zum Ziel gesetzt hat. Dazu gehören Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe, Misereor, VEM, Pax Christi.

■ 1. Bleiberechtsregelung

Die Landessynode der EKvW hat sich in den letzten Jahren wiederholt mit der Lebenssituation von Flüchtlingen in unserem Land beschäftigt und sich für humanitäre Lösungen eingesetzt.

Die Landessynode begrüßt das Bemühen der Bundesländer und der Bundesregierung, durch die Bleiberechtsregelung (2006/2007) eine verlässliche Perspektive für Menschen zu finden, die langjährig in unserem Land unter Duldung gelebt haben.

Allerdings hat sich gezeigt, dass die Bedingungen für die Bleiberechtsregelung teilweise so eng gefasst sind, dass ein Großteil der Betroffenen diese nicht erfüllen kann. (Ökumenischer Aufruf „Für eine humanitäre Umsetzung der Bleiberechtsregelung“ von Weihbischof Dr. Josef Voß und Präses Alfred Buß, am 8. Mai 2007)

Nun berichten uns unsere Fachkräfte aus der Flüchtlingshilfe besorgt von der Situation derjenigen, die ein vorläufiges Bleiberecht erlangt haben. Diese sind davon bedroht, an den strengen Kriterien zur eigenständigen Lebensunterhaltssicherung zu scheitern. Die Folgen der aktuellen Wirtschaftslage werden diese Situation noch verschärfen. Besonders prekär ist die Situation der Kinder in den betroffenen Familien.

Diese Entwicklung widerspricht den Hoffnungen, die die Landessynode mit der Forderung nach einer Bleiberechtsregelung verbunden hatte.

Die Landessynode tritt dafür ein,

- die gesetzliche Altfallregelung um einige Jahre fortzuschreiben. In diesen Jahren können sich die Flüchtlinge beruflich qualifizieren, damit sie eine faire Chance bekommen, zukünftig das Leben eigenständig zu sichern
- die finanziellen Hürden für „gesicherten Lebensunterhalt“ zu senken
- Lösungen für besonders gefährdete Personengruppen bereitzustellen (z.B. kinderreiche Familien, Alleinerziehende, alte, kranke oder behinderte Menschen und unbegleitete Minderjährige).

In Kenntnis des Erlasses des Innenministeriums des Landes NRW zur „Durchsetzung der gesetzlichen Ausreisepflicht von Ausländern“ vom 20. März 2008 äußert die Landessynode ihr Befremden:

Dieser Erlass erhöht den Druck auf die Gruppe der sogenannten „Geduldeten“, indem „personenscharf“ Rechenschaft darüber abgelegt werden muss, „aus welchen Gründen der Aufenthalt der geduldeten Personen noch nicht beendet werden konnte“.

Nach Ansicht kirchlicher Flüchtlingshilfe verletzt der Erlass den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, weil er vielen humanitären Gesichtspunkten nur unzureichend Rechnung trägt.

■ 2. Flüchtlingsarbeit in den Kirchengemeinden

Die Landessynode dankt den Menschen, die sich in Gemeinden, Schulen, Kindertagesstätten und Gruppen für Flüchtlinge engagieren und Integrationsarbeit leisten. Sie bittet die Kirchengemeinden und Kirchenkreise, sich weiter in besonderer Weise der Situation der Flüchtlinge anzunehmen.

Dies kann geschehen durch:

- Aufnahme der Situation von Flüchtlingen in die Fürbitten der Gemeinden. Unter den besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen sind religiöse Minderheiten stark vertreten. Darunter befinden sich häufig Christen
- Gestaltung besonderer thematischer Gottesdienste unter Beteiligung von Flüchtlingen
- Bereitstellung eines Fonds aus Diakoniemitteln zur Flüchtlingshilfe, über den schnell und unbürokratisch entschieden werden kann
- Engagement im Rahmen der Interkulturellen Woche und der Woche gegen Rassismus
- Nutzung und Förderung bzw. Neubildung von Netzwerken der vorhandenen Initiativen der Flüchtlingshilfe
- Unterstützung der Initiative zur „Save-me-Kampagne“ zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (www.save-me-kampagne.de)
- Berücksichtigung der besonders prekären Situation von Kindern, die vom Asylbewerber-Leistungsgesetz abhängig sind, insbesondere im Rahmen der Kampagne der EKvW gegen Kinderarmut „Lasst uns nicht hängen“
- Kommunikation gelungener Beispiele.

■ 3. Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, sich in NRW für eine umgehende Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, auch im Wege von Ausbau und Einrichtung von Resettlement-Programmen, einzusetzen.

Solche Initiativen sind notwendig in Situationen, wie sie sich z.B. zur Zeit im Irak zeigen.

